

50. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. August 2009

Inhalt

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/835)
1. Lesung

Finanzplan 2009 bis 2013 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/891)

Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/900)

Bürgermeisterin Linnert	3662
Abg. Röwekamp (CDU)	3665
Abg. Dr. Sieling (SPD)	3670
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3674
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3679
Abg. Woltemath (FDP)	3683
Abg. Röwekamp (CDU)	3685
Bürgermeisterin Linnert	3688
Abstimmung	3690

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Änderungen im Produktgruppenhaushalt)

hier: Zweiter Nachtragshaushalt 2009

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/834)
2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009

hier: Zweiter Nachtragshaushalt 2009

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 21. August 2009
(Drucksache 17/896)

Abg. Dr. Schrörs, Berichterstatter	3692
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	3693
Abg. Frau Kummer (SPD)	3694
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	3694
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3695
Abg. Woltemath (FDP)	3696
Abstimmung.....	3697

Keine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Esenshamm

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. August 2009
(Drucksache 17/893)

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3698
Abg. Dennhardt (SPD)	3699
Abg. Imhoff (CDU)	3701
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3703
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3704
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3706
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3707
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	3709
Abg. Imhoff (CDU)	3710
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3710
Senator Dr. Loske	3710
Abstimmung	3712

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Neuregelung des Volksentscheids

Antrag des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ vom 4. November 2008 (Drucksache 17/594)
3. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 25. August 2009

(Neufassung der Drucksache 17/783 vom 14. Mai 2009)
(Drucksache 17/783)

u n d

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 27. August 2009

(Drucksache 17/908)

Abg. Röwekamp (CDU)	3712
Abg. Tschöpe (SPD)	3715
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	3716
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	3717
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3719
Abg. Röwekamp (CDU)	3720
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3722
Abg. Tschöpe (SPD)	3722
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3723
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	3724
Namentliche Abstimmung	3725
Abg. Tschöpe (SPD) zur Geschäftsordnung ...	3725
Abstimmung	3726

Gesetz zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen – Beamtenrechtsneuregelungsgesetz (BremBNeuG)

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/882)
1. Lesung

Abg. Frau Busch (SPD)	3726
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	3727
Abg. Hinners (CDU)	3727
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	3728
Abg. Woltemath (FDP)	3729
Abg. Frau Busch (SPD)	3730
Abg. Woltemath (FDP)	3730
Staatsrat Lühr	3731
Abstimmung	3732

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes vom 24. August 2009

(Drucksache 17/897)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Antrag des Vorstands vom 24. August 2009 (Drucksache 17/898)
1. Lesung

Präsident Weber	3733
Abstimmung	3733

Unterkünfte frei gemeinnütziger Träger bei Klassenfahrten nicht benachteiligen

Antrag der Fraktion der CDU vom 11. August 2009 (Drucksache 17/875)	3734
Anhang zum Plenarprotokoll	3735

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bartels, Frau Möbius, Timke.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrätin **Buse** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 50. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn unserer heutigen Donnerstagssitzung mit Ihnen gemeinsam eines Ereignisses gedenken, das katastrophal, schrecklich und unmenschlich war für Deutschland, für Europa und die Welt. Ich spreche vom Zweiten Weltkrieg und seinem Beginn vor 70 Jahren. Wir begehen den 1. September als Erinnerungstag. An jenem Morgen im Jahr 1939 trat Adolf Hitler vor die Abgeordneten in der Berliner Krolloper, der Reichstag war schon abgebrannt, und die Parlamentarier bildeten eine einzige NSDAP-Truppe. Er behauptete, die polnische Armee hätte mit regulären Soldaten deutsches Hoheitsgebiet betreten und das Feuer eröffnet. Dann verkündete er: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen, Bombe mit Bombe vergolten.“

(B) Die Abgeordneten waren, so schreibt es die Geschichte, außer Rand und Band, sprangen von ihren Stühlen und schrien: „Heil Hitler!“ Damit ging ein außergewöhnlich langer und warmer Sommer der Deutschen jäh zu Ende. Wer damals allerdings genau hingeschaut und hingehört hatte, konnte die Vorboten des Krieges schon früher als am 1. September wittern. Nehmen wir nur den heutigen Tag, den 27. August, im Jahr 1939: Das Reichspropagandaministerium wies die deutsche Presse an: „Aufmachung weiterhin Polen, in der Stärke keinesfalls nachlassen. Es gibt genügend Meldungen über Kriegsvorbereitungen, Panikstimmung, kleinere Unruhen.“ An jenem 27. August kanzelte Hitler den Bund mit Moskau, jenen deutsch-russischen Nichtangriffspakt, der erst am 23. August unterzeichnet worden war, als „Pakt mit dem Satan, um den Teufel auszutreiben“, ab.

Was besonders die eigentlich noch sommerlich milde gestimmten Menschen beunruhigte: Am 27. August vor 70 Jahren wurden im deutschen Reich für bestimmte Lebensmittel sowie Seife und Kohle bereits Bezugsscheine eingeführt.

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff auf Polen der Zweite Weltkrieg. Für viele Menschen wurde die Tür zur Hölle aufgestoßen, das zivilisierte Miteinander und Füreinander zerstört. Am Ende zog der Krieg 100 Millionen Menschen in Mitleidenschaft, 50 Millionen in den Tod, sechs Millionen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger kamen in den Vernichtungslagern um. Der Krieg hinterließ Obdachlose, Waisen, Heimatvertriebene und Kriegsversehrte, Trümmer erdrückten das Alltagsleben, dazu bange Fragen nach dem Überleben am nächsten Tag, traumatisierte Kinder, Frauen und Männer überall. Folge des Krieges war schließlich die tiefe Spaltung Euro-

pas für Jahrzehnte, und die Trennungslinie, damals Demarkationslinie, verlief mitten durch Deutschland und Berlin.

Meine Damen und Herren, ich darf den 1. September 2009 in unserer Partnerstadt Danzig verbringen und an den zentralen Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsbeginns teilnehmen als Repräsentant der Bremischen Bürgerschaft und, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, der darin vertretenen fünf Fraktionen. Es ist mir ein Bedürfnis, an diesem schwierigen Tag an der Seite von Menschen zu sein, mit denen uns Bremerinnen und Bremer eine über 30 Jahre alte Städtepartnerschaft verbindet. Es braucht die freundschaftlichen Begegnungen zwischen Polen und Deutschen und den gegenseitigen Respekt. Wir brauchen die Verständigung, um Versöhnung zu erreichen. Die Schuld und Scham für und über das unermessliche Leid, das Deutsche vielen Menschen angetan haben, bleiben.

Der Weg der Aussöhnung mit den Völkern ist ein langer und schmerzlicher, aber einer mit Zuversicht: Sich der Vergangenheit zu erinnern ist die Voraussetzung, dass Polen und Deutsche die Gegenwart und die Zukunft in einem vereinten Europa gemeinsam gestalten.

Meine Damen und Herren, 70 Jahre Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges sind leider keine Garantie dafür, dass nicht irgendwo auf der Welt wieder Kriege oder kriegsähnliche Eskalationen ausbrechen, eine bittere Erkenntnis. Auch und gerade wir Deutschen stehen also in der Verantwortung, Demokratie und zivilgesellschaftliche Werte zu leben, zu verteidigen und Friedenspolitik aktiv zu betreiben, heute und in Zukunft!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/835)

1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Finanzplan 2009 bis 2013 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/891)

s o w i e

Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/900)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll.

Es ist verlängerte Redezeit vereinbart; sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 20 Minuten.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen hiermit die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2010 und 2011 sowie den Finanzrahmen 2009 bis 2013 vor mit der Bitte, nun den parlamentarischen Beratungsprozess, dessen Federführung der Haushalts- und Finanzausschuss hat, durchzuführen. Am Ende stehen dann beschlossene Haushalte, die das finanzielle Fundament für das Handeln der Regierung in den Jahren 2010 und 2011 bilden.

(B) Die den Haushalten zugrunde liegenden Eckwertbeschlüsse des Senats sind – nach zugegeben zähen Verhandlungen – einstimmig gefällt worden und sind Ausdruck der Handlungsfähigkeit des Senats, auch in diesen Zeiten Schritte zur Haushaltskonsolidierung zu gehen, den sozialen Zusammenhalt Bremens zu stärken, soweit möglich eine nachhaltige ökologische Entwicklung zu fördern, in den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven zu investieren und das Wohl von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu rücken.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzressort danke ich für ihren großen Einsatz und die Leistung, das alles trotz Konjunkturpaket, Nachtragshaushalt, Föderalismusreform und anderer Kleinigkeiten wie gewohnt solide erarbeitet zu haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diese Haushalte entstanden in einer aus zwei Gründen außergewöhnlichen Lage, die mit Sicherheit auch die weiteren Beratungen ganz stark prägen wird.

Zunächst befinden wir uns in der größten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Steuereinnahmen werden geschätzt im Jahr 2009 um zehn Prozent unter dem guten Jahr 2008 liegen. Während die Kreditaufnahme 2008 deshalb nur 360 Millionen Euro für Land und Stadtgemeinde betrug, müssen wir davon ausgehen, dass diese im Jahr 2010 über 900 Millionen Euro liegen wird. Parallel zu den geringeren Steuereinnahmen steigen die Anforderungen an den Staat für Arbeitslosenhilfe, Jugendhilfe und Wohngeld. Es ist kein Trost, dass alle Bundesländer, die Gemeinden und der Bund unter dieser Situation zu leiden haben.

(C) Für Bremen bedeutet der Absturz der Steuereinnahmen die Scheidelinie zwischen perspektivisch mit Hilfe zu bewältigender Haushaltslage oder objektiver Unmöglichkeit. Ausdrücklich möchte ich auch darauf hinweisen, dass knapp 50 Prozent der geringeren Steuereinnahmen bis 2011 auf Steuerentlastungen zurückzuführen sind. Bei der Veranschlagung der Einnahmen der beiden Haushaltsjahre hat sich der Senat an den angenommenen Steigerungen der bundesweiten Steuerschätzung orientiert und ist somit bundespolitisch auf der sicheren Seite. Gleichwohl sind diese Schätzungen mit hohen Unsicherheiten belastet.

Der zweite Grund für eine außergewöhnliche Lage für die Haushaltberatungen sind die Ergebnisse der Föderalismusreform II, über die der Senat hier mehrfach berichtet hat. Zurzeit finden Gespräche auf Verwaltungsebene statt mit dem Ziel einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den fünf Sanierungsländern. Dabei ist es bedeutsam herauszufinden, ein wie hoher Anteil unseres Haushaltsdefizits strukturelle Gründe hat, also abzubauen ist, und welcher Anteil konjunkturelle Gründe hat. Dafür werden verschiedene Berechnungsmodelle, die aus Bremer Sicht möglichst einfach und nachvollziehbar sein sollen und uns Rechtssicherheit geben müssen, diskutiert. Erst im Frühjahr 2010 werden wir die erforderlichen jährlichen Abbauraten bis 2020 kennen, damit für Bremen die 2,7 Milliarden Euro Sanierungshilfen in 300-Millionen-Euro-Tranchen neun Jahre lang feststehen. Diese dürfen, damit sich nicht noch jemand Hoffnungen macht, ausschließlich zur Senkung der Kreditaufnahme eingesetzt werden.

(D) Vorsorglich hat der Senat für das Haushaltsjahr 2011 einen Abbau des Defizits von 50 Millionen Euro eingeplant. Da aber auch diese Annahme mit hohen Unsicherheiten belastet ist, empfehlen wir der Bürgerschaft, die Haushalte zwar beide zu beraten, auf ihre Belastbarkeit hin zu prüfen und dafür Sorge zu tragen, dass dem politischen Willen soweit möglich Rechnung getragen wurde, dann aber die Beschlussfassung über den Haushalt 2011 auf das Frühjahr 2010 zu verschieben. Das erspart uns möglicherweise den einigermaßen einmaligen Vorgang, dass ein Nachtragshaushalt, der aus rechtlichen Gründen sowieso erst nach Beginn des Jahres 2011 beschlossen werden könnte, anstatt wie üblich Mehrausgaben in diesem Fall weitere Kürzungen enthält. Außerdem brauchen wir für die Verhandlungen mit dem Bund eine gesicherte Grundlage, die der Haushalt 2010 als Basisjahr und der Haushalt 2011 als, Vorschlag, erstes Sanierungsjahr abbilden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beide Haushaltsentwürfe sind erkennbar von dem Willen geprägt, den auf der Basis der Karlsruhe-Klage eingeschlagenen Konsolidierungsweg konsequent weiter zu gehen. Veränderungen haben wir nur dort und insoweit vorgenommen, wie tatsächliche

(A) Entwicklungen so gravierend abweichen, dass eine Anpassung unvermeidlich ist. Das gilt – wie auch schon im Haushalt 2008 und 2009 – für den Bereich der gesetzlichen Leistungen im Sozial- und Jugendbereich. Diese Entwicklung betrifft alle größeren Städte und stellt überall die Kämmerer vor Herausforderungen.

So besteht die Gefahr, dass wir, ständig mit dem Besorgen von Geld beschäftigt, keine Energie mehr haben, genauer die Wirkungsweise sozialstaatlicher Hilfen zu hinterfragen, und uns gemeinsam der Tatsache entgegenstemmen, dass es in Bremen ganze Nachbarschaften gibt, für die staatliche Hilfen Tradition haben und keine Perspektive aus dieser Lage heraus mehr gesehen wird. Der Senat wirkt mit seiner Orientierung auf benachteiligte Stadtteile, dem kostenlosen Mittagessen für Kinder aus armen Familien, dem Ausbau von Ganztagsangeboten und dem Sozialticket dieser Entwicklung entgegen.

Die Hoffnung, dass sich eine stärker präventive und ermutigende Sozialpolitik letztendlich auch in geringeren Kostensteigerungen im Haushalt niederschlägt, erfüllt sich dagegen bisher nicht.

(B) Verändern mussten wir unseren ursprünglichen Haushaltskurs auch bei den Personalkosten. Die Tarifergebnisse 2009 und 2010, die zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtenbesoldung übertragen wurden, erhöhen die Haushaltsansätze für Personalkosten unvermeidbar. Da der Senat sich entschlossen hat, auch die Tarifeffekte bei ausgelagerten Einrichtungen, insbesondere Hochschulen, Theater und Stadtgrün, die konsumtiv im Haushalt veranschlagt werden, auszugleichen, mussten auch dort im Gefolge die Anschläge erhöht werden. Trotzdem wird es auch in den kommenden Jahren zu weiteren Einsparungen im Bereich des Personals kommen müssen.

Die Investitionen Bremens werden auf der Basis der ursprünglichen Planungen in den beiden Haushaltsjahren noch einmal leicht abgesenkt, damit wir dann aber das durchschnittliche Bundesniveau erreicht haben. Das zusätzlich im Haushalt 2009 veranschlagte Konjunkturprogramm unterstützt durch seine deutliche Orientierung auf energetische Sanierung eine nachhaltige Haushaltswirtschaft und stabilisiert die Beschäftigung in der Region.

Meine Damen und Herren, trotz aller Sparanstrengungen legt Ihnen der Senat Haushalte vor, die mit über 20 Prozent Defizitquote eine bedeutende Neuverschuldung von 806 und 928 Millionen Euro nach sich ziehen werden. Am Ende des Finanzplanzeitraums werden das Land und seine beiden Gemeinden Schulden in Höhe von fast 20 Milliarden Euro haben. Diesen Anstieg zu bremsen und am Ende Haushalte vorzulegen, die ohne neue Schulden auskommen, wird die zentrale Herausforderung besonders für Bremen, aber für viele andere Länder und Gemeinden auch. Auch wenn die Talsohle der Krise überwunden scheint, die Auswirkungen in

den öffentlichen Kassen werden uns noch jahrelang beschäftigen.

(C)

Zeiten, in denen man glaubt oder den Eindruck zu erwecken versucht, im Finanzressort sei eine nicht versiegende Geldquelle, die mit öffentlichem Druck und viel Getöse zum Sprudeln gebracht werden kann, sind lange vorbei. Kostenbewusstsein muss bei allen Entscheidungen eine zentrale Rolle spielen, und zur Abwägung gehört immer auch der Gedanke darüber, ob das, was wir uns heute leisten, von den Menschen, die es nach uns bezahlen werden müssen, auch als werthaltig akzeptiert werden wird. Die Grundlage der Haushaltspolitik ist damit definiert: Nachhaltigkeit, Transparenz und realistische Veranschlagung. Sie bietet überhaupt erst die Voraussetzung dafür, dass Kostenbewusstsein alle Überlegungen von der ersten Minute an begleitet und nicht, wie immer noch einmal gern wieder vorgefunden, erst einmal Wünsche angehäuft werden, die man dann kurz vor Ende dem ungeliebten Realitätscheck unterzieht.

Als Faustformel kann man sagen: Bremens Haushalte werden stabil gehalten oder, wie die Haushälter sagen, überrollt. Nur im Bereich gesetzlicher Leistungen, die von hier aus nicht beeinflusst werden können, und Tarifsteigerungen müssen wir die Ansätze aufstocken und natürlich die Steuerminderausgaben ausgleichen.

Die Schwerpunkte der Regierung im Bereich Kinder und Jugendliche und Ausbau der Bildung und im Bereich Wissenschaft werden durch Umschichtungen finanziert. So wurden seit 2008 über 80 Millionen Euro konsumtive Mittel umgeschichtet, 20 und 30 Millionen Euro in den Jahren 2008 und 2009. In diesen Haushalten kommen noch einmal 13 und 20 Millionen Euro hinzu für diesen Bereich durch Umschichtungen. Dieses Geld kann rechnerisch dafür verwendet werden, im Jahr 2010 378 zusätzliche Ganztagsplätze in den Kindertagesheimen zu schaffen und weitere 269 im Jahr 2011. Darüber hinaus werden 500 bestehende Plätze für Drei- bis Sechsjährige auf eine Betreuungszeit von sechs Stunden ausgebaut. Im Vergleich zum Jahr 2007 erhöhen wir den Haushaltsansatz für den Bereich Kinderbetreuung um 34 Prozent. Dazu kommen die investiven Mittel aus dem Konjunkturprogramm II.

(D)

Für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen und Sprachförderung planen wir 15,6 Millionen Euro zusätzlich ein. Es bleibt bei der Neueinstellung von 1 000 Lehrerinnen und Lehrern, 800 in Bremen und 200 in Bremerhaven. Mit der Senatorin für Bildung wurde ein Kontrakt zu Schulentwicklung abgeschlossen, der es ermöglicht, 20 weitere Lehrkräfte in den Jahren 2010 und 2011 einzustellen und zusätzliche Verwaltungsangestellte, um Lehrerinnen und Lehrer von unterrichtsfernen Tätigkeiten zu entlasten.

Im Bereich Jugendpolitik wird das vorgesehene Projekt „Stopp der Jugendgewalt“ mit jeweils einer Million Euro ausgestattet sowie die Finanzierung des Anpassungskonzeptes sichergestellt. Mittel in

(A) der Größenordnung von 33 Vollzeitkräften und 13 Poolkräften unterstützen den Bereich Kindeswohl bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Universitäten und Hochschulen können sich auf uns verlassen. Die im letzten Haushalt veranschlagten Mittel zur Stärkung der Lehre werden verstetigt, und die Tarifsteigerungen müssen nicht mehr aus dem eigenen Budget erbracht werden.

Die Koalition hält die Zusage, dass im Bereich Polizei keine weiteren Personaleinsparungen erbracht werden müssen, ein. Deshalb wurden – wie hier gestern schon in der Fragestunde dargestellt – 20 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für den Polizeidienst eingestellt. Auch in diesem Bereich wurde vereinbart, dass beim Nichtvollzug die Einsparverpflichtungen deutlich reduziert werden, um wichtige Unterstützungsleistungen für die Polizeiarbeit nicht zu gefährden. Für den Justizbereich wurden im Rahmen der Eckwertberatungen Mittel in einer Größenordnung von 35 Vollzeitstellen beschlossen, um unseren guten Benchmarking-Platz bei der Aufgabenerledigung auch zukünftig abzusichern.

(B) Einen Gesamtüberblick über die geplanten Investitionen können Sie gewinnen, wenn man die Investitionen des Haushalts, das Konjunkturprogramm und das Gebäudesanierungsprogramm aus dem Sondervermögen zusammen betrachtet. 150 Millionen Euro Investitionen sind im Bereich des Senators für Wirtschaft und Häfen und 110 Millionen Euro im Bereich des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa vorgesehen. Dazu gehören der verabredete überproportionale Anteil Bremerhavens an den Landesmitteln, die Fortsetzung der Wirtschaftsförderung auf hohem Niveau und weitere Investitionen in die Hafeninfrastuktur. Außerdem gehen größere Summen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in die Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands und in den Klima- und Lärmschutz. Die Investitionen in die Justizvollzugsanstalt ermöglichen nach Jahren des Stillstands wieder einen Strafvollzug, der modernen Anforderungen genügt, und die Aufstockung der Krankenhausinvestitionen sind Investitionen in einen wirtschaftlich wichtigen Bereich in unserem Bundesland.

Meine Damen und Herren, zu den Beratungen hier gehört auch die Vorlage eines Finanzplans für die Jahre 2009 bis 2013. Der Finanzplan soll eine Orientierung geben und die vorgelegten Haushalte einordnen im Vergleich zu den Vorjahren und für die Zukunft. Schauen Sie einmal hinein! Im Anhang finden Sie eine vollständige Übersicht über alle Kapitaldienstfinanzierungen, die aus dem Haushalt – zum Teil auch noch über viele Jahre hinweg – abgezahlt werden müssen, aber Sie finden auch vergleichende Daten mit anderen Bundesländern, langfristige Entwicklungen von Schuldenstand, Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben. Dieses Material soll Sie ganz gezielt dabei unterstützen, den vielen Bauchreden über Bremens Finanzen zahlengestützte Argumente entgegenzusetzen.

(C) Zum Schluss möchte ich einen kurzen Ausblick auf das weitere Verfahren Sanierungsweg machen, der ja dann für die weiteren Beratungen des Haushalts 2011 wichtig wird! Wir rechnen damit, dass im Frühjahr des Jahres 2010 das Verwaltungsabkommen fertig sein wird. Die Zeit bis dahin wird der Senat nutzen, um weitere, über das geplante Bisherige hinausgehende Sparvorschläge zu erarbeiten. Die Zeiten des schnellen Geldes mit Vermögensveräußerungen und Schließen von Einrichtungen ohne vertretbare Begleitschäden sind wahrscheinlich ziemlich weitgehend vorbei. Deshalb werden wir Konzepte brauchen, die einen Schwerpunkt auf den Umbau auch der Verwaltung legen. Immer noch benötigen wir 30 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst für die innere Organisation. Da können wir besser und effizienter werden. Aber natürlich werden wir auch über die Steigerung von Einnahmen nachdenken, das müssen wir!

Sicher können Sie sich sein, dass bei aller Notwendigkeit des Sparens der Senat die Stärkung des sozialen Zusammenhalts unserer Städte und eine nachhaltige Haushaltsentwicklung nicht aus den Augen verlieren wird. Wir werden, wenn der Senat die Konzepte vorlegt, auch selbstverständlich gern auf das Angebot der Opposition eingehen, gemeinsam darüber zu sprechen und zu schauen, welche der Dinge von Ihnen mit getragen werden. Wenn Sie auch noch zusätzliche Vorschläge haben –. Es ist sicher, dass die Vorschläge, die der Senat macht, eine breite Debatte in der Stadt oder im Bundesland hervorrufen werden, und dem werden wir uns auch gern stellen, aber wir werden uns der Aufgabe, dass der Senat etwas vorlegen muss, schon auch stellen.

Zuallerletzt eine Bitte: An unseren Zahlen können Sie sehen, wenn sich die Steuereinnahmen perspektivisch nicht in Richtung Niveau von 2008 stabilisieren, können weder Bremen noch viele andere Gebietskörperschaften das Ziel ausgeglichener Haushalte erreichen. Wer heute weitere Steuersenkungen propagiert, erodiert den Staat. Bremen wird sich auf allen Ebenen weiteren Steuersenkungen widersetzen. Nur mit einer gesicherten Einnahmebasis kann der Sanierungsweg gelingen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir wollen einen leistungsfähigen und ressourcenbewussten Staat auf einer soliden Grundlage.

Jetzt bleibt mir nur noch, Ihnen diesen Haushalt zu überreichen, mich für Ihre Aufmerksamkeit zu bedanken und Ihnen frohes Schaffen zu wünschen. Ich gehöre zu den Menschen, die finden, dass die Freude an der Haushaltspolitik nicht nur darin besteht, dass man immer mehr Geld ausgibt, sondern dass man auch daraus einen Gewinn für sich selbst und für Bremen haben kann, wenn man mehr über die Wirkungsweise des Geldes erfährt. Wir haben,

(C)

(D)

(A) obwohl wir ja Produktgruppenhaushalte vorlegen, in vielen Punkten immer noch das Problem: Wir wissen, wie viel Geld in welche Bereiche geht, aber wir kennen nicht genau die Wirkungsweise. Da werden wir besser werden müssen. Allein das ist eine Grundlage dafür, in Zukunft auch verantwortbar einzusparen.

Außerdem ist es auch ein gern verbreitetes Ammenmärchen, dass man nur einen Sinn in der Haushaltspolitik sehen kann, dass man mehr Geld ausgibt. Auch dem Umbau muss man sich stellen. Die Zeiten, in denen die meisten, die so alt sind wie ich, sozialisiert sind in der Vorstellung, dass es immer mehr wird, sind vorbei, da bin ich mir ziemlich sicher, und es ist gerecht, dass sich diese Generation dem stellt, dass die Zeiten des unbegrenzten imaginierten Wachstums wahrscheinlich vorbei sind und wir schauen müssen, wie wir mit dem, was wir haben, zurechtkommen können. Ich wünsche mir, dass Sie bei den Haushaltsberatungen auch solche Aspekte mit entdecken können und daran Freude haben.

Als Letztes die bewährte Zusammenarbeit zwischen meinem Haus und dem Haushaltsausschuss! Es ist wie immer selbstverständlich, wer Fragen hat, wer Unterlagen und Daten braucht, kann sich vertrauensvoll an uns wenden. Wir werden Ihnen alles das, was Sie brauchen, um sich ein Urteil zu bilden über die Grundlage der Regierungstätigkeit der nächsten Jahre, selbstverständlich zur Verfügung stellen. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer hätte gedacht, dass nach diesen Tagen, wo die sportbegeisterte Welt nach Berlin geschaut hat und beeindruckt sehen konnte, wie der Ausnahmesportler Usain Bolt gleich zwei neue Rekorde aufstellen konnte, dieser rot-grüne Senat es schafft, mit den Ihnen vorliegenden Unterlagen zur Beratung des Haushalts für die Jahre 2010 und 2011 gleich drei neue Rekorde aufzustellen?

Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass wir in den nächsten beiden Jahren in Bremen und den beiden Städten unseres Landes eine neue Rekordverschuldung haben werden. Noch nie werden die Menschen in Bremen und Bremerhaven pro Kopf so viele Schulden gehabt haben wie nach zwei weiteren Jahren rot-grüner Regierungskoalition. Noch nie – wie in diesem und im nächsten Jahr – werden die Einnahmen und Ausgaben im Primärhaushalt so weit auseinanderklaffen wie unter dieser Regierung. Jeder Euro, den diese Regierung einnimmt, wird

gleich 1,3-fach ausgegeben. Eine solche Diskrepanz ist der zweite Rekord dieser Regierung.

(C)

Der dritte Rekord – wahrscheinlich der, für den sich diese Regierung noch am meisten feiern wird – ist der, dass noch nie in unserem Bundesland so viel Geld in den sozialen Transfer gesteckt wurde, wie es in den nächsten beiden Jahren der Fall sein wird. Noch nie war die soziale Armut in Bremen und Bremerhaven größer als nach zwei weiteren Jahren Rot-Grün. Meine Damen und Herren, das ist die wirkliche Bilanz Ihrer Leistung, und das ist die wirkliche Bilanz, die Sie dem Parlament heute für die nächsten beiden Jahre als Ihren Plan für Bremen vorstellen!

(Beifall bei der CDU)

Dies ist umso überraschender und enttäuschender, als in den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen auch die Bereitschaft fehlt, an diesen Minusrekorden auch nur im Geringsten etwas zu ändern, die Zukunft unseres Bundeslandes selbst in die Hand zu nehmen statt nur abzuwarten. Die uns überlassenen Unterlagen sind voll von Ausreden und Entschuldigungen, und mit der ersten Ausrede und Entschuldigung will ich an dieser Stelle gleich beginnen! Das erinnert mich immer ein bisschen daran, wie es zu Hause ist. Wenn der Jüngste mit dem Fußball ein Loch in die Scheibe geschossen hat, dann ist er merkwürdigerweise an dem Ergebnis, nämlich dem Loch in der Scheibe, nie schuld. Genauso verhält es sich mit unserer Bremer Finanzsenatorin.

Sie räumt die Zahlen, die Rekordverschuldung pro Kopf und absolut, die höchste Primärausgabenüberschreitung im Land Bremen und die höchsten Ausgaben für soziale Leistungen pro Kopf, aber auch im Land Bremen, unumwunden ein und zeigt sogleich mit dem Finger auf die anderen und sagt, schuld seien die anderen. Wer immer nur mit dem Finger auf andere zeigt, wird das eigene Land nicht retten können!

(Beifall bei der CDU)

Zumal klar ist, wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, zeigen ganz viele Finger auf einen selbst, und das betrifft in diesem Fall insbesondere die seit Jahrzehnten ununterbrochen in Bremen regierenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, weil wenn Sie, Frau Bürgermeisterin Linnert, in den Unterlagen feststellen, dass eine der ganz wesentlichen Ursachen für unsere Haushaltsnotlage sei, dass wir so hohe Schulden hätten, dann muss man sich einmal fragen, wo diese Schulden eigentlich herkommen. Die haben nicht andere gemacht, sondern es gibt eine Partei in diesem Haus, die seit 60 Jahren jeden Haushalt mitbeschlossen hat. Die in unseren Haushaltsplänen ausgewiesenen Altschulden sind

(D)

(A) Altschulden der Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen erwidere ich auf den Vorwurf zu sagen, dass die Schulden schuld sind, Herr Dr. Sieling, genau das, was ich zu Hause auch meinen Kindern sage, wenn ich solche oberflächlichen Antworten bekomme, und ich sage es auch Ihnen: Daran sind Sie, Herr Dr. Sieling, als Bremer Sozialdemokrat selbst schuld.

(Beifall bei der CDU)

In diese Schuldenfalle haben Sie unser Land getrieben!

Der zweite Punkt, den die Bürgermeisterin hier in ihrer Einbringungsrede zur Frage der Rechtfertigung dieser miserablen Zahlen im Haushalt betont hat, ist zu sagen, dass wir Einnahmeausfälle in den letzten Jahren gehabt haben. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Sie, Frau Bürgermeisterin Linnert, gejubelt haben, am Ende des Jahres 2007 und am Ende des Jahres 2008, als Bremen am Ende des Jahres 2008 es erstmalig geschafft hat, einen positiven Primärsaldo hinzubekommen, und dieser positive Primärsaldo ist ja nicht aus dem Nichts entstanden. Dieser positive Primärsaldo ist auch nicht durch diese Regierung geschaffen worden.

(B)

(Unruhe – Zuruf des Abg. D r . K u h n
[Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Dr. Kuhn, warten Sie es doch ab! Der positive Primärsaldo ist dadurch entstanden, dass die Bremer Bürgerinnen und Bürger und die Menschen, die in Bremerhaven jeden Tag durch ihrer Hände Arbeit ihr Geld verdienen, den Anteil an den Staat abgeführt haben, den wir erheben, und dazu beigetragen haben, dass die steuerlichen Einnahmen in unserem Bundesland so hoch waren, wie sie waren. Es ist nicht die Leistung einer Regierung oder einer Partei, das war die Leistung der Menschen in den beiden Städten unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Da bin ich bei einem ganz entscheidenden Punkt: Wodurch entsteht eine solche Leistung? Sie entsteht nicht dadurch, dass irgendjemand durch Deutschland läuft und vier Millionen neue Arbeitsplätze verspricht, Herr Dr. Sieling. Sie entsteht auch nicht dadurch, dass jemand durch unser Land läuft und eine Million neue Arbeitsplätze verspricht, Herr Dr. Güldner. Sie entsteht dadurch, dass Unternehmen in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffen, weil sie daran glauben, dass die Rahmenbedingungen

in Deutschland so sind, dass es sich lohnt, hier zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie deswegen larmoyant jammern, dass die Einnahmen des Staates zurückgegangen sind, dann sage ich umgekehrt, dass Sie, sehr geehrte Frau Linnert, dann nicht weiter auf die Schrumpfung unseres Landes setzen dürfen. Gerade in dieser Phase der existenziellen Krise öffentlicher Haushalte brauchen wir Anreize, damit neue Beschäftigung und Wachstum in Bremen und Bremerhaven entstehen, damit Menschen Aussicht auf Beschäftigung haben, damit sie endlich wieder eine Perspektive am Arbeitsmarkt haben. Wir brauchen Wachstumsanreize und keine rot-grüne Larmoyanz in unserem Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Was tut denn eigentlich der Senat dafür, wenn man sich die Haushaltsplanentwürfe anschaut? Was tut der Senat für Wachstum?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sprechen Sie einmal mit den CDU-Ministerpräsidenten!)

Es ist doch völlig klar: Wir werden in ganz Deutschland, aber insbesondere auch in den wirtschaftlich starken Standorten Bremen und Bremerhaven nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind. Das heißt in dieser Phase, nicht nur die des Konjunkturprogramms, sondern eben auch in der Frage, welche Wettbewerbsfähigkeit eigentlich einzelne Standorte in Europa und international nach der Krise haben, wird es ganz entscheidend darauf ankommen, unser Bundesland so aufzustellen, dass Wachstum und Beschäftigung in unserer Region entstehen, sodass den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bundeslandes neue Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden und die Menschen, die bei uns zurzeit im Hafen unter Kurzarbeit und Entlassung leiden, wieder eine Perspektive am Arbeitsmarkt haben. Wir brauchen eine Regierung, die auf Wachstum und Beschäftigung setzt, wir brauchen keine Regierung, die die Ausgaben für Investitionen und Beschäftigungspolitik in den nächsten beiden Jahren drastisch reduziert und zurückschraubt, wir brauchen die Impulse am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, der Kurs dieser Regierung ist falsch. Er ist katastrophal falsch, weil er die Krise, in der wir uns jetzt befinden, nicht nutzt, um uns in den nächsten Jahren besser zu positionieren, sondern

(A) er verschärft die Krise dadurch, dass er die Wachstumsimpulse auf null streicht. Wenn mir jemand zu Beginn dieser rot-grünen Landesregierung gesagt hätte, dass diese Regierung es wagen würde, in der prekären Beschäftigungssituation unseres Landes, wo Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz haben und ihren Arbeitsplatz verlieren, wo sie in die Perspektivlosigkeit der Arbeitslosigkeit entlassen werden und wo Menschen, Hafenarbeiter in Bremen, auf die Hälfte ihres Einkommens verzichten müssen, weil nicht mehr genug Arbeit da ist, dass in einer solchen Lage unseres Landes eine rot-grüne Landesregierung die Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigungsförderung um ein Drittel kürzen würde, hätte ich das nicht geglaubt.

Sie setzen genau die falschen Impulse. Wir brauchen gerade in diesen schwierigen Zeiten nicht nur Impulse für wirtschaftliches Wachstum, sondern wir müssen den Menschen am Arbeitsmarkt eine Perspektive geben, und das funktioniert nur durch Qualifizierung und Beschäftigungsförderung, das funktioniert nicht dadurch, dass man ausgerechnet diese Maßnahmen um 30 Prozent zurückschraubt. Das ist verantwortungslos gegenüber den Menschen in den beiden Städten unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

(B) Frau Ziegert, schauen Sie sich die Maßnahmen des beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms an! Sie werden in den nächsten beiden Jahren zurückgeschraubt. Schauen Sie einmal in den Haushalt hinein! Wie können Sie es eigentlich als Gewerkschafterin vertreten, hier im Parlament zu sitzen und solchen beschäftigungsfeindlichen Haushaltsplanentwürfen zuzustimmen? Ich finde das auch von Ihnen persönlich unverantwortlich an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Der weitere Punkt, der in dieser Haushaltsplanberatung, wie auch in den letzten Jahren, eine große Rolle gespielt hat und auch sicherlich spielen wird, ist die Frage der sozialen Sicherung. Der Senat hat sich auf die Fahnen geschrieben, die soziale Spaltung in den beiden Städten unseres Landes zu überwinden. Das ist ein hehres Ziel, aber wer die Haushaltsplanentwürfe liest, bekommt den Eindruck, dass diese rot-grüne Landesregierung der Auffassung ist, dass man die soziale Armut am besten dadurch bekämpfen würde, indem man möglichst hohe Sozialausgaben hat. Das sozialste System ist ein System, das keinen Sozialtransfer braucht, weil alle Menschen von ihrer Hände Arbeit und von den von ihnen erarbeiteten Leistungen zum Beispiel in gesetzlichen Versicherungen auch leben können. Es ist nicht das Land am sozialsten, das die meisten Sozialausgaben hat, sondern das Land, das die höchsten Sozialausgaben

hat, ist das Land mit den größten sozialen Problemen. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Soziale Armut lässt sich nicht durch das Ausschütten sozialer Leistungen bekämpfen, und deswegen finden wir bestimmte strukturelle Entscheidungen, Herr Frehe, falsch. Deswegen sage ich noch einmal bezugnehmend auf die Debatte von vor zwei Tagen: Was ist das eigentlich für ein soziales Verständnis, dass diese Regierung glaubt, sie könne die soziale Armut dadurch bekämpfen, indem sie einigen wenigen in unserem Land, nämlich den Beziehern von Hartz IV und Arbeitslosengeld-II-Leistungen,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Einige wenige!)

ein kostenloses, ein vergünstigtes Sozialticket zur Verfügung stellt? Was haben eigentlich Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslosengeld-II-Empfänger mehr, was eine Witwe, die unser Land mit aufgebaut und unter vielen Entbehrungen über Jahre hinweg ihre sozialen Beiträge geleistet hat, nicht hat? Warum ist ein Hartz-IV-Empfänger der rot-grünen Regierung mehr wert als eine Niedrig-Renten-Empfängerin? Das ist nicht Entspannung sozialer Probleme, sie verschärfen die sozialen Probleme in unserem Land, indem sie die Grenzen immer willkürlicher zwischen denen ziehen, die Hilfe brauchen, und denen, die Hilfe geben sollen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

In dem Zusammenhang fand ich übrigens auch die Position der LINKEN besonders bemerkenswert. Ich will das an dieser Stelle auch einmal sagen, Herr Rupp. Wir haben vorgestern gemeinsam bei einer Podiumsdiskussion des Steuerberaterverbandes gegessen, und da haben Sie gesagt, bezugnehmend auf Ihr Plakat „Reichtum für alle?“, dass wir den überbordenden Reichtum in Deutschland abschaffen müssten. Dann habe ich Sie gefragt, was für Sie denn eigentlich ein überbordender Reichtum ist, und da haben Sie gesagt, jemand, der mehr als 500 000 Euro hat – es sei denn, dazu gehört eine Immobilie –, und Sie haben gesagt, wer mehr als 70 000 Euro brutto im Jahr verdient, soll einen deutlich erhöhten Spitzensteuersatz nach dem Programm der LINKEN zahlen.

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Schauen Sie doch einmal nach Schweden!)

Ich fand das bemerkenswert, was Sie gesagt haben, und habe dann gleich darauf einmal im Internet den Gehaltsrechner aktiviert. Was haben eigentlich ein

(A) Familienvater oder eine Familienmutter mit 70 000 Euro brutto Jahreseinkommen, die verheiratet sind und zwei minderjährige Kinder haben, am Ende von 70 000 Euro brutto denn netto in der Tasche? Zurzeit zahlt man auf 70 000 Euro ungefähr 14 000 Euro Steuern, 10 000 Euro Abgaben, und noch dies und das, was dazukommt. Am Ende bleiben gut 40 000 Euro von 70 000 Euro brutto übrig. Wenn man Ihrem Modell folgen sollte, Herr Rupp, dann würden von diesen 70 000 Euro brutto unter Anwendung des Spitzensteuersatzes – da sind dann ja statt 14 000 Euro schon einmal 30 000 Euro weg – am Ende dann vielleicht 25 000 Euro oder 26 000 Euro im Jahr netto übrig bleiben. Dann habe ich gesagt, dass das eine bemerkenswerte Abgabenlast ist und habe einmal geschaut, was eigentlich ein Hartz-IV-Empfänger bekommt, der verheiratet ist und zwei Kinder hat. Mit Wohngeld und allen sozialen Leistungen kommt der je nach Größe der Wohnung und Mietkosten auf rund 20 000 Euro im Jahr, und deswegen sage ich, der Weg der LINKEN führt genau in die falsche Richtung. Wenn derjenige, der 40, 42 oder 50 Stunden in der Woche arbeitet, in Zukunft nur noch genauso viel hat wie jemand, der von sozialen Transferleistungen lebt, dann ist unser Land nicht mehr zu retten. Leistung muss sich lohnen, und der, der arbeitet, muss mehr im Geldbeutel haben als der, der von sozialen Transferleistungen lebt.

(B) (Beifall bei der CDU)

Deswegen ist Ihre ganze Armut- und Reichtumsdebatte, nicht nur von den LINKEN, sondern insbesondere auch von den Sozialdemokraten, nichts weiter als eine Neiddebatte.

(Beifall bei der CDU)

Neid überwindet aber nicht soziale Spaltung, sondern schürt soziale Spaltung in den beiden Städten unseres Landes. Deswegen sage ich ganz bewusst, wir brauchen auch in Zukunft Anreize, steuerliche Anreize für Wachstum und Beschäftigung. Wir werden in Deutschland nur dann dafür sorgen können, dass wir bei dem Weg aus dem Tal heraus wieder am meisten davon profitieren. Das wird uns nur dann gelingen, wenn wir den Faktor Arbeit in Deutschland weiter entlasten. Wir haben damit gute Erfolge in der Vergangenheit gemacht. Nachdem wir von Rot-Grün fünf Millionen Arbeitslose übernommen haben, sind es Ende 2008 noch drei Millionen gewesen, weil wir die Lohnnebenkosten gesenkt und den Faktor Arbeit entlastet haben und den Unternehmern und Unternehmerinnen in unserem Bundesland Anreize dafür gegeben haben, in die Zukunft ihres Betriebes und damit in die Zukunft von Arbeitsplätzen zu investieren. Meine Damen und Herren von Rot-Grün und des Senats! Wer diese Wachstumsimpulse nicht

nutzt, der ruiniert auch die Finanzen unseres Bundeslandes Bremen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe zu Beginn meiner Rede über Rekorde gesprochen. Ich finde, ein ganz bemerkenswerter Rekord ist noch, dass es diesem Senat und dieser Regierung in Bremen nicht gelungen ist, in Bremen und Bremerhaven aufzufallen. Die meisten Menschen wissen, dass sie regiert werden, und die wenigsten wissen wie, deswegen sage ich, dass es auch dieser Haushalt zum Ausdruck bringt. Er vermittelt ein gewisses Maß an Perspektivlosigkeit in den Grundannahmen, aber eben auch in der weiteren Entwicklung. Sie lenken mit den vorliegenden Unterlagen den Blick wieder nur auf die Einnahmeseite dieses Landes, getreu dem alten Motto: Wir haben kein Ausgabenproblem, wir haben nur ein Einnahmeproblem.

Die Ausgaben sind nicht änderbar, aber bei den Einnahmen müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern in den beiden Städten unseres Landes noch ordentlich etwas wegnehmen, damit wir jede Ausgabe auch durch eine Einnahme decken können. Nein, meine Damen und Herren, Haushaltspolitik geht andersherum: Man kann nur das ausgeben was man vorher einnimmt, und wenn das nicht reicht, sehr geehrter Herr Dr. Kuhn,

(D)

(Zurufe des Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen] und des Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

dann muss man den Blick nicht auf die Einnahmenseite, sondern auf die Ausgabenseite wenden und einmal fragen: Was kann sich dieses Land in dieser Verfassung eigentlich überhaupt noch leisten? Dieser Senat hat es zwei Jahre lang vermieden, auch nur einen einzigen Sparvorschlag für unser Bundesland zu machen. So saniert man keine Haushalte!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Ich würde die CDU einsparen!)

Weil Sie jetzt schon dazwischenrufen: Was haben Sie denn in den letzten Jahren gemacht? Schauen Sie sich die Zahlen genau an, Herr Dr. Güldner! Wie haben sich die Primärausgaben eigentlich in den Jahren von 1992 bis 2008 – ich nehme bewusst einmal ein paar Jahre Ampelkoalition mit hinein – entwickelt? Sie sind im Zeitraum von 16 Jahren um sieben Prozent, im Zeitraum von 1992 bis 2007, beispielsweise innerhalb von 15 Jahren, sogar nur um fünf Prozent gestiegen, viel weniger als in allen anderen deutschen Ländern. Aber was macht dieser rot-grüne Senat? Er sorgt dafür, dass in unserem Bundesland in nur vier Jahren im Primärsaldo konsumtiv fast zehn Prozent mehr ausgegeben als eingenommen werden. Das ist

- (A) keine verantwortbare Haushaltspolitik! Sie haben nicht einen Sparvorschlag genannt, Sie haben nicht einen Sparvorschlag umgesetzt, Sie sind und bleiben eine Ausgabenkoalition in unserem Bundesland, und so geht es nicht weiter!

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme aber zur Kenntnis, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, dass Sie, anders als Herr Dr. Sieling, bereit sind, mit der Opposition über strukturelles Sparen zu reden. Ich habe die letzten Debatten so verstanden, dass Herr Dr. Sieling sagt, das machen wir nicht gemeinsam, das machen wir nämlich gar nicht. Immer, wenn ich ihn gefragt habe, wo wollen Sie denn sparen, hat er gesagt, machen Sie doch einmal Vorschläge. Dann habe ich Vorschläge gemacht, und er hat gesagt, die gehen nicht, die gehen nicht und so weiter.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Welche Vorschläge? Wiederholen Sie einmal die Vorschläge!)

Dann habe ich gefragt, welche Vorschläge haben Sie denn, dann hat er gesagt, ich habe gar keine Vorschläge. Meine Damen und Herren, ohne Vorschläge kann man ein Land nicht regieren, Herr Dr. Sieling!

- (B) (Abg. Dr. Sieling [SPD]: Darum sind Sie Opposition!)

Wer regieren will, muss gestalten wollen, und das bedeutet, dass man auch Vorschläge machen muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es konstruktiv, dass die Bürgermeisterin vorschlägt, dass wir gemeinsam über strukturelles Sparen in den beiden Städten unseres Landes reden wollen. Ich kann verstehen, dass Sie das nicht vor der Bundestagswahl machen wollen, sondern dass Sie das auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschieben wollen. Ich sage, das Angebot gilt als angenommen, ich freue mich, dass wir tabulos über Haushaltsstrukturverbesserungsmaßnahmen in unserem Bundesland reden können, und ich bin mir auch sicher, dass wir die gemeinsame Kraft haben, das dann am Ende auch umzusetzen.

Sehr geehrte Frau Linnert, ich habe mit viel Interesse Ihr Interview, ich glaube, es war im „Weser Report“ am Wochenende, gelesen, in dem Sie sich über Haushaltspolitik geäußert haben. Dabei sind mir zwei Dinge aufgefallen: Das eine ist die Frage, wie wir eigentlich mit Investitionen umgehen. Da haben Sie gesagt, wieso, ich verstehe das Gejammer nicht, wir investieren doch, wir bauen ein neues Gefängnis, und wir bauen ein neues Krankenhaus.

Meine Damen und Herren, Sie verwechseln Investitionen, die eine Rendite in der Zukunft und damit eine Entlastung unseres Haushalts erzeugen, mit investiven Mitteln, die man braucht, um sein Vermögen zu erhalten. Mit einem neuen Gefängnis, sehr geehrte Frau Linnert, ist nicht ein Euro Steuermehreinnahme verbunden und mit einem neuen Krankenhaus im Übrigen auch nicht. Was mich des Weiteren an dieser Debatte gewundert hat, ist, ich bin bisher nach den Beratungen und nach dem, was Sie vorgestellt haben, davon ausgegangen, dass nicht der Senat 300 Millionen Euro in die Hand nimmt, um die Krankenhäuser zu sanieren, sondern dass die Krankenhausgesellschaft das Geld in die Hand nimmt, um sie zu modernisieren, und es selbst erwirtschaftet.

(C)

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wem gehört die Krankenhausgesellschaft denn?)

Sie sagen, wir investieren 300 Millionen Euro in unsere Krankenhäuser. Frau Linnert, sind Sie schon der Ansicht, dass Sie die Bürgerschaft tatsächlich erfüllen müssen? Sind Sie der Auffassung, dass Sie am Ende als Staat selbst 300 Millionen Euro in die Hand nehmen müssen, weil die Planungen fehlschlagen?

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wem gehören die städtischen Kliniken denn?)

(D)

Die 300 Millionen Euro, die dort in die Hand genommen worden sind, ersetzen nicht die Investitionen in Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in unserem Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt, den ich zum Schluss an dieser Stelle sagen will, der ein heiteres Bild auf Ihre Auffassung von Haushaltspolitik wirft, ist die Frage, ob es eigentlich Sparvorschläge gibt! Da haben Sie gesagt, genau wie heute auch, wir müssen über Strukturen und Verwaltungsmodernisierung reden. Dann sind Sie aber konkret geworden. Sie haben nämlich gesagt, die Nummer D 115 ist eine solche strukturelle Sparmaßnahme. Ich sage Ihnen, Frau Linnert, mit Telefonnummern kann man Haushalte nicht sanieren,

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Busch [SPD]: Tolles Argument!)

sondern das muss schon einen Schritt weiter gehen.

Wenn man auf der einen Seite beklagt, dass wir 30 Prozent für die innere Verwaltung und bürgerferne Dienstleistungen unseres Gemeinwesens ausgeben,

(A) dann sagen Sie doch auch einmal, wie Sie diesen Anteil senken wollen! Wollen Sie die Behörde von Frau Senatorin Jürgens-Pieper verkleinern? Wollen Sie die Behörde Ihres Kollegen Herrn Senator Loske verkleinern? Was wollen Sie eigentlich unternehmen, um die galoppierenden Personalkosten in den Griff zu bekommen?

(Zurufe der Abg. Frau Busch [SPD]
und des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Die Große Koalition hat es geschafft, insbesondere im Personalbereich zu nachhaltigen Sparmaßnahmen zu kommen. Diese Bereitschaft, auch zu sparen, fehlt Ihnen bis heute in dieser rot-grünen Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, wer in einem Bundesland wie Bremen mit dieser stolzen Tradition und diesen unerschöpflichen Potenzialen regieren und Erfolg haben möchte, der muss auch mutig sein, der muss Mut haben zu sparen, der muss Mut haben zu investieren, der muss Mut haben, Fehler zu machen, und der muss auch Mut haben einzugestehen, dass etwas missglückt ist.

(B) Dieser Senat, meine Damen und Herren, hat nicht die Kraft und auch nicht den Mut, sich zu seiner Verantwortung zu bekennen. Er gibt die Schuld an den vorliegenden katastrophalen Haushaltszahlen anderen, er lässt an keiner Stelle erkennen, dass er selbst bereit ist, aus eigener Kraft Maßnahmen einzuleiten, die die Sanierung unserer Haushalte nach vorn bringen können. Dieser Senat, sehr geehrter Bürgermeister Böhrnsen, hat keinen Mut, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Diesem Senat fehlen der Mut und die Kraft, unser Bundesland zu regieren. – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind hier in der Tat in einer wichtigen Debatte, und ich finde, dieses Haus sollte sich dem auch stellen. Wir stehen vor wichtigen Wochen und Monaten für die Bremische Bürgerschaft und das Land Bremen, weil wir in die Haushaltsberatungen für zwei Jahre – für einen Doppelhaushalt – einsteigen und eintreten, die im Übrigen die Eröffnung einer Phase sind, die existenziell ist für unser Bundesland. Es geht nämlich darum, eine neue Etappe nach den Ergebnissen der Föderalismuskommission I einzuleiten, in der wir am Ende dieses Jahrzehnts in den Jahren 2019 und 2020

die Grundlagen geschaffen haben müssen, unsere Selbstständigkeit zu sichern. Ich finde, Herr Kollege Woltemath, daran müssen sich hier die Reden ausrichten und daran muss man sich orientieren, das erwarte ich von allen hier im Hause, auch wenn Sie in der Opposition sitzen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der Senat hat mit den vorgelegten Haushaltsentwürfen für 2010/2011 den in dieser Koalition und von dieser Koalition vorgenommenen Kurswechsel in dieser Legislaturperiode fortgesetzt. Bei aller Schwerpunktsetzung, die wir trotz der engen Finanzen noch wählen, wird hier der Sparkurs fortgesetzt, und damit folgen wir den gegenüber dem Bundesverfassungsgericht und der Föderalismusreformkommission gesetzten Linien und Eckpunkten. Ich möchte hier ganz ausdrücklich sagen, ich habe einen solchen Haushalt in diesem Land noch nicht gesehen. Dieser Doppelhaushalt ist ein Haushalt der Bescheidenheit, der dem entspricht, was wir an Rahmenbedingungen haben, das ist die richtige Bewertung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir müssen diesen Haushalt unter ausgesprochen schwierigen Rahmenbedingungen und unter großen Unsicherheiten durchführen. Die größte Unsicherheit sind – die Bürgermeisterin hat hier die entsprechenden Darlegungen gebracht –, die Unsicherheiten, die aus der Finanzmarktkrise, aus der Wirtschaftskrise und den Einbrüchen der Konjunktur entstehen, die wir haben schon verändern müssen, bei denen wir unsere Eckdaten schon korrigieren mußten und wo wir auch weiter im schwierigen Fahrwasser sind.

Wir haben im Nachtragshaushalt, den wir ja nachher noch in zweiter Lesung hier beschließen müssen, entsprechend die Konsequenzen gezogen und hier die notwendige und zurückhaltende Planung vorgelegt. Es gibt weitere Risiken, die ich später noch ansprechen werde, ich will aber gleich zu Anfang auch darauf hinweisen: Es gibt und kann auch hausgemachte Risiken geben, die nicht hier in diesem Haus entstehen und nicht durch das Verhalten der Mehrheit dieses Hauses, nicht durch das der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen, sondern durch Risiken, die entstehen und die wir nicht im Griff haben, wenn es dazu kommt, dass Steuersenkungspläne, wie Sie uns in diesen Wochen vorgetragen haben, Wirklichkeit werden. Wenn CDU und FDP in Berlin regieren, wird dieses Land an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gebracht. Darum geht es im Weiteren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

(D)

- (A) Ich komme auf diesen Punkt zurück, weil ich mich hier in erster Linie auf die Leistungen konzentrieren will, die dieser Senat und
- (Abg. Imhoff [CDU]: Welche Leistungen?)
- diese Koalition gebracht haben, und ich deutlich machen will, welche Eigenanstrengungen und eigenen Maßnahmen wir hier herausgearbeitet haben. Ich will dies vor allem auch deshalb machen, weil ich in der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden eben – in einer Haushaltsrede! – nahezu keine Zahl gehört habe. Doch, am Ende, da konnte er eine Telefonnummer aufsagen!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Das war das Einzige, was Sie hier gebracht haben! Das war eine Haushaltsrede, die war faktenfrei, verschoben, ideenlos und natürlich unsozial. Darauf können wir uns hier immer verlassen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- (B) Eine Plattitüdenrede zum Haushalt dieses Landes, das entspricht nicht dem, was wir an Herausforderungen haben.
- Dieser Senat legt einen Haushalt vor, in dem er für 2010/2011 trotz der Enge eigene Schwerpunkte setzt. Es sind ausgewiesene Schwerpunktmittel mit einem Maßnahmenpaket in Höhe von 33 Millionen Euro für 2010/2011. Ich halte das für einen wichtigen Hinweis. Man sieht an der Zahl der 33 Millionen Euro, wie klein diese Summe gemessen an dem Gesamtrahmen von knapp vier Milliarden Euro ist. Gemessen daran werden alle Möglichkeiten ausgenutzt, um Schwerpunkte zu setzen, ich will sie nennen!
- In den zwei Jahren werden der Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige und die Umwandlung von Kindergartenplätzen von vier beziehungsweise sechs Stunden realisiert mit einer Umschichtung von zehn Millionen Euro in diesem Haushalt. Das Jugendanpassungskonzept, wichtig für Bremen und seine Stadtteile, wird fortgesetzt. Der Ausbau von Ganztagschulen, Schulentwicklungsplan und Sprachförderung werden fortgesetzt und ausgebaut. Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung werden eingesetzt, insbesondere im Bereich „Stopp der Jugendgewalt“, wo wir nicht nur allein mit polizeilichen Mitteln eingreifen, sondern die Gesamtheit der Möglichkeiten nutzen. Die Straßen- und Brückenunterhaltung wird so stark und so gut wie möglich fortgesetzt, und wir machen natürlich Veranstaltungen, um für unsere beiden Städte zu werben, wie die „Sail“ in Bremerhaven und viele andere Dinge auch. Hier wird alle Kraft zusammengenommen, um
- in diesem engen Finanzrahmen wichtige Akzente zu setzen und wichtige Perspektiven aufzubauen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Ich will hier nur die zwei wichtigen Punkte für unsere Zukunft aus diesem Paket ansprechen! Das eine ist, dass wir die Betreuungsaufgaben und das Betreuungsangebot weiter ausbauen. Ich will in diesem Zusammenhang aufnehmen, das war ja Plattitüde Nummer eins von Herrn Röwekamp, die sagt, da wird etwas gemacht für wenige durch diese Koalition, was wir hier tun. Ich darf an dieser Stelle einmal deutlich sagen: Gehen Sie in die Schulen, in die Kindergärten, in die Stadtteile, gehen Sie in die Familien, und hören Sie, wie glücklich diese Menschen sind, dass wir endlich für die Kinder, deren Eltern nicht genug Geld haben, ein kostenfreies Mittagessen schaffen, damit der Magen nicht mehr knurrt, sondern der Kopf wieder funktioniert zum Lernen für die Zukunft, für unser Land! Das ist hier eine Leistung!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Diese Leistung gegen Wirtschaftspolitik zu stellen, das fällt zurück, das passt zu der Rede von Herrn Dr. Schrörs gestern bei der Finanzdebatte. Herr Dr. Kuhn hat es wunderbar herausgearbeitet: Hier die Bundeskanzlerin mit ihren Schönwetterreden und dort die CDU, wie sie pur ist, die wahre CDU, die nämlich nicht versteht, dass wir in Deutschland und auch in Bremen auf die Ressource setzen müssen, die wir haben, und das ist das, was an Verstand, an Können, an Motivation, an Leistung in den Köpfen der Menschen und unserer Kinder ist, dass wir uns darauf ausrichten müssen, dass wir das fördern müssen mit Innovation, mit Bildung. Das ist kluge Wirtschaftspolitik! Das ist nicht Soziales gegen Wirtschaft, das ist Soziales mit Wirtschaft, das ist Zukunft, das legt dieser Haushalt im kleinen, feinen Bremen und Bremerhaven vor. Ich bedanke mich beim Senat, dass er dies hier geschafft hat, und diese Koalition ist der Rückenwind dafür.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Das machen wir mit unseren Betreuungsangeboten, das machen wir vor allem auch mit dem Kraftakt für Bildung, den wir mit dem neuen Schulgesetz auf den Weg bringen, Gott sei Dank auch mit der Unterstützung der CDU, da sind Sie glücklicherweise zur Vernunft gekommen und tragen dies mit, was wir hier richtig machen. Unterstützen Sie bitte auch hier, dass wir weitere Ganztagschulen einrichten, Investitionsmittel, aber auch Personalmittel mobilisieren müssen, um all dies zu verwirklichen und
- (D)

(A) für Bremen damit den Pfad schaffen, der unsere Selbstständigkeit am Ende begründet,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: So ein Clown!)

nämlich durch verantwortliche Politik, aber auch durch eine Zukunft für die Menschen in unserem Land!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das wird sich im Übrigen auch in der Fortsetzung der Maßnahmen wiederfinden, die im letzten Doppelhaushalt schon angelegt wurden, mit der Frage der Verbesserung der Maßnahmen des Kindeswohls und vieler anderer Dinge in dem Zusammenhang. Ich bin sehr froh, dass wir mittlerweile auch für einige Schwerpunktsetzungen die entsprechenden Rückmeldungen bekommen. Das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen, denn wenn man hier immer Reden hält, mit denen man alles schlechtmacht, schadet es am Ende auch dem Standort. Ich hätte es besser gefunden, weil, Herr Röwekamp, das eigentlich ja auch eine Leistung ist, die wir in der Großen Koalition gemeinsam gemacht haben, immer übrigens mit Unterstützung von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wir haben immer darauf gesetzt, dass wir in intelligenter Art und Weise unsere bescheidenen Mittel mehr, um Drittmittel zu gewinnen und zu akquirieren.

(B)

Ich habe vor diesem Hintergrund überhaupt nicht verstanden – das war für mich Plattitüde zwei –, dass Sie hierherkommen und uns dafür kritisieren, dass wir im Bereich Qualifizierungs- und Arbeitsmarktförderung weniger Landesmittel einsetzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das schaffen wir, weil wir Strukturen haben, mit denen wir in Bremen europäische Mittel und Mittel der Bundesagentur für Arbeit sehr ausführlich binden. Unterm Strich macht diese Regierung mehr Arbeitsmarktpolitik als in den Jahren vorher. Sie müssen einmal alles zusammen betrachten und nicht nur eine einzige Sache.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zur Frage des Drittmittelgewinns hätte ich mir einmal gewünscht, dass Sie das Zitat bringen, denn das ist doch eine Leistung, die wir alle hier im Haus angegangen sind. Wir haben uns dafür eingesetzt, und diese Regierung, diese Koalition, arbeitet weiter

daran, dass unsere Universitäten und Hochschulen besser werden, dass wir in der Forschung stark bleiben, dass wir aber auch die Lehre verbessern. Auch da werden die Schwerpunktmittel fortgesetzt, und wenn die mir – und ich glaube, dieser Koalition – wirklich nicht nahestehende, aber Ihnen vielleicht näher stehende Initiative für soziale Marktwirtschaft uns attestiert, dass wir hier im Land Bremen eine exzellente „Akademikerschmiede“ Deutschlands seien, ist das etwas, mit dem wir bitte gemeinsam für Bremen werben und wo Sie einmal sagen könnten: Diese Regierung macht gute Politik, das sage ich auch als Oppositionspolitiker! Das wäre einmal Größe, die wir an dieser Stelle erwarten.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Das würde ich sofort sagen, wenn Sie es machen würden! Ich würde auch sagen,
Sie seien ein guter Kandidat, wenn Sie es
wären!)

Ich will jetzt nicht darauf eingehen, Herr Röwekamp, was der Unterschied zwischen guter Politik und vergangener Politik ist und welche Herausforderungen das für uns bedeutet, die Dinge zu korrigieren. Sie wissen, dass wir mit diesem Haushalt die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten und der Polizeianwärter jährlich deutlich erhöhen. Wir gleichen Ihre Fehlleistung aus, die „Röwekamp-Delle“ bekommt ein Ende, weil diese Koalition gute Innenpolitik macht! Das ist ordentliche Politik, Herr Röwekamp, erinnern Sie sich daran, vergessen Sie die Vergangenheit nicht!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe schon den Zusammenhang von Investitionspolitik und dem, was wir auch an Schwerpunkten setzen, erwähnt. Wir nennen es für den sozialen Zusammenhalt, aber Schwerpunkte für den sozialen Zusammenhalt muss man weiter buchstabieren mit einer Politik, die sozialen Zusammenhalt erreicht durch aktive Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik und vor allem durch eine offensive und moderne Bildungspolitik. Das ist moderner Zusammenhalt, der auch zu wirtschaftlicher Stärke führt, und darum lasse ich es mir nicht bieten, dass hier die Investitionsmaßnahmen in Beton, in wichtige Maßnahmen, gegen einen solchen Punkt gestellt werden.

Wir halten am Ausbau der Häfen fest, die Investitionen werden fortgeführt. Es ist doch auch so, dass die Krankenhausinvestitionen, die Sie hier anführen, nichts für die Galerie sind, sondern im Ergebnis dazu führen – und darum machen wir die Anstrengung –, dass die Kostenseite sich verbessern wird. Wir werden am Ende weniger Ausgaben haben, wir werden ein effizientes Krankenhauswesen in Bremen bekommen,

(A) aber eines, das öffentlich verantwortet ist und nicht privat, wie Sie es sich wünschen. Das ist nichts für uns, das machen wir im Interesse der Menschen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Genauso sind es Investitionen, die vielleicht öffentliche Investitionen sind, die in jedem Ressort Einsparungen hervorrufen werden, wenn der Senat am letzten Dienstag beschlossen hat, die Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm, die Maßnahmen aus dem Sanierungsplan für Gebäude energetisch auszugestalten und damit dafür zu sorgen, dass die Investitionen von heute die Verbrauchskosten von morgen reduzieren. Das ist moderne Investitionspolitik, und das ist auch gute Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Da ist mir gestern noch etwas in die Hand gefallen, was einen Unterschied zwischen dem Haushalt, den dieser Senat vorlegt, und dem, was andere Senate machen, was diese grüne Finanzsenatorin macht und was CDU-Finanzsenatoren machen, darstellt. Ich habe einen Bericht in der „Welt“ gelesen – auch eine mir nicht unbedingt nahestehende Zeitung –, der die Überschrift hatte: „Hamburg türmt den größten Schuldenberg seit 1945 auf“. Finanzsenator Michael Freytag, CDU, wird die Schulden in der Hansestadt Hamburg um sechs Milliarden steigern.

(B)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir reden hier über Geberländer! Für einen Monat!)

Ich darf, mit Erlaubnis des Präsidenten, aus der „Welt“ zitieren: „Ein scharfes Sparprogramm lehnte der CDU-Politiker aber ab, das wäre ein großer Fehler, so Freytag.“ In der Tat, ein scharfes Sparprogramm halten wir auch in Bremen nicht für richtig. Ich weiß, heute rufen Sie nach solchen scharfen Sparprogrammen, wenn Sie in der Regierung wären, würden Sie das Geld ohne Rücksicht auf Verluste ausgeben. Das ist die Wahrheit, das kennen wir aus den letzten Jahren. Wir sehen in Hamburg, dass es dort unter CDU-Verantwortung so ist. Ich bin aber überhaupt nicht weit weg von Herrn Freytag.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das ist ja ein toller Vergleich, doch von den Einnahmen sind Sie ganz weit weg!)

Das ist vielleicht eine Vorbemerkung zu der Rede der FDP, ich weiß noch nicht, was da kommt. Ich hoffe, es werden auch gute Vorschläge zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes unterbreitet, das würde ich mir wünschen. Ich finde aber, wir sollten uns einen Satz aus der „Welt“ zu eigen machen und

vielleicht da geschlossen stehen. Herr Freytag sagt nämlich ebenfalls: „Auch der weiteren Privatisierung von städtischem Vermögen erteile ich eine Absage.“ Die erteile ich auch, und es wäre gut, wenn die CDU hier in Bremen diese Absage ebenso erteilen würde, dafür steht jedenfalls diese Koalition.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Hamburg zeigt: CDU heißt lange nicht, dass man mit Geld umgehen kann, aber an der Stelle haben sie jedenfalls Vernunft und verschleudern nicht auch noch unser Vermögen, davon könnten Sie lernen. Das andere würde uns wenig bringen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ich nehme das mit dem Clown zurück, Sie sind ein Witzbold!)

Zum Schluss will ich sagen, dass hier natürlich – wahrscheinlich zum dritten Mal, dreimal ist Bremer Recht – Herr Röwekamp wieder gesagt hat: Machen Sie einmal mit uns einen Pakt, nehmen Sie uns doch einmal in Ihre Mitte, wir fühlen uns so allein am rechten Rand! Machen Sie mit uns einen Pakt, bitte nehmen Sie uns auf und sorgen Sie dafür, dass wir hier gemeinsam Bremen retten! Ich sage in der Tat immer dazu, machen Sie Vorschläge, wir machen welche, dieser Haushalt macht welche. Ich will aber gern das Wort von Finanzsenatorin Linnert aufnehmen, weil wir jetzt an einer Stelle sind, an der es zum Schwur kommt.

(D)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Jetzt nicht!)

Nein, wir kommen jetzt in eine Phase, da kommen Sie in die Situation, dass Sie zum Schwur getragen werden. Ich bin sehr dafür, dass wir ordnungsgemäß, wie es das Gesetz und die Landesverfassung von uns verlangen, diese Haushaltsberatung nutzen, in einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren sehr gute Vorschläge der Opposition konstruktiv zu beraten. Das, Herr Röwekamp, ist der Ort, an dem Sie Ihre Vorschläge, die Sie in Ihrer Rede wieder haben vermissen lassen, unterbreiten können. Machen Sie sie hier bitte konstruktiv, zeigen Sie Leistung als Opposition, das würde uns eine große Freude sein! Dann sehen wir, was wir gemeinsam machen können, so hat es die Finanzsenatorin gesagt, so stehen wir als Koalition, und so stehe ich hier.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: So hat sie es nicht gesagt!)

Natürlich hat sie es so gesagt! Wir brauchen uns doch nicht außerparlamentarisch zusammensetzen, um hier Dinge zu besprechen, sondern wir haben ein ordentliches parlamentarisches Verfahren. Ich bin da, und meine Fraktion ist genauso wie Dr. Matthias

(A) Güldner und die Fraktion der Grünen absolut offen gegenüber guten Vorschlägen, wir werden damit konstruktiv umgehen, Herr Röwekamp. Sie sind eingeladen, Herr Woltemath ist eingeladen, Frau Troedel ist eingeladen. Machen Sie gute Vorschläge, diese Regierung ist offen und wird sie aufnehmen und gestalten, meine Damen und Herren, dafür stehe ich hier.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Im Gegensatz zu Frau Dr. Mohr-Lüllmann
sind Sie auch noch dabei!)

Frau Dr. Mohr-Lüllmann wird auch dabei sein, das ist wohl wahr. Es wäre unverantwortlich, wenn ich hier das Rednerpult verlassen würde und hätte nur über die Leistungen, die wir selbst bringen, die Eigenleistung, die Aufgaben, die wir erfüllt haben und erfüllen können, reden können und nicht noch einmal auf die größte Gefahr für Bremen zum Abschluss hingewiesen.

(Zurufe von der CDU: Wo sind Ihre Zahlen?)

Ich muss darauf hinweisen, dass die Vorschläge – die Finanzsenatorin hat es hier deutlich gemacht –, dass all unsere Anstrengungen, hier die Ausgaben zu reduzieren, dass all die Erfolge, die Bürgermeister Böhrnsen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatskanzlei, dem Senat, dem Finanzressort, mit allen, die daran mitgewirkt haben, erzielt hat bei den Verhandlungen in der Föderalismusreformkommission und vielleicht auch gern auf der Grundlage von manchem Hintergrundgespräch, das hoffentlich auch Oppositionspolitiker positiv und konstruktiv für Bremen geführt haben, das wäre nur erfreulich – –. All dies kann man aber aufs Spiel setzen, wenn wir in eine Phase kommen, in der Steuersenkungspläne eine Mehrheit in diesem Land finden, die – ich nehme nur einmal das, wie die Experten die Vorschläge der CDU taxieren – Einnahmeeinbrüche von 20 Milliarden Euro für den Bund jährlich hervorbringen würden. Die FDP ist immer dabei und sagt, bei uns geht noch mehr Zerstörung des Staates. Das ist die große Gefahr, vor der wir stehen.

(Lachen bei der FDP)

Ich möchte überhaupt nicht mit eigenen Worten hier sprechen, ich möchte gern an dieser Stelle die „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. August 2009 unter der Überschrift „Krater in den öffentlichen Kassen“ zitieren. Ich darf dies mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren: „Krater in den öffentlichen Kassen. Wer verspricht, die Steuern zu senken, schätzt die Lage völlig falsch ein oder ignoriert die Wirklichkeit.“

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]:
Oder er lügt!)

Dort wurde mit dem Blick auf den Bundeshaushalt geschrieben, und ich finde, das kann man wortwörtlich für unseren Haushalt übernehmen: „Zur Pflichtlektüre dieser Wahlkampftage sollte der Bericht zum Finanzplan bis zum Jahr 2013 gehören. Auf knapp 80 Seiten listen die Experten der Regierung nüchtern und detailliert auf, welche Krater die weltweite Wirtschaftskrise in den nächsten vier Jahren in die Kassen der öffentlichen Hand reißen wird. Der Bericht ist eine Art Realitätscheck für die Zeit vor dem 27. September. Er hilft dabei, die allseits verkündeten Steuersenkungspläne als das einzuschätzen, was sie sind: Wolkenschiebereien!“ Soweit die „Süddeutsche Zeitung“!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will dem hinzufügen: Wenn sich das durchsetzt, wäre das mit Sicherheit der Ruin für unseren Haushalt, weil wir das nicht schaffen können. Daher, Herr Röwekamp und Herr Woltemath, wenn Sie uns einen Pakt vorschlagen wollen und wenn Sie mit uns einen Pakt machen wollen, dann schließen Sie mit uns einen Pakt gegen Steuersenkungen in dieser Republik, machen Sie einen Pakt für die Zukunft dieses Landes!

(Abg. W o l t e m a t h [FDP]: Wir machen
keine Pakte!)

Da können wir zusammenstehen, da kommen wir voran, da tun wir etwas für die Selbstständigkeit. Daran sollten Sie arbeiten! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss zunächst einmal empört über den Ablauf dieser Sitzung hier protestieren. Wir hatten interfraktionell vereinbart, dass zunächst zu Beginn der Sitzung die Finanzsenatorin den Haushalt einbringt, dass dann CDU, SPD, Grüne und so weiter in der Reihenfolge reden. Was dabei jetzt herausgekommen ist, die Finanzsenatorin bringt den Haushalt ein, dann hatten wir die Reihenfolge Horst-Schlämmer-Partei, SPD, und das war so in der interfraktionellen Absprache nicht vereinbart, sehr geehrter Herr Röwekamp, dass Sie hier eine Rede für die Horst-Schlämmer-Partei halten und nicht für die CDU!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Hahaha!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Das hatte ungefähr das Niveau.

(Abg. F o c k e [CDU]: Hasenpower!)

Wenn Sie die Dinge glauben, die bundesweit im Bund und in den Ländern gleichermaßen in den Haushalten 2009 und 2010 passieren, ich weiß nicht, ob vielleicht die Herren Koch, Oettinger so gar nicht mit Ihnen reden, ich habe da keinen Einblick in die CDU, aber wenn sie es täten und wenn Sie sich die Haushalte des Bundes und der Länder einmal angeschaut hätten und wüssten, was dort für dramatische Einbrüche durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise passiert sind, dann könnten Sie unmöglich hier im Namen der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen eine solche Rede gehalten haben! Sie haben diesen Effekt, der natürlich den Anstieg der Neuverschuldung, der natürlich den Haushalt 2010 und 2011 massiv prägt und natürlich in anderen Ländern, und zwar in reicheren Bundesländern, ihn noch viel mehr mit einem viel größeren Absturz und einer viel höheren Schuldenaufnahme prägt, einfach vollkommen aus Ihrer Rechnung, die Sie gemacht haben, herausgestrichen. So kann man definitiv keine Haushaltspolitik für Bremen betreiben, sehr verehrter Herr Röwekamp!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ich war letzte Woche Donnerstag und Freitag in Saarbrücken auf einer Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der Grünen, und die Kollegen aus den starken und reichen Ländern, zumeist CDU-geführt, zumeist im Süden der Republik, haben berichtet, dass dort große Verzweiflung einkehrt, weil die ehemals haushalterisch gut aufgestellten Länder nun dramatische Einbrüche haben. Wir in Bremen sind genauso wie zum Beispiel Baden-Württemberg extrem exportabhängig. Dass ein exportabhängiges Land wie Bremen eben auch diese Einnahmeverluste, diesen Einbruch der Steuereinnahmen, diesen Einbruch der Wirtschaftstätigkeit verkraften muss und dass das in diesem Haushalt, wie ich finde, äußerst maßvoll und mit Blick auf die Föderalismusreform und die nächsten Jahre der Entwicklung sehr gut gelöst worden ist, das haben Sie hier einfach verschwiegen und so getan, als ob man sagen könnte, wenn irgendetwas gut ist wie zum Beispiel der ausgeglichene Primärhaushalt 2008, den die Finanzsenatorin vorgelegt hat, dann waren es die anderen, und wenn etwas schlecht ist, dann war es Rot-Grün. Das ist wirklich zu läppisch, um in diesem Hause Haushaltspolitik machen zu können, sehr verehrter Herr Röwekamp!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn man anfängt zu sagen, das sind SPD-Schulden, CDU-Schulden, Grünen-Schulden und so wei-

ter, dann hat man schon verloren, denn mit dieser Rechnung sitzen wir alle in einem Boot. Die SPD hat regiert, dann gab es eine Ampel-Koalition, da waren die FDP und die Grünen dabei, dann waren Sie zwölf Jahre in der Regierung, und jetzt haben wir Rot-Grün. Wenn wir das auseinanderdividieren und sagen, das sind die CDU-Schulden, das sind die SPD-Schulden und so weiter, dann haben wir keine Möglichkeit, gemeinsam für die Zukunft ein Konzept aufzustellen, das dieses Land wieder nach vorn bringt. Der Ansatz ist im Grunde schon falsch, den Sie hier gewählt haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt keine guten und schlechten Schulden. Es gibt keine SPD-, keine CDU- und keine Grünen-Schulden, sondern das Land Bremen hat einen exorbitant hohen Schuldenstand. Den hat es schon ziemlich lange, den hatte es auch während der Zeit der Großen Koalition, die Sie als Bürgermeister wesentlich mitgeprägt haben. Wir haben die Verpflichtung, über die Föderalismuskommission nun mit den Zinsbeihilfen des Bundes und der Länder aus dieser Situation wieder herauszukommen. Zu dieser Verpflichtung und wie Sie dazu beitragen wollen, haben Sie kein Wort in Ihrer Rede gesagt. Das war ziemlich erbärmlich, muss ich hier an dieser Stelle leider sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man hört, wenn man in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin unterwegs ist, im Gegenteil von den anderen Ländern, die eigentlich auch gern höhere Zinsbeihilfen in den nächsten Jahren gehabt hätten, eine Mischung aus Anerkennung und Neid, wenn sie auf die 300 Millionen Euro schauen, die Bremen in Zukunft an Zinsbeihilfen bekommen wird. Da ist das Land Schleswig-Holstein, das sagt: Mit dem Betrag, den wir bekommen, können wir im Prinzip den Laden schließen. Der Ministerpräsident ist, glaube ich, ein Christdemokrat, zumindest noch! Das könnte sich am 27. September 2009 ändern.

Man hört aus anderen Ländern wie Sachsen-Anhalt und Berlin große Klagen, dass Bremen mit den 300 Millionen Euro, die es jedes Jahr bekommt und die ja in die Zahlen noch gar nicht eingearbeitet sind, die in die mittelfristige Finanzplanung der Finanzsenatorin hier eingegangen sind, und sehr große Anerkennung. Das heißt doch noch einmal, das, was Sie immer kritisieren, dass diese rot-grüne Regierung in diesem Bereich nichts täte, völlig untätig sei, praktisch ein großer Versager sei, dass sie es geschafft hat, von den Ländern mit Haushaltsproblemen den größten Betrag und die größte Zukunftshilfe für Bremen durch den Bund und die anderen Länder an Land zu ziehen.

(C)

(D)

(A) Noch einmal mein sehr herzlicher Dank an alle in der Senatskanzlei, die beiden Bürgermeister und alle, die im Finanzressort daran beteiligt waren, dass es gelungen ist, den Bund und die Länder von unserer Haushaltssituation, von unserem seriösen Umgang mit dem Haushalt selbst zu überzeugen! Wir mussten ja komplett „die Hosen herunterlassen“, die Zahlen auf den Tisch legen, und das Ergebnis war, dass wir 300 Millionen Euro pro Jahr Zinsbeihilfe bekommen. Auch dazu haben Sie kein Wort gesagt! Sie werden sich aber dazu bekennen müssen, dass dies eine Grundvoraussetzung dafür ist, bis zu den Jahren 2019 und 2020 diesen Haushalt zu sanieren. Die eine Seite ist nämlich, wie wir die uns auferlegten Sparanstrengungen realisieren werden, und die andere Seite ist, dass wir alles dafür tun werden, diese 300 Millionen Euro pro Jahr, die eine wesentliche Reduktion der Nettoneuverschuldung des jeweiligen Jahres darstellen, dann auch tatsächlich zu bekommen. Auch hierzu haben Sie kein Wort gesagt! Auch das kann man Ihnen so an dieser Stelle, meine Damen und Herren, nicht durchgehen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Sie haben des Weiteren gesagt, hier werden Sozialausgaben in astronomische Rekordhöhen getrieben, aber wenn Sie sich vielleicht einmal die Mühe in der Darstellung des Haushaltes gemacht hätten, die ja dankenswerterweise sehr plastisch und auch in einer guten Zusammenfassung vom Ressort vorgelegt worden ist; es findet sich aber in den Zahlen dann konkret auch alles wieder, wenn Sie sich also einmal das Farbenspiel dieser Säulen angeschaut hätten, wo dann steht, das sind gesetzlich verpflichtete Bundesausgaben im Sozialbereich, das sind vertragliche Verpflichtungen, das sind andere gesetzliche Verpflichtungen, dann gibt es oben einen ganz winzigen gelben Strich in der Säule Sozialausgaben, und darunter steht in der Legende, das sind die frei verfügbaren Mittel. Mit diesem winzigen gelben Strich glauben Sie sozusagen den gesamten bremischen Haushalt sanieren zu können!

Sie haben auch verschwiegen, dass alle anderen Teile dieses Sozialhaushalts aufgrund gesetzlicher Vorgaben für Bremen zwingend sind und an die Menschen in Bremen und Bremerhaven ausbezahlt sind. Diese Unterstützung zu zahlen, daran wollten wir, selbst wenn wir könnten, nicht rütteln, aber es stimmt auch, dass wir es nicht können, weil es bundesgesetzliche Vorgaben sind. Insofern haben wir einen ganz winzigen Bereich, der noch übrig bleibt, freiwillige Maßnahmen im Bereich der Integration, der Jugendarbeit und vieles andere mehr. Für die Frage, die Sie hier aufgeworfen haben, von Rekordverschuldung und Haushaltssituation ist das ein Bereich, der im Unterschied zu den Gesamtausgaben für Soziales, die Sie fälschlicherweise herangezogen haben, eher irrelevant ist. Auch da

haben Sie im Grunde mit Täuschung und mit einer falschen Darstellung versucht, draußen die falsche Erkenntnis zu wecken, dass wir hier eine Regierung hätten, die die Sozialausgaben verschleudere, und das habe auch noch nicht einmal einen Effekt.

(C)

Gehen Sie einmal in die jeweiligen Haushalte, von denen Sie gesprochen haben, die abhängig sind! Fragen Sie einmal eine alleinerziehende Mutter mit zwei oder drei Kindern, die darauf angewiesen ist, diese Transferleistungen zu bekommen, inwieweit sie dies als eine rot-grüne Verschwendung und Verschleuderung beurteilt oder inwieweit sie das nicht als eine elementare Unterstützung für die Lebensfähigkeit von sich und ihren Kindern sieht, und dazu stehen wir im Unterschied zu Ihnen ganz ausdrücklich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte auch etwas zur Frage der Investitionen sagen. Ich hatte in der Vergangenheit manchmal den Eindruck, dass doch eine Erkenntnis oder ein Konsens eingetreten sei, dass die überproportionale Investitionstätigkeit, die Sie vor allen Dingen immer mit befürwortet haben und die dann am Ende der Großen Koalition vonseiten der SPD auch mit einer politisch klaren Aussage gestoppt wurde, dass Sie eingesehen haben, dass man solch einen Haushalt nicht sanieren kann, indem man 20-prozentige Investitionsquoten macht.

(D)

Ich bestreite überhaupt nicht, und vielleicht kommen wir uns da ein Stück weit entgegen, dass diese Investitionen zu Teilen natürlich auch für die Wirtschafts- und Arbeitsplatzsituation in Bremen positive Erfolge gebracht haben. Es gibt natürlich auch Bereiche, in denen das Gegenteil der Fall war, wo wir heute noch dafür zahlen, dass keine Effekte eingetreten sind. So weit, so gut! Was es aber auf keinen Fall gebracht hat, und da hat der gute Herr Haller, den wir heute immer noch, wie ich finde, eher in einer Comedy-Kolumne in einer Bremer Zeitung mit Ratschlägen hören, einen Kniff gemacht, er hat mit seinem regionalwirtschaftlichen Gutachten des BAW einfach so getan, als ob Effekte existieren würden, dass wir damit auch den Haushalt sanieren können. Sie als CDU haben sich das ganz lange zu eigen gemacht und haben gesagt, das ist nicht nur ein Effekt für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze, das ist auch ein Effekt für die Sanierung des Haushaltes.

Während wir uns streiten können, Projekt für Projekt, wie die positiven Effekte für Wirtschaft und Arbeitsplätze sind, da würde ich Ihnen auch bei etlichen Maßnahmen entgegenkommen, eine Sanierung des Haushaltes kann man, indem man weit überproportional über dem Schnitt anderer Länder in die Investitionen steckt, obwohl man eigentlich ein Haushaltsnotlageland ist und Hilfen des Bundes

- (A) bekommt, definitiv steht das heute fest, so nicht bewerkstelligen. Auch das ist ein Erbe, das diese Regierung wird aufarbeiten müssen, und auch dazu haben Sie hier kein Wort gesagt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ansonsten hört man in letzter Zeit wirklich eher Skurriles. Die FDP glaubt, das Problem der bremischen Haushaltsnotlage damit lösen zu können, dass man eine weitere Brücke über den Wall baut, und gibt sich mit solchen Dingen ab. Das ist, finde ich, eher so, dass man es schade finden muss, dass eine Fraktion, die ja doch auch wirtschaftspolitische Vernunft für sich reklamiert, mit solchen Vorschlägen kommt. Der CDU würde es entgegenkommen, weil ich glaube, diese Brücke würde genau am CDU-Haus dann enden, wenn Sie sie da herüberführen, wo Sie das vorhaben. Ich weiß nicht, ob Sie an der Stelle einmal gestanden haben. Wenn Sie einmal nach links geschaut hätten, hätten Sie in etwa 50 Meter Entfernung noch eine Brücke gesehen, über die die Menschen ganz prima kommen! Wenn Sie ein bisschen substanziellere Beiträge zu den Themen machen könnten, als neue Brücken über den Wall zu erfinden, sondern wenn Sie sich zu den Kernproblemen Verschuldung, Sanierung, Zinsbeihilfen, Investitionsquoten und so weiter äußern könnten und nicht zu einem solchen Unsinn, würden Sie auch wesentlich mehr zu dieser Haushaltsdebatte beitragen, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Buh-
lert [FDP])

Mir ist es noch einmal ein Anliegen, das in den vergangenen Wochen und Monaten sehr kritische Verhältnis zwischen Bremen und Bremerhaven im Zusammenhang mit diesen Haushaltsproblemen hier anzusprechen. Das Thema ist bisher hier nicht gefallen. Ich halte gar nichts davon, und das gilt jetzt für uns alle parteiübergreifend, wenn wir glauben, dass in einem Schüren des Gegensatzes zwischen Bremen und Bremerhaven eine Lösung für unsere Haushaltsprobleme läge, indem wir uns gegenseitig die Schuld zuschieben, dann ist es des einen Eisstadion, dann sind es des anderen Ausgaben in Bremen und immer so weiter.

Ich glaube, dass in Bremerhaven weit überproportional in den vergangenen Jahren investiert worden ist, und zwar in originär Bremerhavener Projekte,

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Die auch funk-
tionieren!)

wie zum Beispiel die Havenwelten, das ist ja nun ein kommunales Tourismusförderungsprojekt Bre-

merhavens, oder auch in Landes- und bremische Projekte mit den Hafenterminals und so weiter. Es ist unheimlich viel Geld hineingeflossen, und wenn Sie, Herr Röwekamp, hier sagen, es wird nichts investiert, sage ich, es werden ja teilweise jetzt noch von diesen Investitionen aus den Investitionshaushalten der kommenden Jahre die Raten abbezahlt, um das zu finanzieren. Das haben Sie damals gewusst, als Sie es vorfinanziert haben, noch viele, viele Jahre wird es so gemacht.

(C)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wie beim
Rhododendronpark auch!)

Das Investieren ist kein Spiel, bei dem man sagt, jetzt haben wir das – Sie haben die Kinder im Kindergarten oder Ihre Kinder zu Hause zitiert – bekommen, jetzt wollen wir sofort noch etwas Neues, sondern das ist ein Spiel, wo wir schauen müssen, dass wir diese Investitionen jetzt konsolidieren, dass wir die nötigen Ausgaben finanzieren, um auch den Unterhalt dieser Gebäude zum Beispiel in den Havenwelten zu sichern, dass wir Folgeinvestitionen in moderater Höhe auch in den Häfen weiter tätigen, dass wir den JadeWeserPort zu Ende bekommen und dass wir nicht immer neue, ganz tolle, glänzende, große Projekte nachlegen wollen. Wir müssen erst einmal schauen, dass die Projekte, in die investiert worden ist, auch ihre Rendite abwerfen, dass wir sie verbessern, dass wir sie vorantreiben, dass wir auch Ideen, die wir finanzieren können, weiter verwirklichen, aber nicht dass wir sagen, jetzt haben wir vier große Containerterminals, wir sind beteiligt an einem weiteren fünften in Wilhelmshaven, und nun muss sozusagen der sechste und siebte hinterherkommen, oder es muss nach den Havenwelten noch ein riesiges Tourismusgebiet geschaffen werden. So läuft eine Investitionspolitik nicht!

(D)

Die Investitionspolitik läuft so, dass wir erst einmal vor allen Dingen unter dem Diktat der Haushaltslage, aber doch auch aus wirtschaftspolitischer Vernunft konsolidieren müssen, was wir an diesen Anschubfinanzierungen und -investitionen geleistet haben, und so können Sie den Investitionshaushalt Bremens, diese 400 Millionen Euro, beim besten Willen nicht darstellen! Wenn man durch die Stadt geht, die Überseestadt in Bremen ist ein ähnliches Beispiel wie die Projekte in Bremerhaven, sieht man, dass in Bremen und Bremerhaven in den letzten Jahren enorme Investitionen getätigt worden sind, auch weiter getätigt werden unter dieser Regierung, aber dass der eine Punkt, nämlich dass die haushaltspolitische Vernunft auch ein Kriterium bei der Frage der Höhe der Investitionen ist, eben jetzt neuerdings hinzugekommen ist und man nicht schrankenlos nach oben glaubt, durch eine völlige Investitionsorgie quasi das Land Bremen sanieren zu können.

Hier ist also sehr viel im Fluss. Diese Regierung hat ganz viele Dinge, die auf dem Zettel stehen, weiter

(A) möglich gemacht und wird sie auch weiterhin möglich machen. Das Gerede von einem Land Bremen, das nicht mehr investiert, ist für Besucher unverständlich, die aus reicheren Bundesländern kommen und sehen, was in Bremen und Bremerhaven steht, aber auch, was für die nächsten Jahre noch gebaut und geplant ist. Es hat überhaupt kein Mensch dafür Verständnis, dass Sie Bremen so draußen darstellen wollen! Sie wollen die Medien auffordern, dass sie gut über Bremen reden sollen und dass sie mehr positive Nachrichten bringen, und halten hier solche Reden, in denen Sie die positiven Aspekte und guten Nachrichten weglassen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was ist das für eine Herangehensweise? Das kann ich nicht verstehen!

Wir haben auch beim Personal und bei den konsumtiven Ausgaben bei der Vorlage dieses Haushalts nicht die Situation, wie sie hier geschildert worden ist. Wir haben nach wie vor eine PEP-Quote. Das ist ein Wort, das draußen nicht jeder kennt. Es ist eine lang anhaltende und ziemlich einschneidende Maßnahme, das Personal in Bremen drastisch zu reduzieren.

(B) Wir haben gesagt, das PEP setzen wir fort; der vorgelegte Haushalt beinhaltet weiter die Reduktion des Personals. Wir haben nur bei Lehrerinnen und Lehrern, bei Polizistinnen und Polizisten, im Bereich der unter Dreijährigen in den Kindergärten und in bestimmten Schlüsselbereichen gesagt, dass wir das dort nicht wollen. In diesen Bereichen brauchen wir Personal und können es dort nicht weiter heruntersparen. In den Kernverwaltungen, in vielen Innenbereichen der Ressorts ist die PEP-Quote nach wie vor ein sehr großes Problem, aber gleichzeitig eine Maßnahme, die der Senat für unabdingbar hält, wie ich finde, völlig zu Recht, um weiter die Personalausgaben in den Griff zu bekommen.

Wir haben auch im konsumtiven Bereich weitere lineare Kürzungen. Sie tun so, als ob hier praktisch alles nach oben geht. Die Senatorin hat doch hier erklärt und vorgelegt, dass der Anstieg der Sozialausgaben und zum Beispiel der öffentliche Dienst – das würde mich einmal wirklich interessieren – die Tarifsteigerung und die Übernahme für die Beamten den entscheidenden Teil der Mehrausgaben beim Personal und bei den konsumtiven Ausgaben ausmachen. Wenn Sie das nicht wollen, dann müssten Sie im Prinzip doch hier nach vorn kommen und sagen: Der rot-grüne Senat ist eine Ausgabenkoalition, er hat die Besoldung der Beamten sofort an die Tarifsteigerung der Angestellten angepasst, das hätte er nicht machen dürfen, wir als CDU-Fraktion stehen dafür, das um ein Jahr zu verschieben, zwei Prozent weniger zu machen, es nächstes Jahr aus-

fallen zu lassen und damit die Ausgabenkoalition zu kontern. (C)

(Abg. Frau Busch [SPD]: Mit ganz viel Mut!)

Davon wurde aber kein Wort gesagt, weil Sie ja eher noch mehr fordern, um hier dann zu sagen, dass wir zu viel Geld ausgeben. Das wird in Zukunft weiterhin nicht funktionieren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich kann dieses Wort tabulos überhaupt nicht leiden, das hier gefallen ist. Wir werden in bestimmten Bereichen, um unseren Verpflichtungen gegenüber der Föderalismuskommission gerecht zu werden, um diese 300 Millionen Euro jedes Jahr zu bekommen, natürlich Anstrengungen unternehmen müssen, die sich ab den Haushalten 2011, wie ich finde, ziemlich drastisch in unseren Haushalten abbilden werden. Die Vorüberlegungen laufen, wie das aussehen kann. Da hat man zum Beispiel den eben genannten öffentlichen Dienst, da werden wir uns zum Beispiel vielleicht einmal mit Ihnen zusammensetzen und hören, was mit der Opposition – mit der LINKEN, der FDP und der CDU – da geht oder ob Sie uns hier dann Ausgabenkoalition vorwerfen und anschließend auf dem Marktplatz Reden halten, dass man das noch ein bisschen mehr erhöhen könnte; das werden wir dann sehen. (D)

Wir haben natürlich den Bereich des Umbaus der Verwaltung, dort wo er bürgerfern ist und Menschen nicht direkt betroffen sind, wenn wir zu weiteren Einsparungen kommen, und wir haben natürlich die Verpflichtung und das Ziel, in jährlichen Schritten von etwa 50 Millionen Euro, es könnten auch ein paar mehr Millionen Euro in den nächsten Jahren sein, einen schuldenfreien Haushalt 2019/2020 anzustreben.

Ich halte nichts, lassen Sie mich das zum Ende noch einmal sagen, von einem großen Pakt mit großen Unterschriften, mit Tintenfüllern und großen werbeträchtigen Ereignissen; ich halte aber sehr viel davon, dass die Opposition – jedenfalls ist das die einhellige Meinung unserer Fraktion – sehr ernst genommen wird, wenn wir punktuell über bestimmte Teile des Haushalts, den wir in Zukunft steuern müssen, Gespräche führen. Wenn Sie sich auf Ihren Vorschlag hin und wir uns auf unseren Vorschlag hin bewegen und wir zu Punkten kommen, wie wir in Zukunft dem Bund und den Ländern gegenüber mit einvernehmlichen Einsparungen reagieren, von denen wir alle denken, dass sie unvermeidbar sind, um das Ziel 2020 zu erreichen, dann halte ich von solchen Gesprächen sehr viel.

(A) Von einer Arbeitsteilung, am Montag Mehrausgaben zu fordern, am Dienstag eine Ausgabenkoalition zu kritisieren, am Mittwoch wieder einen Vorschlag zu machen, man könnte noch irgendwo einen Tunnel oder eine Brücke bauen, die niemand braucht, und am Donnerstag eine Demonstration von Betroffenen anzuführen, hält die rot-grüne Koalition wenig. Das Angebot der Bürgermeisterin und Finanzsenatorin habe ich vorhin hier vernommen. Ich fordere Sie auf, gut darüber nachzudenken, es in bestimmten Punkten anzunehmen, sodass wir uns nicht der Unterschiede zwischen den Fraktionen und den Parteien hier vollständig berauben, aber im Sinne des Landes Bremen in einzelnen wichtigen Punkten, in größeren Themen vielleicht auch zu einer Übereinkunft kommen!

Ich spüre, vielleicht lassen Sie mich das zum Schluss sagen, in den letzten Tagen auf verschiedenen Sitzungen der Grünen, die bundesweit stattgefunden haben, zur Frage des Bildungskonsenses sehr großes Interesse. Das wird etwas sein, das in anderen Bundesländern sehr große Aufmerksamkeit auf allen Seiten hervorruft, das ist mir dort deutlich geworden.

Wenn wir in unserer Situation des Haushaltsnotlagelandes auch zu partiellen Konsensen in puncto zukünftige Haushalte kommen, dann werde ich derjenige sein, der die Opposition hier nicht, wie ich das gerade getan habe, für sinnlose Reden kritisiert, sondern der sie lobt, dass sie konstruktiv an der Rettung Bremens beteiligt ist. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Viel Konkretes zu den Haushalten 2010/2011 ist noch nicht gesagt worden. Ich werde zumindest versuchen, das ein bisschen deutlicher zu machen. Klar ist, dass wir natürlich, wie es immer so schön heißt, einen anderen Haushalt als den beschließen werden, der jetzt vorgelegt ist. Das heißt, wir haben die Verhandlungen in den nächsten drei Monaten vor uns, deswegen wird sich da noch einiges verändern, und möglicherweise ist Detailtreue jetzt nicht das Gebot der Stunde, sondern eher eine grundsätzliche Einschätzung, was Bremen eigentlich finanziell für eine Perspektive hat.

Bevor ich dazu komme, will ich kurz auf den Kollegen Röwekamp eingehen, weil doch ein paar Aussagen getroffen wurden, die ein bisschen unter dem Niveau liegen, das ich ihm eigentlich zugetraut habe. Er hat unser Steuermodell kritisiert und hat gesagt, wenn heute jemand ein Jahresgehalt von

*) Vom Redner nicht überprüft.

70 000 Euro brutto bekommt, habe er so viel netto übrig, und wenn unser Steuermodell in Kraft träte, dann hätte derjenige weniger Geld, das ist natürlich Unsinn! Ich habe auch auf der Podiumsdiskussion gesagt, das, was wir an Steuern, als Spitzensteuersatz, vorschlagen, gilt natürlich erst ab den über 70 000 Euro liegenden Einkünften und nicht für alle. Das kann man nachlesen, und das ist auch kein besonders interessantes Thema.

(C)

Viel interessanter war, dass der Kollege Röwekamp gesagt hat: 70 000 Euro, das wäre ein durchschnittliches Facharbeitergehalt, und denen wollte er doch das Geld nicht wegnehmen, sie wären doch schließlich nicht reich! Meine Kollegin hat einmal versucht herauszubekommen, wie hoch die Durchschnittsgehälter sind. Im Jahr 2007 lag das Durchschnittsgehalt in Deutschland bei ungefähr 27 000 Euro. Es gibt Zahlen von 2006, da bekamen Architekten und Bauingenieure 54 000 Euro, Ärzte 76 000 Euro, Bäcker 25 000 Euro, Bankangestellte 54 000 Euro und Friseure 16 000 Euro. Es ist also weit davon entfernt, dass ein Jahresgehalt von 70 000 Euro irgendeine Form von Durchschnitt darstellt, sondern das ist ein Weg zum Reichtum, und wir finden, dass alles, was über 70 000 Euro liegt, besteuert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

So viel vielleicht zur Richtigstellung, denn man darf natürlich den politischen Gegner bewusst missverstehen, aber man sollte es nicht so plump machen!

(D)

Jetzt haben wir über Rahmenbedingungen gesprochen, da bin ich auch etwas irritiert. Wir haben jetzt – das haben andere Kollegen schon gesagt – bundes- und landesweit eine ganze Reihe von Regierungen unterschiedlicher Parteien, die Rahmenbedingungen geschaffen haben. In meiner Wahrnehmung waren es im Wesentlichen Rahmenbedingungen, die insbesondere die CDU und die FDP richtig finden. Sie haben Rahmenbedingungen von Löhnen, Investitionen in die Wirtschaft und Rahmenbedingungen von Steuererleichterungen beschlossen. Am Ende des Liedes haben wir die Situation von heute, also muss man möglicherweise darüber nachdenken, ob das, was Sie jetzt weiter an Rahmenbedingungen schaffen wollen, überhaupt das Problem löst oder ob es nicht vielleicht die Ursache von Problemen ist, die wir heute haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Was mich besonders betroffen gemacht hat: Da wird über Sozialhilfe so diskutiert, als würde man mit dem Auszahlen von ALG II oder Sozialleistungen Armut erzeugen, ungefähr das hat der Kollege Röwekamp gerade behauptet. Die Armut und die Notwendigkeit, so etwas auszuzahlen, ist doch nicht der Tatsache geschuldet, dass man das Geld auszahlt, sondern das ist doch nichts weiter als eine ganz notwendige Form von

- (A) Existenzsicherung weit unterhalb des eigentlichen Niveaus. Eine Kürzung der Sozialleistungen erzeugt doch nicht automatisch weniger Sozialhilfeempfänger oder weniger Bedürftige. Das wäre fast so, als würde man Schiffbrüchigen verbieten, Rettungssignale zu senden! Dann hat man natürlich das Problem nicht mehr, aber die Leute ertrinken.

(Beifall bei der LINKEN)

Das erinnert mich an einen Politiker im 18. Jahrhundert, ein gewisser Robert Malthus, er hat ein Gesetz zur Entwicklung der Bevölkerung entwickelt, das Bevölkerungsgesetz, und hat im Kern gesagt, man darf den Armen nicht soviel geben, dann essen sie und vermehren sich und werden dadurch immer mehr. Sie sind in dieser Logik, und das ist eine unmenschliche, unsoziale Logik!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Woltemath [FDP]: Darf ich das einmal zurückschicken, dass wir in dieser Logik sind! Ich weise das zurück!)

Die Logik zu sagen, es ist nicht zulässig, diese hohe Sozialhilfe auszuzahlen, und sie ist auch nicht nötig, und man kann von dieser Sozialhilfe etwas streichen, ohne dass man die Existenz von Menschen gefährdet, ist eine zynische und unsoziale Logik.

- (B) Ich werde jetzt, nachdem ich auf meine Vorrednerinnen und Vorredner eingegangen bin, vielleicht noch einmal versuchen, einen Blick auf den Haushalt und auf die Rahmenbedingungen zu werfen. Der Haushalt unterscheidet sich strukturell nicht von den Haushalten der letzten Jahre. Ich finde es positiv, dass versucht wird, zumindest das, was in den vergangenen Haushalten an Armutsbekämpfung und an Bekämpfung von sozialer Spaltung war, weiterzuführen. Ich glaube, ich kann nachweisen, dass das in Zukunft nicht reichen wird.

Ich will aber zunächst einmal mit einigen Zahlen anfangen, weil ja auch gefordert wurde, wir brauchen Zahlen. Die Gesamteinnahmen im Jahr 2010 sind mit 320 Millionen Euro deutlich niedriger angesetzt als in diesem Jahr. Ich finde es vergleichsweise optimistisch, dass die Einnahmen von 2010 auf 2011 wieder um 92 Millionen Euro steigen sollen. Das ist eine Steigerung von ungefähr drei Prozent, ich glaube, genauer gesagt 2,94 Prozent. Ich bin mir nicht sicher, ob das eine realistische Annahme ist. Es würde bedeuten, dass wir entweder Steuern erhöhen – meinetwegen die Vermögenssteuer, das wäre vielleicht eine Annahme, die man treffen kann – oder dass man von einer deutlichen Belebung der Konjunktur ausgeht. Ersteres ist ein bisschen abhängig von der Bundestagswahl und von deren Ergebnis, und das Zweite können wir nur sehr begrenzt beeinflussen. Ich finde es optimistisch, wenn wir von drei Prozent ausgehen. Die Sozialleistungsausgaben liegen in diesem Jahr, wenn ich das richtig zusammengerechnet habe, bei

606 Millionen Euro, im nächsten Jahr sollen sie 612 Millionen Euro betragen und im übernächsten 618 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung von circa einem Prozent pro Jahr. Ich bin mir nicht sicher, ob wir damit auskommen. Das würde bedeuten, dass sich die Folgen der jetzigen Wirtschafts- und Finanzkrise nur mit einem Prozent Steigerung auf diesen Bereich niederschlagen. Ich halte diese Annahme für sehr optimistisch.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich teile in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass ein Großteil dieser Summe oder ein Großteil dieser Sozialleistungen bis auf einen geringen Rest festgelegt ist, wollte man diese kürzen, dann muss man das auch auf Bundesebene tun, dann muss man eben Hartz IV abschaffen, aber möglicherweise in eine Richtung, die wir hier alle nicht wollen oder die der größte Teil des Saals nicht will.

(Beifall bei der LINKEN)

Die investiven Ausgaben sinken von 454 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 409 Millionen Euro im Jahr 2011, das sind immerhin 54 Millionen Euro weniger, ein Niveau von 90 Prozent. Das kann richtig sein, möglicherweise vermeidet man Investitionen in die Realisierung von privatem Gewinn. Ich bin mir nicht sicher, ich glaube, wir müssen uns unter zwei Gesichtspunkten die Frage stellen: Reicht das? Erstens: Wie viel ist davon ohnehin festgelegt, sodass wir darüber gar nicht mehr frei verfügen können? Zweitens: Wie viel ist davon noch frei verfügbar, und wo ist eigentlich in ganz bestimmten Bereichen, zum Beispiel in der Straßenkanalisation, bei öffentlichen Gebäuden und so weiter, jetzt schon ein Investitionsstau, der eigentlich mehr Investitionsausgaben nötig machen müsste, nicht unbedingt, nur um Rendite zu erzielen, sondern um den Bestand zu sichern, um den Verfall an vielen Stellen aufzuhalten? Da werden wir bei Gelegenheit deutlich nachfragen. Es steht zu befürchten, wenn man einmal sieht, wie schnell da beim Konjunkturpaket II die Summen zu Milliarden Euro zusammengekommen sind, dass wir eigentlich ein bisschen mehr investieren müssten, um viele öffentliche Dinge in Bremen zu erhalten, als das, was nach Abzug der festgelegten Mittel im investiven Bereich übrig ist.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe mir die Zahlen in der Gesamtübersicht 2010/2011 und die Grafiken angeschaut. Es gibt offensichtlich noch Uneinigkeit über die Höhe der zu zahlenden Zinsen in den Jahren 2010/2011. Im Gesamtplan sind sie bei 655 Millionen Euro beziehungsweise 677 Millionen Euro, in den farbigen Tabellen sind es noch 705 Millionen Euro bis 720 Millionen Euro. In diesem Zusammenhang finde ich

(A) es bemerkenswert, dass sich die Finanzverwaltung das Ziel gesetzt hat, den durchschnittlichen Zinssatz für öffentliche Zinsen für die nächsten Jahre auf vier Prozent festzulegen. Das begrüßen wir ausdrücklich und fordern trotzdem dazu auf, noch einmal nachzufragen, ob es nicht darüber hinaus weitere Initiativen gibt, die die öffentlichen Schulden beziehungsweise die Zinsen für öffentliche Schulden weiter senken.

Wenn Banken und große Unternehmen Kredite in Höhe von zwei- bis dreistelligen Millionenbeträgen für ein Prozent Zinsen bekommen, ist es meines Erachtens berechtigt nachzufragen, ob nicht bestimmte Teile der öffentlichen Schulden auch zu diesem Zinssatz in irgendeiner Weise umgeschuldet werden können. Das würde auch eine ganz deutliche Erleichterung für den bremischen Haushalt bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Haushalte 2010/2011 sind Weichenstellungen, das ist schon gesagt worden, und der Haushalt von 2010 ist der letzte, der noch nicht unter dem Diktat der Sanierungsvereinbarung stehen wird. Diese Vereinbarung wird bis zum Frühjahr nächsten Jahres fertig sein. Wenn der Maßstab also 2010 ist und annähernd umgesetzt wird, dann gehen wir in diese Verhandlungen mit 928 Millionen Euro. Ich habe jetzt in den verschiedenen Gesprächen eine ganze Reihe Interpretationen davon gehört, was das jetzt genau heißt. Im Grundgesetz, ich lese das so, ist es eigentlich vergleichsweise eindeutig. Im Jahr 2020 gibt es ein Verbot von Neuverschuldung, das würde bedeuten, dass wir nicht jedes Jahr 50 Millionen Euro kürzen, sondern jedes Jahr 90 Millionen Euro weniger ausgeben, denn wir haben ja ungefähr 900 Millionen Euro Schulden und, jetzt einmal ganz platt, jedes Jahr ein Zehntel davon, dann müssten wir jedes Jahr 90 Millionen Euro kürzen.

(B)

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben die Zinsbeihilfen vergessen!)

Ich habe die Zinsbeihilfen nicht vergessen. Sie nützen in diesem Zusammenhang nichts, es geht ja um die Ausgabenreduzierung, und wir müssen sie auf eine Weise reduzieren, dass die Ausgabenreduzierung und gegebenenfalls die vorhandenen Mehreinnahmen genau diesen Bereich abdecken. Das unterstützt ein wenig die Zinsbeihilfen. Das macht über die zehn Jahre etwa 200 bis 250 Millionen Euro, wenn ich mich richtig erinnere. Ich will mich jetzt nicht festlegen, da ich die Zahl jetzt nicht im Kopf habe. Es nützt, aber es entbindet uns nicht von der Pflicht, unter Umständen in Größenordnungen an den Ausgaben zu kürzen, wenn die Einnahmen das nicht auffangen.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es!)

Viele sagen jetzt, es kann sein, es gibt ja auch konjunkturbedingte Ausgaben, denen wir uns jetzt nicht entziehen können. Da gibt es im Grundgesetz ein gewisses Schlupfloch. Da habe ich gesagt, okay, konjunkturbedingt haben wir dieses Jahr 350 Millionen Euro Einnahmeausfall. Ich habe gesagt, nehmen wir einmal an, das bekommen wir ausgehandelt! Wir brauchen nicht 900 Millionen Euro, sondern 600 Millionen Euro, die wir jetzt bis 2020 abbauen müssen. Der Rest wird uns als konjunkturbedingte Mehrausgaben, für die man Schulden machen darf, zugestanden. Dann haben wir irgendwann eine Situation, wo zwei oder drei Dinge eintreten müssen: Wir müssen die Primärausgaben von 2011 einfrieren. Wenn wir es dann schaffen, zwei Prozent Mehreinnahmen zu erhalten und die Zinsen auf vier Prozent konstant zu halten, dann haben wir eine Chance, 2020 ein Haushaltsdefizit von ungefähr 350 Millionen Euro zu haben. Das bedeutet, wenn man Inflation und ein bisschen Lohnsteigerung von zwei Prozent im Jahr dazurechnet, dann haben wir 2020 ein Ausgabenniveau von mittlerweile 80 Prozent realen Ausgaben. Das ist die Konsequenz einer Ihrer Meinung nach positiv verlaufenen Verhandlung zur Föderalismusreform.

(C)

Ich bin mir vollständig sicher, dass wir richtig an die Grenze kommen, wenn wir 80 Prozent reale Ausgaben zumindest in drei Bereichen haben. Es wurde schon gesagt, der konsumtive Bereich hat nur eine ganz kleine Spur von frei verfügbaren Mitteln. Man kann es in der Tat in der Tabelle mit bloßem Auge so gar nicht erkennen, denn es ist so klein. Ich habe einmal versucht, es auszumessen und nachzurechnen. Ich bin auf neun Millionen Euro gekommen. Das ist natürlich Unsinn, aber es macht wieder deutlich, wie die Situation ist.

(D)

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Rupp, ich bitte um eine Sekunde! Bitte mit der Kamera nicht die Pulte der Abgeordneten filmen!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Vielleicht ist ja auch mein Gesicht nicht so fotogen, sodass man es den Zuschauerinnen und Zuschauern nicht die ganze Zeit zumuten kann, mich im Fernsehen zu sehen!

(Heiterkeit)

80 Prozent reales Ausgabenniveau ist etwas, das wir in dem konsumtiven Bereich überhaupt nicht realisieren können, ohne gesetzliche Vorgaben und gebundene Ausgaben deutlich zu kürzen. Es ist etwas, das die Investitionen mit hoher Wahrscheinlichkeit unter den Bestandserhalt zurückfährt und wo meines Erachtens die Personalkosten, denn die müssten wir dann ja auch auf 80 Prozent senken, wenn wir dann noch einmal 30 Prozent inneren Personalaufwand haben, und wir nehmen sie weg, dann geht es nicht

(A) mehr! Wir sind also in einer Situation, das will ich nur noch einmal deutlich machen, in der wir uns möglicherweise auf einen Kurs eingelassen haben, der, ob wir es wollen oder nicht, ob es gutwillig ist, ob man sich Mühe gibt umzuschichten, ob man sich noch vornimmt, einigermaßen den sozialen Ausgleich in dieser Stadt zu suchen, mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Kurs sein wird, mit dem Bremen 2020 nicht mehr das ist, wie wir es heute kennen.

Ich würde ganz gern für eine Sache werben wollen: Wenn es gestattet ist, Mehrausgaben für Neuverschuldung für krisenbedingte Einnahmeausfälle, für konjunkturbedingte Mehrausgaben im Bereich Wirtschaftsförderung zu machen, möchte ich dafür werben, dass wir in diese Verhandlungen gehen und sagen, wir haben konjunkturbedingte Mehrausgaben zur Bekämpfung von Armut im Land Bremen, zur Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit und zur Bekämpfung der sozialen Spaltung. Ein Teil der Kosten und ein Teil der Situation, die wir hier haben, ist konjunkturbedingt und ist der wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet. Ich werbe dafür, dass wir dieses Argument nehmen und – wenn wir schon um Reduzierung streiten – sagen, einverstanden, das müssen wir als Argument ins Feld führen. Da nützt es ganz gut.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Ich sage, nehmen Sie den Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung mit in die Verhandlungen! Machen Sie deutlich, dass die Untätigkeit in dieser Frage der Bekämpfung von Armutsprozessen ein mindestens ebenso schwerer Verfassungsbruch ist wie Neuverschuldung! Wenn man sich die Verfassung, das Grundgesetz und auch die Bremische Landesverfassung einmal anschaut, dann sind wir nachgerade zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse verpflichtet, dann sind wir verfassungsrechtlich verpflichtet, Chancengleichheit zu organisieren. Ich sage, wenn die Verfassungsrealität so ist, dass Kommunen und Länder und auch das Land Bremen gar nicht mehr das Geld haben, eine Verfassungsrealität herzustellen, in der Menschen hier in diesem Land gleiche Chancen haben, dann ist das eine Form von praktischem Verfassungsbruch, dem man auch auf politischer Seite begegnen muss!

(Beifall bei der LINKEN)

Machen Sie deutlich, dass die Untätigkeit bei der Armutsbekämpfung mittel- und langfristig auch finanzielle Auswirkungen haben wird, die auch die Haushaltssanierungen erschweren! Sie glauben doch nicht, dass das, was wir da an sozialen Schulden aufhäufen, nicht langfristig auch Kosten erzeugt. Machen Sie deutlich, dass man Armutsprozesse nur bekämpfen kann, wenn man nicht nur die Symptome bekämpft, und die bekämpfen wir nur überwiegend mit dem, was wir an Sozialleistungen bezahlen, es

sind diese sozusagen End-of-pipe-Lösungen! Wenn wir nicht Mittel in die Hand nehmen, um die Ursachen zu bekämpfen, werden wir langfristig nicht zu einer Reduzierung der Sozialleistungen kommen. Das heißt, wir brauchen auch da freie Mittel über das, was gesetzlich gebunden ist, hinaus, um in dieser Stadt Armut zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Der Armuts- und Reichtumsbericht hat einen weiteren Vorteil. Da sind im Anhang eine ganze Reihe konkreter Forderungen und Projekte beschrieben. Nimmt man sie in ihrer Summe, sind wir in der Tat ziemlich dicht an dem, was wir einmal gefordert haben, nämlich einen Masterplan Armutsbekämpfung. Darin sind sehr vernünftige Dinge, die in der Perspektive Armut bekämpfen können, die den Menschen in den Stadtteilen helfen und diesem Ziel, dass man die zehn reichsten und ärmsten Stadtteile zusammenführt, näher kommen kann. Ich denke, es ist notwendig, hinter diese Maßnahmen Zahlen zu schreiben und einmal zu sagen, was das denn kostet, wenn wir das nicht gleich dieses Jahr machen, aber mit diesem Jahr anfangen und übernächstes Jahr weitermachen. Dann hat man einen Begriff davon, wie viel Geld in Bremen eigentlich fehlt, um soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Auf der anderen Seite kann man in die Verhandlungen gehen und sagen, hört einmal, bei uns ist die Lage ausgesprochen schlecht, wir finden, dass dies und das notwendig ist, dann kann man das auch beziffern. Wenn man diese Forderung deutlich machen kann, denke ich, hat man im Rahmen der Systematik deutlich bessere Chancen, nicht zu einer Form von Sanierung verdonnert zu werden, die vollständig unmöglich ist.

(D)

Im Übrigen ist es auch 2010 so, dass man vielleicht schon einmal anfangen könnte, dies zu machen. Es ist der letzte Haushalt, den wir ungeschützt vom Sanierungspfad beschließen können. Mit 30, 40, 50 Millionen Euro mehr im nächsten Jahr können wir in ganz bestimmte Dinge einsteigen, ich sage einmal ungeschützt,

(Abg. Woltemath [FDP]: Ungestraft!)

für die langfristige Sanierung ist es meines Erachtens nicht erheblich, ob wir dieses Jahr mit 928 Millionen Euro oder beispielsweise mit 999 Millionen Euro in diese Verhandlungen gehen, wenn wir nachweisen können, dass dieses Geld zur Erhaltung einer Verfassungsrealität dient und nicht zum Fenster hinausgeworfen worden ist.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Philosophie geht gar nicht!)

(A) Nehmen Sie zumindest Ihre eigenen Ziele ernst! Wir haben vorgestern über ein Leitbild diskutiert, und ich habe mir erlaubt, das deutlich zu kritisieren, weil ich das in vielfältiger Hinsicht zu kurz finde. Ich stelle die Maßnahmen des Armuts- und Reichtumsberichts dazu. Wenn Sie aber tatsächlich das Ziel haben, die zehn ärmsten und die zehn reichsten Stadtteile anzugleichen, dann müssen Sie aufpassen, in welche Richtung das geht. Das kann nicht in die Richtung gehen, dass die Reichen sich den Ärmsten annähern, sondern wir werden Geld in die Hand nehmen müssen, und deutlich mehr Geld als bisher, damit die armen Stadtteile sich den reichen Stadtteilen angleichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe des Kreisverbandes der Europa-Union Deutschland aus Regensburg begrüßen. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.

(B) Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rupp, vorweg, darauf muss ich reagieren, wir stehen nicht in dieser Logik, ich weise das für die FDP ausdrücklich zurück!

(Beifall bei der FDP)

Man kann das im Protokoll nachlesen, welche Logik Sie da gemeint haben. Wir haben das gestern ganz deutlich unterstrichen, und ich sage das noch einmal, wir stehen auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft, und da ist das Wort sozial schon enthalten. Deshalb muss ich das hier nicht noch weiter ausführen.

(Beifall bei der FDP)

Ich hoffe auf der anderen Seite, dass die Besucher des Landesverbandes aus Regensburg noch nicht allzu lange da sind, denn ich fand das, was wir hier in der Diskussion teilweise abgeliefert haben, nicht so gelungen. Es geht hier wirklich ernsthaft um die Zukunft des Landes, und für Wahlkampfreden war das nun wirklich unter Niveau, muss ich gestehen.

(Beifall bei der FDP)

Zum ersten Teil der Lage sage ich vorweg, weil wir schon mehrfach angesprochen worden sind, ich bin

auch gegen einen Pakt und gegen das Paktschließen in allen möglichen Lebenslagen, denn da verwechseln wir ganz eindeutig die Positionen zwischen Regierung und Opposition. Die müssen wir ganz deutlich festhalten und auch im Auge behalten. Da sind wir in ganz wesentlichen Fragen unterschiedlicher Position.

(Beifall bei der FDP)

Weil Herr Dr. Güldner das ansprach und wir ja auch die Debatte über den Stadthaushalt hier mit abhandeln, kann ich auch auf ein kommunales Thema eingehen, weil Sie das mit der Brücke als Firlefanz zurückgewiesen haben! Wenn Sie sich wirklich ernsthaft damit auseinandergesetzt hätten, hätten Sie festgestellt, dass wir gar nicht die Forderung erhoben haben, das mit öffentlichem Geld zu finanzieren. Das ist ein Vorschlag für die Förderung der Innenstadt, und wir alle wissen, die Stärkung der Innenstadt und des Standortes Innenstadt ist eine ganz konkrete Vorgabe, die wir wirtschaftspolitisch auch brauchen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer soll es denn bezahlen?)

Wir haben eine Brücke am Teerhof. Da sind auch rechts und links Brücken. Wir haben in Bremerhaven die Havenwelten gebaut, da sind rechts und links Brücken, und in der Mitte ist auch ein Brücke.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat auch die Stadt bezahlt!)

Sie sind kein Bremer, lieber Herr Dr. Güldner, deshalb sage ich Ihnen das als eingeborener Bremer: Das Problem in der Innenstadt ist, dass wir bestimmte Rundwege nicht haben, und jeder weiß das, wenn man aus dem Bahnhof kommt, würden viele Leute gern geradeaus über eine Brücke gehen und wären dann in der Mitte und im Herzen der Innenstadt. Deshalb sage ich, das ist kein Firlefanz, sondern sehr ernst zu nehmen. Man kann hier nicht in einer Rede argumentieren, wir sind für Vorschläge der Opposition offen, und dann kommt man daher und sagt, ohne dass man wirklich über die Vorschläge nachgedacht hat, das ist aber Firlefanz.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb bin ich auch eindeutig gegen Pakte, das verwischt nämlich die Positionen. Wir bleiben bei der Forderung, die Innenstadt aufzuwerten, und wir bleiben bei der Forderung, dabei alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen.

Ich finde es ja nett, dass wir hier den Wahlkampf gemacht haben und dass wir nun alle zu einem Pakt stehen sollen, der Steuersenkung ausschließt. Wir

(A) können ja auch nach den Erfahrungen der letzten Bundestagswahl hier Stimmzettel ausgeben, wir sind auch gegen Steuererhöhungen. Das führt uns doch aber letztendlich überhaupt nicht weiter!

Ich finde, und das macht die SPD in ihrem Wahlprogramm ja auch, und in ihren alten Wahlprogrammen hat sie das ja auch gemacht, man muss doch die Steuerentlastung der Bürger und der Arbeitnehmer im Auge behalten. Das kann man doch nicht kategorisch von vornherein ausschließen. Sie alle kennen mich und wissen, dass ich die meiste Zeit meines Lebens ein nüchterner Mensch bin. Ich bin überhaupt nicht dafür, dass man hier holzschnittartig sagt, da versucht irgendjemand irgendetwas zu senken, und das erodiert in dem Land. Ich bin immer für alle Vorschläge offen, die das Land Bremen stärken und erhalten. Ich habe mich immer, auch bei der Föderalismusreform und bei der Diskussion darüber, für das Land Bremen eingesetzt und werde es auch weiterhin auch nach außen tun.

Manchmal ist es schwer, das zu tun mit einer Regierung im Rücken, die mitunter Dinge macht, die in anderen Bundesländern nicht ankommen und auch nicht verstanden werden. Aber darauf komme ich im späteren Teil meiner Rede. Die FDP hat immer zu Bremen gestanden, und deshalb werden wir natürlich darauf achten, dass Bremen dabei auch nicht übermäßig benachteiligt wird.

(B) (Abg. Dr. Sieling [SPD]: Gar nicht!)

Dass es gar nicht benachteiligt wird, wird wahrscheinlich nicht funktionieren, weil Politik und auch Bundes- und Landespolitik immer aus Geben und Nehmen besteht!

(Beifall bei der FDP)

Aber uns vorzuwerfen, wir wollten hier die Grundlagen des Landes erodieren lassen, wo wir uns wirklich alle massiv dafür eingesetzt haben, dass die Föderalismusreform kommt, ist unredlich. Wir sind damit unzufrieden, was dabei herausgekommen ist, und es wird uns ganz große, schmerzhaft Schritte abverlangen. Ich weiß, dass die Finanzsenatorin jetzt wieder schmerzhaft zusammensuckt, mit schmerzhaft meinte ich, weil sie unerlässlich sind. Es ist ja nicht so, dass wir in einen Bereich hineinschneiden wollen und in den anderen nicht. Wir müssen aber ganz einfach sparen, und darum werden wir nicht herumkommen.

Perspektivlosigkeit ist angesprochen worden, ich finde das auch, aber wir werden es in den Haushaltsberatungen weiter definieren und auch weiter voranbringen. Ich glaube auch nicht, dass man in dieser grundsätzlichen Debatte jetzt mit vielen Zahlen operieren muss.

Wir wollen hier als FDP – und das wiederhole ich noch einmal, auch wenn ich dann in den Verdacht

gerate, es gebetsmühlenartig zu tun – eine Verwaltungs- und Strukturreform in Bremen, und zwar deshalb, um die Beamten und die Beschäftigten dahin zu bringen, wo die Bürger sie brauchen, und aus Bereichen abzuziehen, wo sie nicht so unbedingt erforderlich sind. Ich weiß, dass alle Bereiche erforderlich sind, aber in der Situation, in der wir als Bundesland stecken, werden wir Prioritäten setzen müssen.

Wir werden Vorschläge dazu machen, und wir werden sie auch vorlegen, weil wir ganz einfach nicht darum herumkommen. Die anderen Bundesländer haben es auch gemacht. Ich habe es mir erspart, die Vorlagen aus Hessen und Baden-Württemberg mitzubringen, weil ich keine Lust hatte, mich damit abzuschleppen und sie hier zu zeigen. Das hätte ich tun können. Wer es möchte, dem kann ich sie zeigen. Andere Bundesländer tun das ja auch, und wenn wir sagen, wir brauchen Unterstützung, Hilfe und Solidarität anderer Bundesländer, dann müssen wir das ganz einfach auch tun.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Regierungsfractionen, der Kollege Röwekamp mit CDU, dazu der Senat, da an wirklichen, konkreten Projekten zusammenarbeiten wollen, die die Zukunftsfähigkeit des Landes sichern, die Bremen und die Selbstständigkeit sichern. Das finde ich gut, und das sollten wir auch tun. Ich will nicht das Wort tabulos in den Mund nehmen, denn das hört sich zwar immer schön an, ist in letzter Konsequenz aber auch eine Worthülse. Wir müssen das ernsthaft angehen, denn wir stehen hier – das ist bereits gesagt worden, und ich wiederhole es noch einmal – an einem Scheideweg. Viele Dinge, die wir tun, können wir dann nur in der Hoffnung anschieben, noch einmal weitere Unterstützung zu bekommen, denn die Zukunft des Landes liegt nicht mehr allein in unserer Hand, das müssen wir ganz deutlich so sehen.

Ich habe das, weil ich direkt auf den Kollegen Rupp eingegangen bin, am Anfang nicht gesagt: Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzressorts und allen anderen Beteiligten, die das umfangreiche Haushaltspaket erarbeitet haben. Damit kann man gut arbeiten, ich finde vor allen Dingen auch, dass die Schaubilder sehr eindrucksvoll sind. Damit kann man bestimmte Dinge sehr gut nachvollziehen. Die Bundestagswahl ist am 27. September vorbei, und vielleicht schaffen wir es ja, endlich am Jahresende auch noch einmal diese ewige Debatte über Rot-Grün und Rot-Schwarz und was gestern war und was morgen ist, zu beenden. Wir müssen in die Zukunftsfähigkeit dieses Landes investieren und in die Zukunftsfähigkeit dieses Landes unsere gesamten Ideen stecken.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) Wir werden dabei auch nicht an Privatisierungen vorbeikommen, das ist überhaupt keine Frage. Wir werden uns ganz einfach anschauen müssen, was eventuell gemeinsam geht, bestimmte Dinge gehen gar nicht, da bin ich mir schon ziemlich sicher. Ich kann das Wort Gewoba gern in den Mund nehmen, ich höre Dr. Sieling nicht, aber ich hätte ihn gehört, wenn er – –.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ich bin voll dabei! Sie wissen ja meine Antwort!)

Ja, ich hatte ja schon beim letzten Mal gesagt, ich werde nicht gebetsmühlenartig darauf beharren. Ich habe mittlerweile auch mit dem Vorstand der Gewoba gesprochen, wir setzen jetzt erst einmal darauf, den Unternehmenswert zu steigern, damit wir dann in der Zukunft über weitere Schritte nachdenken können.

(Beifall bei der FDP – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Hört! Hört!)

Ausweislich des Protokolls habe ich beim letzten Mal bereits gesagt, der Lerneffekt besteht darin, dass man ein solides Unternehmen unterstützen muss. Das haben wir auch nie bestritten. Der Lerneffekt besteht darin, dass wir schauen müssen, dass wir für Mehrheiten sorgen, und da werden wir Überzeugungsarbeit leisten, da werden wir auch weiter dranbleiben. Ich nehme das Wort ja nur in den Mund, damit nicht hinterher behauptet wird, ich hätte das vergessen, oder wir würden nicht mehr darauf bestehen, und wir hätten das jetzt aus den Augen verloren.

(B) Wir begrüßen ausdrücklich, dass es mehr Lehrer und mehr Polizei geben soll, dass das Projekt „Stopp der Jugendgewalt“ unterstützt wird. Es müsste nur noch richtig zum Funktionieren gebracht werden, in einigen Bereichen hapert es. Aber vielleicht schaffen wir es ja noch einmal mit gemeinsamen Anstrengungen! Ich möchte auch noch einmal darum bitten, gemeinsame Anstrengungen bedeuten dann auch gemeinsame Anstrengungen und nicht im Nachhinein, die Regierung hat den Sieg eingefahren und die Opposition nicht. Dieses Spiel haben wir heute Morgen auch schon einmal versucht, und ich glaube, davon sollten wir ablassen, weil ich einen ganz deutlichen Appell richten möchte: Es ist, glaube ich, schon fünf nach zwölf für Bremen und seine Selbstständigkeit. Deshalb müssen wir unbedingt zusammenstehen und zusammenarbeiten. Das heißt nicht, dass wir den Finger nicht in die Wunde legen.

(Abg. Imhoff [CDU]: Es ist aber erst vier nach zwölf!)

Vier nach und 30 Sekunden, können wir uns darauf verständigen? Wir werden also den Finger in die

Wunde legen und – Gott sei Dank, die Bundestagswahl ist ja bald vorbei – von Wahlkampfreden Abschied nehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(C)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anders als der Kollege Woltemath bin ich der Auffassung, man muss nicht gleich jede politische Kontroverse als Wahlkampf darstellen. Dass wir in diesem Parlament aus Anlass der Vorlage eines Haushalts für die nächsten beiden Jahre eine politische Kontroverse führen, und zwar unabhängig davon, ob zurzeit Wahlkampf ist oder nicht, finde ich richtig und vernünftig. Mit Konsens allein ist uns nämlich nicht geholfen, wir müssen über den besten Weg für Bremen streiten.

(Beifall bei der CDU)

So habe ich auch die Debatte verstanden. Im Übrigen betrachte ich auch die Steuerdebatte so, man kann ja durchaus auch der Auffassung von Rot-Grün sein und sagen, nein, jede Steuerdebatte schadet der Einnahmeseite des Staates. Ich sage eben nur genauso aus Überzeugung, aus meiner tiefen inneren Überzeugung, dass Steuerpolitik auch einen Beitrag dazu leisten kann, dass Steuereinnahmen wieder sprudeln, und zwar nicht automatisch nur dadurch, dass ich Steuersätze erhöhe, sondern indem ich die Bemessungsgrundlage verbreitere. Uns ist als Bundesland und in Deutschland insgesamt viel mehr damit geholfen, dass wieder mehr Menschen Steuern zahlen, als dass mehr Menschen von Steuergeldern leben müssen, meine Damen und Herren. Das ist unsere Auffassung!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sagen wir, Wachstum und Beschäftigung wird nur dadurch entstehen, dass wir Wachstum und Beschäftigung als Staat erleichtern. Wir können die Arbeitsplätze nicht selbst schaffen – wir könnten schon, wir könnten sie alle in den Staatsdienst einstellen, das hat es auch einmal gegeben, ist aber der falsche Weg, wir zahlen noch heute daran ab –, wir können nur die Rahmenbedingungen für Beschäftigung erleichtern. Eine der uns beschwerenden Rahmenbedingungen beim Faktor Arbeit bleiben nach wie vor die hohen Kosten, die wir in Deutschland auf die Arbeit erheben, die hohen Sozialversicherungslasten und die hohen Steuern, die wir insbesondere auf den Mittelstand erheben, sie erdrücken uns auch auf der fiskalischen Einnahmeseite unseres Landes.

(A) Deswegen, Herr Dr. Sieling, macht ja die SPD-Fraktion genauso ein Steuerkonzept wie die CDU-Fraktion. Sie wollen doch auch die Steuersätze senken, Sie wollen den Eingangssteuersatz senken. Ich sage nur, es ist ja nicht so, dass die CDU und die FDP die Einzigen sind, die über die Entlastung der Menschen in diesem Lande reden. Die CDU-Fraktion tut es auch deswegen, weil die Menschen das Gefühl haben, wer 100 Milliarden Euro hat, um den Finanzmarkt zu stabilisieren, wer Milliarden Euro hat, um das Konjunkturprogramm durchzusetzen, muss auch in der Lage sein, Geld in die Hand zu nehmen, um Beschäftigung in Deutschland wieder zu fördern. Das ist die Aufgabe, das ist die Auffassung der CDU-Fraktion!

(Beifall bei der CDU)

Ich will dann, weil manchmal auch Begrifflichkeiten entscheiden, sagen, Herr Dr. Sieling hat ja im Wesentlichen nur über das gesprochen, was die Regierung neu und zusätzlich macht, und hat das als Schwerpunkt gebildet. Meine Damen und Herren, Schwerpunkt bedeutet für mich, dass man im Rahmen vorhandener Werte versucht, bestimmte inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

(B) Wer sich aber die Haushaltspolitik des rot-grünen Senats anschaut, kommt zu dem Ergebnis, hier werden nicht im Rahmen bestehender Haushalte Schwerpunkte gebildet, sondern alles, was Sie zusätzlich machen, von der Kinderbetreuung über die Bildung bis zum Sozialticket, kommt obendrauf. Sie haben Steigerungsraten in den uns vorliegenden Haushalten, die sehen zum Beispiel für das Jahr 2008 im Ist ein Plus von 1,2 Prozent, im Jahr 2009 – jetzt nehme ich die Zahlen einmal ohne Konjunkturprogramm – plus 2,6 Prozent, im Jahr 2010 plus 2,4 Prozent, im Jahr 2011 plus 1,2 Prozent, im Jahr 2012 plus 2,8 Prozent, im Jahr 2013 plus 2,4 Prozent. Immer nur mehr, mehr, mehr, Herr Dr. Sieling! So kann man einen Haushalt nicht konsolidieren. Nicht durch Mehrausgaben, sondern durch Sparen konsolidiert man öffentliche Haushalte!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen sage ich noch einmal ganz bewusst, auch nach Ihrer Rede ist es mir noch einmal deutlich geworden, Sie haben immer nur gesagt, Sie wollen! Sie wollen dies ausgeben, Sie wollen das ausgeben, Sie wollen hier einen Schwerpunkt setzen, Sie wollen dort einen Schwerpunkt setzen. Das einzige Wort, das Sie während Ihrer ganzen Debatte nicht einmal in den Mund genommen haben, ist sparen. Wir müssen sparen, Herr Dr. Sieling, wir müssen bis zu den Jahren 2019 und 2020 sparen, um die finanzpolitische Solidität unseres Bundeslandes wieder herzustellen. Das ist die Aufgabe dieser Regierung, das hat mit dem, was war, nichts zu tun! Sie regieren, Sie haben die Mehrheit, Sie haben die Verantwortung, dass

Bremen jetzt die Sparleistungen erbringt, die wir brauchen, um dauerhaft wieder auf ein festes Fundament in unserer Finanzierung staatlichen Angebots zu kommen. Das ist die Aufgabe der Regierung, und ich habe angeboten, dass wir als Opposition dabei mithelfen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin in einer Generation groß geworden, in der auch die Grünen groß geworden sind, also nicht jeder von ihnen, aber in meiner Generation ist es so gewesen, dass die Grünen entstanden und auch immer stärker geworden sind. Deswegen muss ich vielleicht – meine Kollegen hören jetzt einmal weg, ich rede jetzt einmal nur in diese Hälfte des Hauses – einer gewissen Grundsympathie für vieles, was die Grünen in ihrer Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte nach vorn gebracht hat, jetzt auch einmal Ausdruck verleihen.

Was mich immer besonders beeindruckt hat, Herr Dr. Güldner, ist, mit welcher Überzeugung, mit welcher Verve sie auch gegen jedwede Anfeindung – auch von der CDU – insbesondere in der Umweltpolitik für eine Nachhaltigkeit geworben haben. Ich sage das jetzt einmal hier, obwohl Wahlkampf ist, ich glaube, dass uns das in Deutschland und auch in Bremen einen entscheidenden Schritt vorgebracht hat, dass sie die Nachhaltigkeitsdebatte in der Umweltpolitik in Deutschland und in Bremen geführt haben.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Aber!)

Aber umso enttäuschter bin ich, Herr Dr. Güldner, dass Sie diesen Aspekt der Nachhaltigkeit leider nicht bei der Finanzpolitik vorleben. Genauso, wie Sie sagen, wir dürfen die Umwelt nicht auf Kosten unserer Kinder zerstören, sage ich, wir dürfen die Haushalte auch nicht mit laufenden Kosten den künftigen Generationen überstülpen.

(Beifall bei der CDU)

Jeden Euro, den Sie zusätzlich aufnehmen, müssen künftige Generationen bezahlen. Deswegen sage ich, lassen Sie uns über Sparen reden! Es gibt Menschen, die sind da mutiger, sogar Menschen, die aus Bremen kommen. Sie werden genauso wie ich gelesen haben, was sich der ehemalige von der SPD-Bremen gestellte Finanzsenator, den Sie ja verscheucht haben,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Indem wir den Finanzsenator geschickt haben!)

den Sie nach Berlin geschickt haben, für ein ehrgeiziges Ziel gesetzt hat. Ich nehme ja auch wahr, wie Bürgermeister Böhrnsen seinen Kollegen Wowereit

(C)

(D)

(A) in vielen Punkten auch immer als Vorbild nimmt, ob er nun das Kulturressort in seinen Zuständigkeitsbereich geholt hat oder indem er viel Sympathie auch für Bundesratsvorstöße aus Berlin zeigt. Der Berliner Finanzsenator, der aus Bremen kommt, den Sie verscheucht haben, hat im Senat Berlins mit den Stimmen der Senatoren von der LINKEN und den Stimmen der Sozialdemokraten in der mittelfristigen Finanzplanung der nächsten Jahre nur einen Anstieg der Primärausgaben von 0,3 Prozent pro Jahr vorgeschlagen. Das ist auch eine Antwort auf das Haushaltsnotlageland Berlin.

Berlin befindet sich in einer ähnlichen, wenn nicht sogar schlimmeren Situation, als Bremen das zurzeit durchzustehen und zu überleben hat. In Berlin hat Rot-Rot die Kraft, das eigene Ausgabeverhalten auf das notwendige Mindestmaß von 0,3 Prozent pro Jahr zu reduzieren, während Sie für Bremen 1,2 Prozent, 2,6 Prozent, 2,4 Prozent, 1,2 Prozent, 2,8 Prozent, 2,4 Prozent vorschlagen. Meine Damen und Herren, so geht Sparen nicht!

(Beifall bei der CDU)

Wer sich mit anderen messen will, muss auch nüchterne Zahlen sprechen lassen. Ich fand es toll, Herr Dr. Sieling, wie Sie von Hamburg geschwärmt haben, fußballerisch weiß ich nicht, aber ich fand es beeindruckend. Sie haben nur einen Punkt dabei vergessen, ich finde Bremen auch schöner als Hamburg, aber die Ausgangssituation in Hamburg ist doch eine völlig andere, Hamburg ist die ganzen letzten Jahre ein Geber-Land im Länderfinanzausgleich gewesen.

(B)

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Solange es SPD-regiert war!)

Hamburg hat eine so solide finanzielle und wirtschaftliche Basis, dass es in den letzten Jahren andere Länder wie Bremen unterstützen konnte. Wir können uns in unserer Haushaltssituation nicht an Hamburg messen. Außerdem bin ich der festen Überzeugung, Herr Dr. Sieling, die logische Konsequenz Ihrer Aussage wäre ja das, was ich hier schon seit Langem behaupte: Dort, wo die CDU regiert, gibt es anständige Haushalte, es gibt dort niedrige Schulden, es gibt dort gute Bildung,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Sie verfresen das SPD-Erbe!)

es gibt dort sozialen Ausgleich, meine Damen und Herren. Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen eben einfach besser, Herr Dr. Sieling. Das gilt für Hamburg genauso wie für Baden-Württemberg und Bayern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle nur noch einen letzten Satz zu dem Thema Sozialausgaben sagen, weil ich zwar wahrnehme, dass es, glaube ich, schon einen Konsens gibt zu sagen, an sich ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Menschen aus den sozialen Transferleistungen herauszubekommen. Es ist ja kritisiert worden, dass ich außer einer Telefonnummer keine Zahl genannt hätte. Sie können ja noch einmal nachlesen, Herr Dr. Sieling, wir können die Zahlen ja auch einmal zählen, nämlich wie viele Zahlen Sie genannt haben.

(C)

Aber wie auch immer, ich nehme aus den vorliegenden Unterlagen wahr, und das ist ja wohl Fakt, dass sich aus den Produktbereichsdarstellungen eben ergibt, dass die regionale aktive Arbeitsmarktförderung in den nächsten Jahren durch diesen Senat drastisch gekürzt werden soll.

Wir hatten noch einen Gesamtausgabenanschlag inklusive ESF-Mittel, die Sie hier ja angeführt haben, für 2007 von 36 Millionen Euro, im Jahr 2008 von 26 Millionen Euro, für 2010 sehen Sie nur noch 19 Millionen Euro vor.

Deswegen frage ich mich: Was sagen Sie eigentlich den Menschen, die zurzeit um ihren Arbeitsplatz bangen, die Angst um die solide finanzielle Basis für ihre Eigenheimrate und für Stromnebenkosten haben, die sich Sorgen um ihre Familie machen? Für diese Menschen müssen wir am Arbeitsmarkt Chancen schaffen. Diese Chancen entstehen nur durch wirtschaftliches Wachstum und durch Qualifizierung. Deswegen ist jeder Euro in der Arbeitsmarktpolitik besser aufgehoben als im Sozialticket. Das ist Auffassung der CDU Bürgerschaftsfraktion.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schon darüber reden, dass Sie im Sozialhaushalt sagen, das sind alles gesetzlich notwendige Kosten, ich glaube, ja, pro Einzelfall sind die Kosten, die wir haben, unvermeidbar, aber die große politische Aufgabe besteht doch darin, dass weniger Menschen von solchen Transferleistungen abhängig sind. Wir wollen nicht jedem weniger geben, aber wir wollen, dass insgesamt weniger Menschen von dieser Abhängigkeit in unseren Gemeinwesen leben müssen. Das geht nur durch eine aktivierende und durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Das ist Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört im Übrigen aus meiner Sicht auch, dass, wenn Sie sich schon loben, Sie auch die ganze Wahrheit sagen. Sie sind ja nicht einmal in der Lage, im Sozialressort die Mittel, die zur Verfügung stehen, auch ordnungsgemäß auszugeben. Wir haben ja gerade erlebt, dass zum Beispiel bei der Frage der Betreuung der unter Dreijährigen die Bundesmittel in Bremen am schleppendsten ausgegeben werden.

- (A) Wir haben wahrgenommen, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket ausgerechnet in Bremen am schlechtesten ausgegeben werden.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Das stimmt ja überhaupt nicht! Das ist die Unwahrheit!)

Ich habe den Haushaltsplanentwürfen auch wieder entnommen, dass im Sozialressort noch 9,1 Millionen Euro an Rückforderungen von Unterhaltsvorschüssen bestehen. Das sind keine streitigen Ansprüche, sondern das sind die durchsetzbaren Ansprüche, 9,1 Millionen Euro! Was würde ein ordentlicher Kaufmann eigentlich machen, bevor er 900 Millionen Euro neue Schulden aufnimmt? Er würde doch erst einmal dafür sorgen, dass er seine 9,1 Millionen Euro Außenstände endlich beitreibt. Die Senatorin tut nichts! Sie senkt sogar die Beitreibungsquoten in den Jahren 2010/2011. Das ist sozial ungerecht und unverantwortliche Politik in unserem Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, es stimmt, vieles auf der Einnahmenseite unseres Haushaltes ist unabänderlich. Ich sage auch, vieles auf der Ausgabenseite lässt sich kurzfristig nicht beeinflussen. Aber die Menschen in unserem Land haben mit dem Regierungswechsel eigentlich auch einen Politikwechsel gewählt. Sie haben die Erwartung gehabt, dass die neue rot-grüne Regierung alles unternimmt, um die sozialen Verwerfungen in unserem Land dadurch zu überwinden, dass weniger Menschen von sozialen Transferleistungen abhängig sind. Deswegen sage ich, messen Sie den Erfolg Ihrer Politik bitte nicht daran, wie viel Geld Sie für die soziale Sicherung in unserem Land ausgeben! Messen Sie Ihren politischen Erfolg daran, inwieweit und in welchem Umfang es Ihnen gelingt, Menschen aus sozialer Armut herauszuführen und ihnen die Grundlage dafür zu legen, dass sie wieder von eigener Hände Arbeit leben können!

Ein letztes Beispiel werde ich dazu nennen: Nehmen Sie den Erfolgsfaktor Windenergie in Bremerhaven! Da haben wir viel staatliches Geld in die Hochschule, aber auch in entsprechende Gewerbeflächenherrichtung und auch in Unternehmensansiedlung investiert und aus meiner Sicht mit Erfolg. Warum hat der Senat nicht die Kraft, zum Beispiel durch die beschleunigte Ausweitung weiterer Gewerbeflächen auf der Lüneplate diesen Aufschwung, den wir dort haben, jetzt auch zügig zu nutzen und außer Straßenbaumaßnahmen auch Gewerbeflächenerschließung zuzulassen, damit in diesem Bereich dringend notwendige neue Arbeitsplätze entstehen können?

Wenn Sie in Bremen Firmenbesuche machen, dann stellen Sie fest, im Maschinenbau gibt es einen Auftragseinbruch, Kurzarbeit, Leiharbeiter werden entlassen, und insbesondere auch bestehende Arbeitsplätze sollen hier abgebaut werden. Für diese

Menschen ist es eine Perspektive und eine dauerhafte Chance, mit ihrem Wissen, was sie im Maschinenbau haben, eine dauerhafte Zukunft zum Beispiel auch in der Boombranche Windenergie zu finden. Deswegen sage ich, investieren Sie in die Stärken unseres Landes, und konzentrieren Sie sich nicht auf die Alimentation von sozialer Armut! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Röwekamp, ich habe die ganze Zeit darüber nachgedacht, was eigentlich der politische Sinn dieses großen, zugegeben amüsierenden, Redeschwalls ist, der unbestritten unterhaltsam ist. Was ist der Sinn, hier so zu reden? Sie sind berauscht von Ihren großen rhetorischen Fähigkeiten, aber übrig bleibt reine Effekthascherei.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Warum fällt es so schwer, auch eher gutwilligen Menschen wie mir irgendwo einen Fetzen von Substanz --

(B)

(Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Gutwillig!)

Ja, das ist so, ich nehme ganz automatisch alle Menschen ernst! Aber warum fällt es auch solchen Menschen wie mir schwer, auch nur irgendeinen Fetzen von Substanz in dem zu entdecken, was Sie hier gesagt haben?

(Abg. Frau **M o t s c h m a n n** [CDU]:
Oberlehrerin!)

Man kann aber auch nach der Wahrhaftigkeit suchen, die hinter einer ganzen Reihe von Aussagen steht, die Sie hier machen. Beim Haushalt, das ist das Schöne daran, stehen am Ende Zahlen, und die sind einfach so in diese eine oder andere Richtung, weil es einmal draußen gerade so gut ankommt und weil Sprücheklopferei am ehesten die Schlagzeilen sichert, am Ende stehen Aussagen, die man nicht so oder so sehen kann. Das ist das Gute am Haushalt. Ihre große Polemik gegen sinkende Arbeitsförderungsmittel, die Sie hier auch in Ihrem zweiten Redebeitrag noch einmal gebracht haben: Dann machen Sie Nägel mit Köpfen! Ich freue mich auf Ihre Anträge in der Arbeitsdeputation, die darauf hinauslaufen, dass der Verlust eines Drittels der Arbeitsförderungsmittel, der ESF-Mittel, in dieser Legislaturperiode von dem armen Bundesland Bre-

(C)

(D)

(A) men aus Haushaltsmitteln ausgeglichen werden soll. Wenn man das ernst nimmt, was Sie sagen, müssten Sie das machen. Ich glaube nicht, dass Sie es tun werden, und auch glaube ich nicht, dass Sie es jemals vorhatten. Aber ein bisschen Polemik hier ausbreiten, das wollen Sie gern machen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie kritisieren auf der einen Seite, das ist schon ein besonderes Kunststück, die hohe Kreditaufnahme Bremens, die in der Tat ein riesiges Problem ist. Das hat hier niemand bestritten. Ich bin auf Ihre Kürzungs- und Streichungsvorschläge, um diese Kreditaufnahme in den Griff zu bekommen, gespannt, gehört habe ich nichts!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Habe ich
aber schon gesagt!)

In den Deputationen werden wir schon sehen, wie sich die CDU verhält. Gleichzeitig kritisieren Sie hier aber, dass der Senat zu gering investiert in strukturell wirkende Maßnahmen. Da bin ich dann auch auf Ihre Haushaltsanschlüsse gespannt, auf der einen Seite kürzen, auf der anderen Seite mehr Geld ausgeben, und die gesamte Kreditaufnahme ist überhaupt des Teufels! Ich bin hoch gespannt, wie Sie dies, was Sie hier in völlig nicht zusammenhängenden Bröckchen in Ihrem Redebeitrag sagen, rein an die Pose appellierend, wie Sie das unter einen Hut bekommen wollen. Ich bin wirklich gespannt!

(B) Auch die Geschichte mit den SPD-Schulden! Mein Gott, ist das witzig. Sie wissen ganz genau, dass das Bundesverfassungsgericht uns 1992 bekundet hat, dass Bremen unverschuldet in diese Haushaltsnotlage geraten ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Was man nicht bringen kann, ist, als Regierungsmitglied, wenn es einem gerade in den Kram passt, das erzählen, aber wenn man gerade hier als der große Oppositionsführer auftreten will, dann so tun, als handele es sich um SPD-Schulden. Auch die Arbeitsgruppe Haushaltsanalyse hat herausgefunden und mit dem gesamten Bund und den Bundesländern abgestimmt, dass Bremen in allen wesentlichen Haushaltsblöcken nicht verschwendet, sich nichts über den Durst gönnt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Jetzt nicht
mehr!)

SPD-Schulden! Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen: Gleichzeitig sagen Sie im „Weser-Kurier“, man soll hier besser über Bremen reden. Wissen Sie

was? Mir wäre schon gedient, wenn man wenigstens öfter einmal die Wahrheit sagen würde.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es ist auch die Unwahrheit, zum dritten Mal sagen wir das jetzt hier, dass die Schwerpunkte der Koalition obendrauf kommen oder alles, was uns einfällt, obendrauf kommt. Sie wissen, dass wir uns angestrengt haben, den Steuereinbruch durch die Wirtschaftskrise hier zum Teil durch weitere eigene Sparanstrengungen aufzufangen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wo denn?
Was denn?)

Zum Beispiel durch Zinsbewirtschaftung und durch eine Haushaltssperre! Als sei das kein Geld, was wir da zusammenkratzen, übrigens mit Leuten, die sich da ziemlich viel Mühe geben!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Super!)

Es ist nicht richtig, dass alles obendrauf kommt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber das ist
doch nicht Sparen!)

Mein Gott, ich habe Ihnen schon letztes Mal hier eine Liste vorgelegt, welche Maßnahmen wir machen, um einzusparen. Ich kann es Ihnen auch noch einmal erzählen. Wir werden auch neue Listen vorlegen.

(D)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sagen Sie
doch einmal! Sagen Sie eine Sache!)

Eine Sache! Wir senken Investitionen, wir senken die Personalkosten, wir senken die konsumtiven Kosten.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sie senken
keine Personalkosten!)

Wir senken die Personalkosten durch weitere PEP-Quoten.

Jetzt noch einmal zu Berlin, das finde ich auch einen ziemlichen Treppenwitz! Sie wissen ganz genau, dass Herr Senator Nußbaum da in einer ganz besonderen Lage ist, nämlich in der Lage, wo man sich überlegen muss, wie es mit dem Ende des Solidarpaktes, den sie da mit den Gewerkschaften geschlossen haben, weitergehen soll. Dass man in so einer Lage nicht in die Finanzplanung Zahlen hineinschreibt, die möglicherweise irgendjemandem Mut machen könnten, hohe Gehaltsforderungen an den Berliner Senat zu stellen, das kann man sogar hier in Bremen verstehen!

(A) Bremen stellt Zahlen ein, Steigerungszahlen, die realistisch sind. Und 0,3 Prozent Personalkostensteigerung sind nicht realistisch! Wenn Sie glauben, dass man das schaffen kann, dann werden wir uns über die Haushaltsanträge freuen. Die werden nämlich heißen, Bremen muss aussteigen aus dem Tarifgefüge, und die Beamtenbesoldung wird nicht erhöht, egal welche Tarifsteigerungsergebnisse erzielt werden. Dann sagen Sie in der Öffentlichkeit, dass Sie diese Art von Personalpolitik in Bremen machen wollen! Oder glauben Sie wirklich, dass man die Personalsteigerungskostenquoten in den nächsten Jahren durch weiteren Personalabbau erwirtschaften kann? Auch wenn Sie das glauben, dann machen Sie dazu Vorschläge. Also, alles nur Qualm!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zur Nachhaltigkeit kann ich Ihnen hier nur einen Satz sagen: Nachhaltiges Wirtschaften konnten wir in der Vergangenheit vor allem beim Agieren der CDU bewundern. Ein Drittel der Investitionsmittel des Wirtschaftshaushaltes gehen in die Tilgung des Investitionsfeuerwerks der letzten Legislaturperiode.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: War es falsch, den CT 4 zu bauen oder die Kaiserschleuse?)

(B) Es war nicht falsch, das zu bauen! Es war nicht richtig, es außerhalb des Haushaltes zu machen und darüber zu täuschen, was die realen Kosten sind. Wenn wir Kredite aufnehmen, sind die realen Kosten nämlich die realen Kosten, sie sind die Kürzungen von morgen in anderen Bereichen. Davor haben Sie sich immer gedrückt!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zu Herrn Rupp würde ich gern sagen, was die Zinsen betrifft, gibt es noch eine weitere Möglichkeit. Wir würden uns auch freuen, wenn es da Unterstützung hier aus dem Haus und von anderen Bundesländern gibt. Bremen wird selbstverständlich allen Verpflichtungen nachkommen. Ich wünsche mir nicht, dass Leute sagen, dass man da andere Wege gehen sollte. Aber der Bund bekommt bei seiner Kreditaufnahme wegen des besseren Ratings günstigere Kreditkonditionen. Bremen bemüht sich bisher vergeblich darum, an diesen Konditionen teilzuhaben. Wir werden das auch weiter machen, das würde ungefähr einen Prozentpunkt geringere Zinsen bedeuten, und das tut niemandem weh. Das ist zum Beispiel ein Sparkonzept, wenn wir es denn schaffen würden, was man durchsetzen oder durchführen könnte, ohne jemandem zu schaden, das hat eine hohe Attraktivität.

(C) Aber über einen Ausgleich von weiteren Sozialkosten werden wir nicht verhandeln, jedenfalls nicht exklusiv. Bremen ist sehr gut weggekommen bei den Sanierungsleistungen. Wir würden uns gewaltig schaden, wenn wir, bevor wir überhaupt nur angefangen haben, den Sanierungsweg zu gehen, jetzt mit weiteren Forderungen kommen. Was man aber sehen kann, ist, dass im Moment wieder eine neue Debatte entsteht über die Frage: Bund, Länder und Gemeinden, wie kommen wir eigentlich mit den Sozialkostensteigerungen zurecht? Das kann man auch an den Debatten im Deutschen Städtetag sehen. Da wird Bremen eine aktive Rolle spielen, das verspreche ich Ihnen, weil wir da schon in einer ganz besonderen Lage sind und weil in der Tat Deutschland sich diesem Problem neu und mit großer Ernsthaftigkeit und in sozialer Verantwortung stellen muss. Aber eine Strategie nach dem Motto, für Bremen müsst ihr es ausgleichen und für andere nicht, das ist eine falsche Strategie.

Noch einmal die Bitte: Sagen Sie nicht immer, wir sind zur Sanierung verdonnert! Das ist so komisch, obrigkeitsstaatlich und als seien nicht demokratische Prozesse das Ergebnis dessen, was wir hier jetzt machen. Ich finde, es würde uns allen gut anstehen, diese Herausforderungen anzunehmen und nicht so nach dem Motto, da gibt es irgendwelche bösen Eltern, die zwingen uns, etwas zu machen, was wir eigentlich gar nicht richtig finden.

(D) Ich finde das richtig, der Senat findet das richtig, dass wir uns der Verschuldung der Haushalte stellen, und es ist nicht so, dass gar nichts mehr geht. Es ist auch nicht so, dass man jetzt die Flinte ins Korn wirft. Ich finde, dass Sie zusammen mit uns auch auf politische Prozesse vertrauen könnten, die letztendlich einen Weg weisen werden, wie wir das schaffen können.

Letztendlich sind Steuereinnahmen der Dreh- und Angelpunkt, und da habe ich eher Interesse an einer Strategie, anstatt zu sagen, wir sind verdonnert, wir können gar nichts machen, eher zu zeigen, bis dahin schaffen wir es und an dem Punkt auch nicht mehr, weil daraus mehr politische Taten resultieren können, als wenn man sich jetzt schon auf den Rücken wirft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

- (A) Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010 in erster Lesung abstimmen.
- Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010, Drucksache 17/835, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU, FDP und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Rot-Rot-Grün! Das erste rot-rot-grüne Haushaltsgesetz!)
- Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2011 in erster Lesung abstimmen.
- (B) Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2011, Drucksache 17/835, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU, FDP und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
- Meine Damen und Herren, bei den Vorlagen zum Haushalt 2010 und 2011 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabengebiete betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, der Ausschuss für
- Wissenschaft und Forschung und der Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen.
- (C)
- Ich lasse jetzt über die Überweisungen abstimmen.
- Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, Drucksache 17/835, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und der Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme sowie die Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts, Drucksache 17/900, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
- (Einstimmig)
- (D)
- Bei dem Finanzplan 2009 bis 2013 der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 17/891, ist ebenfalls Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.
- Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
- (Einstimmig)
- Außerdem möchte ich Sie bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2010 und 2011 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.
- Ich stelle Einverständnis fest.

(A) **Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Änderungen im Produktgruppenhaushalt)**

hier: Zweiter Nachtragshaushalt 2009

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/834)
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009

hier: Zweiter Nachtragshaushalt 2009

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 21. August 2009
(Drucksache 17/896)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Lühr und Herr Staatsrat Mützelburg.

Meine Damen und Herren, das zweite Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2009, Drucksache 17/834, wurde in der 48. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 18. Juni 2009 in erster Lesung beschlossen und gemeinsam mit dem zweiten Nachtragshaushaltsplan 2009 und dem zweiten Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2009 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

(B)

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss legt mit der Drucksachen-Nummer 17/896 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Ich weise darauf hin, dass im Rahmen der jetzt folgenden Aussprache auch der Nachtragshaushalt Stadt besprochen werden soll, da eine gesonderte Aussprache darüber nicht stattfindet.

Die gemeinsame Beratung der miteinander verbundenen Punkte ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort als Berichterstatter der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs**, Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vorsitzendem des staatlichen und des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses obliegt mir die Aufgabe, hier im Hause über die Ausschussberatungen, über ihr Verfahren sowie über ihr Ergebnis zu berichten. Dies ist heute zum zweiten Mal in diesem Jahr der Fall; mein Vorgänger, der Kollege Röwekamp, hat am 18. März 2009 zu den Beratungen zum ersten Nachtragshaushalt berichtet. Dort wurden 29,5 Millionen Euro zusätzliche Kredite für den Eigenanteil Bremens am Konjunkturpaket bewilligt. Nun soll eine weitere Erhöhung der Nettokreditaufnahme von insgesamt gut 216 Millionen Euro hinzukommen.

Ich möchte mich kurz fassen, da der Gegenstand des Nachtragshaushalts bereits in der ersten Lesung

hier im Hause debattiert worden ist und der Ausschuss kaum ergänzenden Beratungsbedarf gesehen hat. Gestatten Sie mir dennoch ein paar Anmerkungen zum Inhalt des Nachtragshaushalts! Dort enthalten sind bei den Sozialleistungen Mehrbedarfe in Höhe von 38,2 Millionen Euro und Mindereinnahmen in Höhe von rund 20 Millionen Euro, ein Mehrbedarf bei den Personalausgaben im Bereich ambulante Sozialdienste junge Menschen in Höhe von 450 000 Euro, Mehrbedarfe in Höhe von circa 37 Millionen Euro wegen der Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie Erhöhungen der Primärausgaben bei den Versorgungsausgaben, die durch Entnahme aus der Versorgungsrücklage gegenfinanziert werden.

Die Einnahmeverringerungen bei den Sozialleistungen ergeben sich aus sinkenden Bundesleistungen. Die Frage der Finanzierung solcher auch in den nächsten Jahren wirkenden Mindereinnahmen wird sich erneut bei den Haushaltsberatungen für 2010 und 2011 stellen. Das gilt auch für die Ausgabenerhöhungen, die sich in dem Nachtragshaushalt im Bereich der Ausgaben der ambulanten Sozialdienste junge Menschen ergeben. Die Tarif- und Besoldungserhöhung und die Vorsorgeausgaben sind auch schon an anderer Stelle ausführlich debattiert worden, sodass der Ausschuss hier ebenfalls keinen weiteren Beratungsbedarf gesehen hat.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

(D)

Aufgrund der allgemeinen Entwicklung am Kapitalmarkt und durch die Möglichkeit von Geldmarktgeschäften, die schon der erste Nachtragshaushalt enthielt, sind rund 30 Millionen Euro Entlastung bei den Zinsausgaben zu erwarten. Im Rahmen unserer Beratungen hat die Finanzsenatorin auf Veränderungen im Schuldenmanagement hingewiesen. Die Beschlüsse zur Föderalismuskommission II erfordern einen ausgeglichenen Haushalt auf Basis relativ niedriger Zinsen bis 2019; andererseits erschweren es die Auswirkungen auf den Finanzmärkten, Aussagen über die weiteren Zinsausgaben zu treffen. Die Senatorin für Finanzen wird auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren und eine Reihe von Maßnahmen umsetzen. Wir haben allerdings auch auf Risiken und die Verantwortung des Senats hingewiesen, die damit verbunden sind. Der Ausschuss wird sich im September 2009 mit dem nicht ganz einfachen Thema des Schuldenmanagements nochmals eingehend befassen.

Weiter wurde die Neufassung des Paragraphen 13 Absatz 4 Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 – Kassenverstärkungskredite – beraten. Der Ausschuss hat sich auch mit einem weiteren Punkt, der Gegenstand des Nachtragshaushalts ist, nicht mehr eingehend beschäftigen müssen, weil er schon bekannt war. Dies gilt für Veränderungen bei den Einnahmen aus Steuern, aus dem Länderfinanzausgleich und aus den Bundesergänzungszuweisungen. Sie beruhen auf der Schätzung vom

- (A) Mai 2009 und führen zu Mindereinnahmen im Land und in der Stadtgemeinde Bremen in Höhe von 153 Millionen Euro und in Bremerhaven in Höhe von rund 15 Millionen Euro. Ob das so eintreten wird, werden wir sehen.

Die Finanzkrise, die mittlerweile vor allem auch eine Wirtschaftskrise und damit, wie sich auch an diesen Mindereinnahmen zeigt, eine Einnahmekrise für den Staat ist, wird uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Umso wichtiger ist es aber, wegen der einbrechenden Einnahmen das Hauptaugenmerk auf die Ausgabenseite zu legen. Hierzu kann bei den folgenden Beratungen zu den Haushalten 2010 und 2011 noch genügend gesagt werden, sodass ich es hierbei bewenden lassen will.

Abschließend will ich noch kurz auf das Beratungsverfahren selbst eingehen! Die Bürgerschaft hat im Juni die Entwürfe des Senats zu den Änderungen der Haushaltsgesetze und zu den Nachtragshaushaltspänen in erster Lesung beschlossen und federführend an die Haushalts- und Finanzausschüsse Land und Stadt überwiesen. Die Haushalts- und Finanzausschüsse Land und Stadt haben in einer gemeinsamen Sitzung getagt, die Berichte liegen Ihnen vor. Darin enthalten sind die Empfehlungen für die Abstimmung über die Änderung der Haushaltsgesetze, über die Nachtragshaushaltspäne und über kleinere Änderungen, die sich als notwendig erwiesen haben, aber keine inhaltlichen Veränderungen bedeuten.

- (B) Ich verweise insofern auf die Berichte, die hier nicht im Einzelnen weiter vorgestellt werden.

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss für die gute Zusammenarbeit. Wir werden dies ja auch in den nächsten Wochen und Monaten weiter pflegen können. Ich danke auch im Namen des Ausschusses der Verwaltung der Bürgerschaft für die sachgerechte Vorbereitung. Dies gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Hausspitze der Senatorin für Finanzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist jetzt nur ein Nachtrag zu der Haushaltsdebatte, die wir eben geführt haben, aber vielleicht insofern doch ein interessanter Nachtrag in dem Sinne „Die Prüfung des Puddings ist das Essen“. So ein kleines Häppchen Essen für die Haushaltsdebatte haben wir heute vorliegen. Deswegen will ich das doch kurz aufgreifen, denn die Faktoren, die den Haushaltsunterlagen für 2010/2011 zugrunde liegen, und auch die Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, sind schon in dem Nachtragshaushalt und liegen dort auf dem Tisch und bestimmen auch die Notwendigkeit, den Nachtragshaushalt einzubringen.

Das Erste sind die Steuermindereinnahmen. Ich erinnere noch einmal daran, dass die Steuermindereinnahmen ungefähr nur zur Hälfte direkt konjunkturbedingt und zur anderen Hälfte höchstens mittelbar konjunkturbedingt sind; insofern ist das, was eingefordert wird, dass die Bürgerinnen und Bürger durch vielerlei Steuergesetzänderungen entlastet werden, schon passiert, 148 Millionen Euro beziehungsweise 168 Millionen Euro Mindereinnahmen für die beiden Jahre allein aus Gesetzesänderungen. Die sind zum großen Teil damit begründet worden, dass man die Bürger entlasten will, die Konjunktur ankurbeln will und Vertrauen schaffen möchte. Wir machen ja etwas. Es ist ja nicht so, als würden wir jetzt über irgendwelche Steuersenkungen diskutieren, die gibt es bereits, und sie belasten unsere Haushalte bereits heute, das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen, und das wird sich in den nächsten Jahren fortschreiben.

Das Zweite sind die Ausgaben für die Angestellten und Beamten. Wir werden heute Nachmittag ja auch die Änderungen der Beamtengesetze beschließen, mit der wir zeit- und wirkungsgleich den Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst übernehmen. Das ist eine sehr große Anstrengung, die wir schultern. Es ist klar, dass sich das fortsetzt. Das wird weitergehen, und das sind Steigerungsraten, die wir bis vor kurzem nicht gesehen hatten, das ist klar. Sie sind auch daraus zu erklären, dass wir angesichts der Konjunkturkrise, auch was die Binnennachfrage angeht, die Nachfrage der Menschen, sagen wollten, dass wir dort etwas tun müssen, da etwas nachlegen müssen, das hat natürlich eine Rolle gespielt.

Wir werden übrigens, auch dazu hat uns die CDU immer forsch gedrängt, von den Sonderhaushalten und auch von den Hochschulen nicht mehr verlangen, dass sie die Tarifsteigerung irgendwie einfangen, sondern wir werden ihnen klar und deutlich das Geld dafür geben. Wir verlangen allerdings auch, dass sie dann offen mit uns darüber reden, wie das gestaltet wird. Dann kommen die Mindereinnahmen bei den Sozialausgaben und die Sozialausgabensteigerung selbst, die hier aufgeschlüsselt sind, vor allen Dingen im Bereich der Jugendhilfe. All das haben wir schon diskutiert, dass das allgemeiner Trend ist.

Ich wiederhole das deswegen, weil wir damit jetzt mehr Schulden machen. Ich habe von den Oppositionsfractionen, und insofern ist das so ein bisschen ein Testlauf, keinerlei Vorschläge gehört, wie wir diesen Nachtragshaushalt, der auf diesen objektiven, von uns wesentlich nicht zu beeinflussenden Faktoren beruht, ändern sollten. Wenn Sie großmündig ankündigen, dass Sie die zwei Haushalte 2010/2011 anders machen wollen, dann wäre hier einmal die Gelegenheit gewesen zu sagen, wie Sie es denn anders machen wollen.

(Abg. **Woltemath** [FDP]: Ja, Herr Lehrer!)

(C)

(D)

(A) Sie hätten hier Änderungsanträge machen können, ich habe aber keine gesehen. Das ist eigentlich schade, weil das nicht zu dem passt, was der Fraktionsvorsitzende der CDU hier vollmundig verkündet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist richtig, wir verschulden uns weiter, weil die Krise auf uns wirkt und weil wir, teilweise selbst aus freien Stücken und teilweise gezwungen, darauf mit Mehrausgaben reagieren. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass wir diese Schulden zurückzahlen müssen, das wird jetzt und danach noch schwieriger werden. Unter diesem Gesichtspunkt muss man doch die Frage der Steuerentlastungen oder Steuererhöhungen diskutieren! Wir haben Entlastungen gemacht, um die Konjunktur anzukurbeln. Da kann man doch nicht herangehen und sagen, wenn die Konjunktur läuft, packt man noch mehr Entlastungen obendrauf!

Wir werden diese Schulden, die wir jetzt aufnehmen, wieder zurückzahlen müssen, und auch deswegen unterstreiche ich in diesem Zusammenhang die Forderung, dass wir als Land Bremen keinerlei Politik unterstützen dürfen, die uns die materielle und finanzielle Grundlage unseres Landes noch weiter unter den Füßen wegzieht. – Vielen Dank!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dem Dank des Vorsitzenden an alle, die an der schnellen und effizienten Abarbeitung der Nachtragshaushaltsberatungen beteiligt waren, möchte ich mich erst einmal anschließen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Man kann auch in der Tat, nachdem wir uns eben über den Haushaltsentwurf 2010/2011 unterhalten haben, die politische Diskussion über den zweiten Nachtragshaushalt 2009 kurz halten, da die grundsätzlichen Haltungen und Probleme sich gleichen. Die CDU und die FDP fordern immer noch eine Sparliste, die LINKEN meinen, das Geld reiche sowieso nicht – und es wird Sie nicht verwundern, auch nach den Beratungen im Ausschuss –, und die rot-grüne Koalition stimmt dem zweiten Nachtragshaushalt zu. Die LINKEN werden das auch tun, wie Herr Rupp im Ausschuss gesagt hat.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Im zweiten Nachtragshaushalt müssen wir vor allem als Folge der Wirtschaftskrise unseren Ausgabenrahmen, der Berichterstatter erwähnte das, um 218 Millionen Euro erhöhen. Der Berichterstatter hat ebenso erwähnt, dass 153 Millionen Euro davon entgangene, weniger Steuern sind. Soviel zum Verhältnis, Herr Röwekamp – jetzt ist er nicht mehr da! –, von Einnahmen- und Ausgabenproblemen. Dass wir das über neue Schulden tun müssen, ist leider nicht zu ändern. Bund, Länder und die meisten Kommunen müssen das gleichfalls tun, Spaß macht das nicht wirklich. Im ersten Nachtragshaushalt haben wir schon einmal 118 Millionen Euro für das Konjunkturpaket II ausgegeben, 30 Millionen Euro betrug davon der bremische Anteil, der auch über neue Schulden finanziert wurde, um an dieser Stelle mit dem Märchen aufzuräumen, wir würden nicht investieren. 118 Millionen Euro sind eine ganze Menge Geld!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Beim ersten Nachtragshaushalt hat die CDU diesen zusätzlichen Investitionsausgaben im Grundsatz, wenn auch nicht im Detail, zugestimmt. Im zweiten Nachtragshaushalt stimmt DIE LINKE den Mehrausgaben für entgangene Steuern, mehr Gehälter und Sozialleistungen zu. So einfach können wir uns das als Regierungsfraktion naturgemäß nicht machen und uns aussuchen, welches Programm da jeweils passt. Herr Dr. Güldner hat das vorhin Arbeitsteilung genannt, wir müssen beides tun. Wir müssen einerseits die Konjunktur durch Mehrausgaben bei den Investitionen ankurbeln und andererseits auch mehr für die sozialen Sicherungssysteme und die Binnennachfrage über Tarif- und Besoldungserhöhungen ausgeben. Deshalb bitte ich auch für den zweiten Nachtragshaushalt 2009 um Zustimmung! – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben verabredet, dass wir nur eine kurze Debatte führen. Es ist ja auch richtig, wir haben bei der ersten Debatte zum Nachtragshaushalt schon intensiv diskutiert, und heute Morgen auch schon einmal über die nächsten beiden Haushalte. Herr Dr. Kuhn, ich dachte, wir wären nach dieser Debatte ein bisschen weiter und dass es nicht um die Frage gehen würde, wer nun welche Vorschläge machen würde.

(Zuruf des Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

(A) Herr Dr. Kuhn, ich habe gerade gesagt, ich dachte, wir wären etwas weiter.

Es ist doch einfach nicht abzustreiten, dass bei einem Nachtragshaushalt von etwa 220 Millionen Euro und einer Einsparung von zehn Millionen Euro, die Sie Anfang oder Mitte des Jahres durch eine Haushaltssperre erzielt haben, diese Relation eigentlich nicht passt. Das heißt, es zeigt doch ganz deutlich, dass der ausgewiesene Sparwille in der jetzigen Koalition nicht besonders ausgeprägt ist. Wir haben damals in der Großen Koalition leider, muss man sagen, viel zu häufig und viel zu lange auf die Einnahmen geschaut und dabei aber nicht beachtet, dass eine Veränderung zwischen geplanten und tatsächlichen Einnahmen stattgefunden hat. Sie wissen, das will ich nicht wiederholen, warum das so war. Plötzlich sind diese beiden Bereiche auseinander gelaufen. Diese Warnung vor solch einer Entwicklung kann man auch hier nur wieder aussprechen. Wenn wir am Ende dieses Jahrzehnts die Selbstständigkeit Bremens erhalten wollen, muss man die Einnahmen als Maßstab nehmen und danach die Ausgaben orientieren und nicht umgekehrt, denn sonst wird es nicht funktionieren, das ist ziemlich sicher.

(Beifall bei der CDU)

(B) Der vorgelegte Haushalt und auch, was der Fraktionsvorsitzende der SPD gesagt hat, ist doch, Herr Dr. Sieling, kein Haushalt der Bescheidenheit. Es ist im Grunde genommen ein Haushalt, und das gilt auch für den Nachtragshaushalt, in dem der Wille fehlt, Strukturveränderungen vorzunehmen. Sie müssen heute doch darüber nachdenken, ob die Bereiche, die Sie als Schwerpunkte setzen, zukünftig weiter verfolgt werden können. Sie müssen auch, und da will ich Sie ausdrücklich auffordern, über die Investitionen nachdenken. Wenn man nicht immer nur das Schwarz-Weiß-Spiel spielen will, sondern ernsthaft versuchen will, etwas für dieses Land zu machen, geht das nur in allen Bereichen und nicht nur an einem Tag. Sie sind diejenigen, die dafür verantwortlich sind. Sie sind nun einmal die Regierung. Es geht aber nicht darum, wer etwas machen muss, sondern es geht darum, dass Lösungen für die nächsten Jahre auf möglichst breiter Basis getroffen werden. Sonst wird uns der Erhalt der Selbstständigkeit nicht gelingen.

Ich will einen letzten Satz sagen zu den Kassenverstärkungskrediten! Wir haben einen Vorschlag zur Veränderung des Ortsgesetzes vorliegen. Es geht nicht um die Ausweitung der Kassenverstärkungskredite auf 200 Millionen Euro, sondern um diejenigen Gesellschaften, die Kassenkredite in Anspruch nehmen können. Hier wird plötzlich von weiteren Gesellschaften des Klinikverbundes gesprochen.

Wir haben im Rahmen des Haushaltsausschusses noch einmal darum gebeten, und das ist auch zugesichert worden, dass wir eine Aufstellung der Betriebe

bekommen, die dort eingebunden sind. Außerdem sollen uns an dem Tag, an dem diese Betriebe die Kassenkredite nutzen, die entsprechenden Beträge der jeweiligen Kreditanspruchen mitgeteilt werden.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es in Wahrheit – und das wissen Sie auch, Frau Bürgermeisterin – Schattenhaushalte sind. Es sind kurzfristige Verbindlichkeiten, die die Körperschaften zur Überwindung, so heißt es, von vorübergehenden Kassenanspannungen eingehen. So ist es gedacht. Es soll als reiner – wenn wir das privatwirtschaftlich sagen würden – Kontokorrentkredit gedacht sein. Außerdem haben Sie die Möglichkeit, über einen kurzen Zeitraum Investitionen vorzufinanzieren, dies aber nur in einem kleinen und sehr schmalen Zeitraum.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident! Ich weiß, es gibt einen Controllingbericht. Das wurde auch im Haushaltsausschuss erwähnt. Wir weisen auf einen Punkt ausdrücklich hin, dass, wie in der Vergangenheit, Verluste finanziert werden über diese Kassenkredite. Das werden wir auch zukünftig nicht mitmachen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(D) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dem Nachtragshaushalt zugestimmt, weil es dazu überhaupt keine Alternative gibt. Ich finde, es ist auch vor dem Hintergrund dessen, was man damit finanziert, und vor dem Hintergrund der Krise, einfach notwendig, dem zuzustimmen, weil alles andere einfach nicht denkbar ist. Klar ist, dass die Steuermindereinnahmen auf Dauer gestellt werden, 2012 und 2013 sind es, glaube ich, noch einmal 150 Millionen Euro in der Größenordnung. Hinzu kommt auch noch für die Zukunft, dass wir auch ein paar Kosten in einem zweistelligen Millionenbetrag haben, die durch die Föderalismuskommission I auf uns zugekommen sind. Das sind alles Dinge, die die Haushaltssituation nicht einfacher machen, aber für den zweiten Nachtragshaushalt hat man das gespürt, und da muss man eben das, was fehlt, dieses Mal über Kredit finanzieren.

Ich bin übrigens der Meinung, irgendjemand hat vorhin gesagt, dass es keine guten und keine schlechten Schulden gibt, das teile ich ausdrücklich nicht. Das beweisen wir ja, wir haben gesagt, dass wir Schulden aufnehmen müssen, um beispielsweise

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) das Konjunkturprogramm II durchzusetzen. Das sind offensichtlich Schulden, die sich lohnen, weil sie sich möglicherweise rentieren, und es gibt möglicherweise Schulden, die man nicht machen kann, weil sie sich nicht rentieren. In unserem Zusammenhang werde ich nur dafür, dass es auch im sozialen Bereich solche Effekte gibt.

Es wurde eben noch einmal hier gesagt, Vorschläge machen, das unterstütze ich ausdrücklich, denn meine Erfahrung ist, man kann über Dinge schwadronieren, die der Konjunktur helfen, Dinge, die Arbeitsplätze schaffen, und so weiter und so fort, die meisten Dinge werden aber erst konkret, wenn man sagt, was man denn genau hier, heute oder beziehungsweise im Jahr 2010/2011, damit meint.

Wir haben mit unseren Mitteln in der letzten Phase etwas gemacht, dafür kann man uns inhaltlich kritisieren, und man kann sagen, das sind dumme Vorschläge, die wir nicht machen können. Das kann ich akzeptieren, darüber können wir streiten. Ich akzeptiere jedoch nicht, dass man immer nur so tut, als wüsste man es besser. Dann setzt man sich so hin wie jemand, der bei Fußballspielen den Spieler anbrüllt: Lauf doch schneller, du faule Sau!

(Beifall bei der LINKEN)

Das geht in dieser Politik meines Erachtens nicht!

(B) Vielleicht noch zwei kleine Bemerkungen zu der letzten Debatte! Meine Vorschläge aus der ersten Debatte, Frau Linnert, waren keinesfalls so gemeint, dass wir als Bittsteller kommen. Ich finde es an der Zeit, dass wir Bedarfe festlegen, und diese Bedarfe dürfen sich momentan nicht an dem messen, was wir jetzt in dem Rahmen dieses Notstandes formulieren, sondern wir müssen auch über Investitionen beispielweise in Straßen und Investitionen in das soziale Gefüge der Stadt und sonst etwas darüber hinaus sprechen. Ich finde, wir müssen dann auch Summen nennen, und wir müssen sagen, das sind eigentlich Beträge und Zahlen, die nicht vom Mond sind, die uns keinen Luxus beschern, sondern es sind notwendige Investitionen. Ich denke, das geht! Als Bittsteller zu kommen, ist etwas anderes. So viel dazu! Wir werden diesem Haushalt zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es im Haushaltsausschuss auch schon gesagt, wir lehnen den Nachtragshaushalt ab,

(Beifall bei der FDP)

(C) weil wir nicht weiter in die Verschuldung marschieren wollen. Für den nächsten Haushalt, das haben wir angekündigt, werden wir Vorschläge machen, und ich denke, diesen Vorschlägen können Sie gar nicht ausweichen.

(Abg. **F e c k e r** [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber nicht schon wieder die alten!)

Es gibt gar keine alten! Es gibt nur gute Vorschläge, und diese bleiben immer gut, egal wie alt sie sind, um das einmal dazu zu sagen!

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das im Haushaltsausschuss ganz kurz am Rande beraten, und ich finde, wir sollten alle Anstrengungen hineinlegen – und das ist vorhin auch kurz angesprochen worden –, dass wir bei den Zinskonditionen rund ein Prozent unter dem Bund liegen oder 0,5 bis 0,7 Prozent, das ist aber egal! Bei einer Menge Geld ist es auch eine Menge, die wir dadurch einsparen können, und es ist nicht einzusehen, warum man da nicht einen gemeinsamen Weg gehen und das gemeinsam lösen kann, dass wir bessere Zinskonditionen bekommen. Das ist auch ein Weg dahin, unsere Schulden zu mildern. Auch wenn es ein kleiner Schritt ist, muss man ihn gehen.

Zum Kollegen Rupp sei noch einmal gesagt: Gute und schlechte Zinsen, aber es gibt schwarze und rote Zahlen, und die haben mitunter sehr häufig rote Zahlen. In der Vergangenheit – und damit möchte ich es bewenden lassen, einen Seitenhieb auszusprechen – haben wir leider auch schon erlebt, dass es oft schöngerechnet wurde. Ich glaube, und das müssen wir für die Zukunft vermeiden – das ist dann der Appell an Rot-Grün bei der gleichen Gelegenheit –, wenn wir Bremen aus dieser Krise und aus dieser Situation herausführen wollen, müssen wir uns endlich damit identifizieren, dass wir das hier gemeinsam tun wollen und dass es hier keine Hin- und Herrechnerei und keine Schönrechnerei gibt, denn am Ende des Tages wird uns keiner in dieser Republik damit herauslassen, wenn wir uns selbst in die Tasche gelogen haben. Davor kann ich nur nachhaltig warnen,

(Beifall bei der FDP)

und wir werden, und darüber können wir auch lang debattieren, ohne Unterstützung der anderen Länder und des Bundes auch nicht aus dieser Situation herauskommen, das ist uns letztendlich auch allen klar. Wir können aber Bedingungen und Voraussetzungen dafür schaffen, dass das, was wir tun, als nachhaltig und als zuverlässig angesehen wird, und dafür wollen wir einen Beitrag leisten, dafür appellieren wir an alle, diesen Weg mitzugehen, denn, und das sehe ich genauso, wie es vorhin in

(C)

(D)

- (A) der Debatte angesprochen worden ist, diese Sanierung ist uns nicht übergestülpt worden, sondern wir müssen sie ganz einfach machen, weil wir unseren Haushalt in Ordnung bringen wollen und müssen, wenn wir weiterhin selbstständig bleiben wollen. – Vielen Dank!
- (Beifall bei der FDP)
- Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit haben wir die Aussprache zum Nachtragshaushalt 2009 beendet.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.
- Meine Damen und Herren, ich lasse zuerst gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung über den Änderungsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses zum Zweiten Nachtragshaushalt 2009 abstimmen.
- Wer dem Änderungsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses mit der Drucksachen-Nummer 17/896 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und FDP)
- (B) Stimmenthaltungen?
- (Abg. Dr. Buhler [FDP]: Weiß die Fraktion DIE LINKE denn, wie sie gestimmt hat?)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.
- Jetzt kommen wir zum Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2009.
- Wer dem Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2009 – unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und FDP)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2009 mit Änderungen zu.
- Nun kommen wir zum Zweiten Produktgruppenhaushalt 2009.
- (C) Wer dem Zweiten Produktgruppenhaushalt 2009 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und FDP)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Zweiten Produktgruppenhaushalt 2009 zu.
- Nunmehr lasse ich über das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2009 in zweiter Lesung abstimmen.
- Wer das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2009 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und FDP)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2009 in zweiter Lesung.
- (D) Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 17/896, Kenntnis.
- Meine Damen und Herren, bevor ich Sie in die Mittagspause entlasse, gestatten Sie mir noch einen Hinweis! Der Künstler Richard Hilger hat eine Friedensplastik geschaffen und auf den Weg gebracht, nämlich eine goldene Friedenstaube! Sie war bereits bei der Bundeskanzlerin, bei unserem Außenminister, beim Friedensnobelpreisträger Lech Walesa und beim Dalai Lama. Diese Bremer Friedenstaube wird ein Vertreter der Landesregierung am 12. September unserer Partnerstadt Danzig überbringen. Die Friedenstaube steht heute im Festsaal der Bürgerschaft, und neben ihr liegt eine Unterschriftenliste. Ich bitte Sie als ein Zeichen der Erinnerung an den Kriegsbeginn vor 70 Jahren und als ein Bekenntnis für den Frieden, sich in diese Liste als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft einzutragen. Ich bitte herzlich darum!
- (Beifall)
- Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.
- (Unterbrechung der Sitzung 13.07 Uhr)
- ★

(A) Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, dass beim Tagesordnungspunkt 34, Unterkünfte bei gemeinnützigen Trägern bei Klassenfahrten nicht benachteiligen, auf eine Aussprache verzichtet werden kann, da dieser Antrag an die zuständige Deputation überwiesen werden soll.

Wir setzen nun die Tagesordnung fort.

Keine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Esenshamm

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 19. August 2009
(Drucksache 17/893)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

(B) Die Beratung ist eröffnet.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht vorweg, weil das heute schon so oft kam und Herr Röwekamp es vorgestern auch schon nach vorn rief, dass es diese Woche seiner Meinung nach sehr viele Wahlkampfreden geben würde, wie zum Beispiel – und die hatte er explizit erwähnt – diese Atomkraftdebatte heute.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Deswegen ist er jetzt auch nicht da!)

Vorgestern habe ich mir diese Bemerkung verknipt, aber ich möchte es heute schon noch einmal sagen: Vielleicht ist für die CDU Atomkraft ein Wahlkampfthema. Sie haben es auf Seite 25 in ihrem Wahlprogramm explizit aufgenommen, wo Sie sich zur Laufzeitverlängerung der sicheren Atomkraftwerke bekennen. Wie sicher sie sind, das wird man dann sehen, aber für mich ist Atomkraft ein Dauerbrenner, und ich hoffe, die Brenndauer ist nicht mehr allzu lange absehbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dauerbrenner, weil die Kette von Störfällen in den AKWs nicht abreißt und das Sicherheitsrisiko permanent ist!

Der Hintergrund für diesen Antrag heute waren nicht der bevorstehende Wahlkampf, sondern zwei ganz konkrete Begebenheiten, die Ende Juni dieses Jahres stattfanden, nämlich einmal, dass es ein neues Gutachten von ITA gibt, das im Juni vorgestellt wurde und die Antwort des niedersächsischen Umweltministeriums auf eine Anfrage der Grünen zu den Sicherheitspotenzialen des AKW Unterweser untersucht hat. Dieses Gutachten hat festgestellt, dass die Sicherheitsstandards dieses AKW den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden, und es zeigt erhebliche Mängel des Atomkraftwerks auf.

Das Zweite war die Greenpeace-Aktion vom 22. Juni 2009, bei der es Aktivisten in einer friedlichen Aktion gelungen ist, das Gelände des AKW Unterweser zu betreten, die Kuppel zu erklimmen und mit 60 Kilogramm Farbe einen Totenkopf auf das AKW zu zeichnen. Diese Aktion hat deutlich gezeigt, dass das AKW nur unzureichend gegen unbefugtes Betreten gesichert ist. Hier war es nun eine friedliche Greenpeace-Aktion, aber das zeigt auch, dass jeder andere das Gelände betreten kann und wir es hier mit einer Sicherheitslücke zu tun haben.

Ich will vorweg sagen, warum wir uns in Bremen auch mit Fragen der Laufzeit des AKW Unterweser – das sich auf niedersächsischem Gelände befindet, und die Genehmigungsbehörden sitzen auch in Niedersachsen –, beschäftigen müssen. Für uns ist es wichtig, weil das AKW in unmittelbarer Nähe zu Bremerhaven liegt – wer durch den Wesertunnel fährt, der sieht es – und weil wir selbst hier in Bremen oder zumindest in Bremen-Nord uns im 30-Kilometer-Sperrgebiet befinden. Im Falle eines Unfalls sind wir genauso betroffen wie die in Niedersachsen. Vielleicht eine kleine Randbemerkung: Ich bin ja noch unter 45 Jahre alt, mir werden noch Jodtabletten zugeteilt, ich glaube, die Hälfte dieses Parlaments würde diese aufgrund des Alters schon nicht mehr bekommen. Soviel zur Sicherheit!

Wenn wir über die Sicherheit sprechen, auch gleich im Detail noch einmal zu dem Atomkraftwerk, dann meinen wir nicht unbedingt auch so prominente Unfälle und Störfälle wie in Brunsbüttel und Krümmel. Ganz prominent auch aus der Sommerpause: Krümmel ist nach dem Brand vor zwei Jahren gerade wieder ans Netz gegangen, die beiden Maschinentransformatoren hatten eine Störung, und in ganz Hamburg sind die Ampeln ausgefallen. Dass das Sicherheitsprotokoll hier nicht eingehalten wurde, sieht man daran, dass das Ganze erst aufgefliegen ist, weil die Ampeln ausgefallen sind und die Polizei vor dem Atomkraftwerk erst einmal nachsehen musste, was da los ist. Vattenfall hat sich nicht von allein gemeldet und gesagt, dass es einen Störfall gibt.

Ich will aber einmal darauf hinweisen, dass es in jedem der bisher noch existierenden 17 deutschen AKW eine Vielzahl von Störfällen gibt. Es gibt eine Statistik des Bundesamtes für Strahlenschutz,

(C)

(D)

- (A) die die Störfälle von AKW seit ihrer Inbetriebnahme bis März 2009 untersuchte. Danach ereigneten sich im AKW Unterweser in dieser Zeit insgesamt 324 meldepflichtige Ereignisse, darunter auch vier Brandereignisse in 30 Betriebsjahren. Wenn wir das umrechnen, entspricht das 10 Ereignissen pro Jahr, meine Damen und Herren. Das wird nur noch getoppt von Brunsbüttel mit 420 Ereignissen, Neckarwestheim und Biblis. Wer hier den Eindruck erwecken will, deutsche Atomkraftwerke seien sicher, der sollte sich diese Zahlen ansehen. Meiner Meinung nach sind die AKW überhaupt nicht sicher.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Weil es so oft zur Sprache kommt, wenn man über die Sicherheit von AKW redet, kommt: ja, gut, die russischen AKW weisen vielleicht ein Risiko auf. Ich möchte in dem Zusammenhang ganz kurz an Forsmark in Schweden erinnern, wo es fast zum GAU gekommen wäre, oder an den Austritt der radioaktiven Substanzen in die Rhône in Frankreich im letzten Jahr oder auch schon die prominenten Brände und Störfälle in Brunsbüttel und Krümmel.

- (B) Aber zurück nach Esenshamm! Das Gutachten zeigt zum einen, das AKW Unterweser ist nicht terrorgesichert, zum anderen ist es potenziell hochwassergefährdet, weil es eine ungenügende Abschottung hat, und außerdem weist es Altersschäden in Bau und Technologie auf.

Vielleicht einmal zu den Altersschwachstellen! Esenshamm gehört zu den Druckwasserreaktoren der zweiten Baulinie, wie zum Beispiel Neckarwestheim oder Biblis. Diese Reaktoren weisen gegenüber neueren Reaktoren eine ganze Reihe von Schwachstellen auf, und einige davon will ich jetzt konkret nennen. Sie haben eine deutlich geringere Wandstärke des Reaktorgehäuses. Das heißt, damals konnte man sich bei dem Bau nicht vorstellen – das weiß man erst seit dem 11. September 2001 –, dass ein Flugzeug vielleicht eine potenzielle Terrorgefährdung ist. Diese Wandstärke hält auch nach einem Gutachten des Bundesministeriums nichts ab. Es könnte zu einer Kernschmelze kommen, wenn dort ein Flugzeug hineinfliegt. Die Sicherheitsbehälter haben eine geringere Druck- und Temperaturfestigkeit, bei der Kernnotkühlung ist das Anfahren nicht durchgehend automatisch geregelt, es gibt eine schlechtere räumliche Trennung bei der Notstromversorgung.

Was sind die Folgen solcher Schwachstellen? Die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Ereignissen ist größer als bei neueren Atomkraftwerken, die Beherrschbarkeit dieser Ereignisse ist dafür geringer, und die Auswirkungen der Ereignisse sind gravierender. Kurz gesagt: Je öfter, je öfter! Solche AKW müssen endlich vom Netz gehen, und das sieht der Atomkonsens auch vor, dass gerade diese alten Atomkraftwerke zuerst abgeschaltet werden müssen.

- (C) Deswegen darf die Laufzeit von Esenshamm auch nicht 2012 überschreiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meiner Meinung nach hat solch ein AKW ausgedient. Ich finde, es muss Schluss damit sein, und es wäre ein Sicherheitsrisiko weniger auf dieser Welt. Wir brauchen keine Atomkraftwerke mehr, und wir brauchen sie vor allen Dingen auch nicht vor den Toren Bremens, denn auf der anderen Seite der Weser, in Bremerhaven floriert gerade die Windenergiebranche. Die 800 Millionen Euro pro Jahr, mit der der Steuerzahler die deutsche Atomindustrie subventioniert, die sozusagen an Steuern entgehen, sind in regenerativen Energien besser angelegt.

Daher bitte ich Sie: Unterstützen Sie unseren Antrag, in dem wir den Senat auffordern, sich gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Esenshamm bei seinen Kollegen in Niedersachsen einzusetzen beziehungsweise, wenn die im Gutachten alle aufgezählten Mängel – da geht es auch um PVC-Schläuche und so weiter – nicht unmittelbar beseitigt werden können, mit sofortiger Wirkung die Betriebserlaubnis für das AKW Unterweser zu entziehen. Eines möchte ich dann vielleicht im Sinne des Wahlkampfs doch sagen: Atomkraft? Nein, danke! Das ist meiner Meinung nach aktueller denn je. Lassen Sie uns darunter endlich einen Schlussstrich ziehen! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Krümmel südöstlich von Hamburg, Brunsbüttel an der Elbmündung, um nur die Orte der jüngst am meisten beachteten Störfälle in Deutschland zu nennen, Frau Dr. Schaefer hat sie auch schon erwähnt, die Geschichte der Atomkraftwerke in Deutschland ist eine fortlaufende Pannengeschichte. Längere Laufzeiten für alte Atomkraftwerke erhöhen massiv das Störfallrisiko, das zeigt unter anderem auch eine neue BUND-Studie. Wenn ein Fehler zu viel auftritt, sind die Folgen der Atomenergie verheerend. Das veranschaulicht auf traurige Art noch heute grenzüberschreitend die Umgebung von Tschernobyl, und sie wird es noch lange tun. Dabei war die Vision von der friedlichen Nutzung der Atomenergie nach der schrecklichen Erfahrung der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki so verführerisch. Dieser ungeheuren Kraft sollte eine positive Richtung gegeben werden.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) 1978 wurde der Druckwasserreaktor in Esenshamm in Betrieb genommen. Er liegt zwischen Bremen und Bremerhaven an der Unterweser. Das E.ON-Kraftwerk zählt heute zu den störanfälligen alten Atomkraftwerken, Frau Dr. Schaefer hat eben die genaueren Gründe dargestellt. Laut einer Liste des Bundesamtes für Strahlenschutz – Frau Dr. Schaefer hat da eine etwas neuere Statistik als ich – sind es 324 Störfälle und somit meldepflichtige Ereignisse, die dieses Kraftwerk schon hinter sich hat. Das entspricht dem Durchschnitt bei der älteren Zahl von 10,5 Ereignissen pro Betriebsjahr, bei Frau Dr. Schaefer war es jetzt noch einmal etwas gesunken. Auch 2009, und das war der Grund, warum diese neuere Statistik schon eine höhere Zahl aufwies, ist es bereits zu einer Reihe von Vorfällen gekommen. Wie gesagt, ein Fehler zu viel kann verheerende Folgen haben.

Es ist natürlich ein Ausdruck der Sicherheit von Atomkraftwerken in Deutschland, dass diese vielen meldepflichtigen Ereignisse vorliegen und dass das alles verfolgt wird. Trotzdem ist es ein bleibendes Risiko, denn

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Wie oft ist es abgeschaltet worden?)

(B) in Deutschland sind auch immer wieder viele Atomkraftwerke abgeschaltet worden! Ich möchte jetzt mit Ihnen hier nicht in eine Zahlenklauberei eintreten, aber Sie wissen, dass wir alle regelmäßig aus den Medien erfahren, dass Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Dr. Schaefer hat auch auf das Beispiel hingewiesen, dass die Greenpeace-Aktivisten es schaffen konnten, die Kuppel des Atomkraftwerks zu erklimmen, um dort auf die kritische Sicherheitslage von Atomkraftwerken hinzuweisen. Atomkraftwerke sind so, wie sie damals gebaut worden sind, ein Sicherheitsrisiko für unser Land. Im Falle eines ernsthaften Unglücks in Esenshamm wären auch Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes betroffen. Deswegen ist es nicht Wahlkampf, wenn wir hier darüber debattieren,

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Nein! Das ist ganz zufällig!)

sondern es geht hier um die ureigensten Interessen auch der Bevölkerung unseres Bundeslandes.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb fordern wir in unserem Antrag den Senat auf, sich bei der niedersächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Sicherheitsmängel in

Esenshamm unverzüglich beseitigt oder andernfalls dem Atomkraftwerk die Betriebserlaubnis sofort entzogen wird.

(C)

Eine Pannengeschichte ist auch die Geschichte des ehemals als Forschungsbergwerk ausgegebenen Atom Mülllagers Asse II. Die Bilder der dort vorgegebenen Erprobung der Endlagerung von Atom Müll schockieren. Sie verdeutlichen, dass Atom Müll auch immer wieder zurückgeholt werden muss, um die Sicherheit zu erhöhen. Lassen Sie sich von Atomlobby, Union und FDP nicht täuschen! Atomenergie ist keine saubere und schon gar keine sichere Energie.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der sozialdemokratische Bundesumweltminister Gabriel hat es gerade aufgedeckt: Die schwarz-gelbe Kohl-Regierung ließ 1983 gorlebenkritische Gutachten innerhalb eines Tages umschreiben und ignorierte die Forderung ihrer eigenen Fachleute, Standortalternativen für die Endlagerung zu untersuchen.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Gabriel?)

Spätestens damit ist die schwarz-gelbe Täuschung der Öffentlichkeit über Endlagerungsmöglichkeiten für Atom Müll entlarvt.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb fordert die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Grünen-Fraktion: Aufgrund der allgemein hohen Störanfälligkeit alter Atomkraftwerke und der ungelösten Endlagerungsproblematik darf die Laufzeit des Atomkraftwerks Unterweser auf keinen Fall über 2012 hinaus verlängert werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was bedeutet Endlagerung eigentlich für die Wirtschaftlichkeit von Atomenergie? Unendliche Kosten für längst verbrauchte Energie! Der größte Teil dieser Kosten landet bei der Allgemeinheit, während die großen Energiekonzerne Gewinne machen. Die großen Energiekonzerne versuchen mit Laufzeitverlängerungen, ihre längst abgeschriebenen Atomkraftwerke am Laufen zu halten, weil sie für sie fast so schön funktionieren wie Gelddruckmaschinen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist das auch eine Diskussion, die wichtig für die Interessen unseres Landes ist, weil das auch ein Unternehmen wie die swb bedroht. Das Geschäfts-

(A) modell der Atomenergie funktioniert wie folgt: Alle wesentlichen Kosten zahlt die Allgemeinheit, und die Einnahmen bekommen die Atomkonzerne. Das ist die gleiche Moral, die uns die Finanzmarktkrise beschert hat. Die von Union und FDP geforderte Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken hat nichts mit der ursprünglichen Vision von der friedlichen Nutzung der Atomkraft zu tun. Angesichts der Risiken des Betriebs von Atomkraftwerken und des Chaos beim Umgang mit Atommüll

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Das ist Wahlkampf!)

hätte der Ausstieg aus dem Atomkonsens auch rein gar nichts mit Umweltschutz zu tun. Es handelt sich offenbar um Lobbypolitik im Interesse weniger Profiteure, zulasten der Allgemeinheit. Union und FDP erweisen sich damit als Bremsklötze einer Modernisierung unserer Energieerzeugung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neue Unternehmen und Betriebe würden durch die Laufzeitverlängerung in ihrer Entwicklung behindert. Ich nannte eben auch das Beispiel swb, denn auch die swb versucht hier in Bremen, auf erneuerbare Energien umzusteuern. Gerade in der Krise haben sich die Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien als zukunftsfähig erwiesen. Das gilt besonders für Bremen und Bremerhaven mit unserem Windenergieschwerpunkt. Doch seien Sie vorgewarnt, die geforderte Laufzeitverlängerung ist nur Teil einer Salamiaktik!

(B)

Nach einer Kurzstudie zur Standortbestimmung für Kernkraftwerke gemäß dem von CDU, CSU und FDP definierten Szenario, fossiler/nuklearer Energiemix, aus dem Jahr 2002, können noch eine Reihe neuer Atomkraftwerke auf uns zukommen. Allein im Nordwesten sollen demnach neue Atomkraftwerke in Esensham, Verden, Binnen, Weener und Dörpen hinzukommen. Sie können das einer solchen Karte entnehmen. Alles, was hier gelb ist, sind neue Atomkraftwerkstandorte, die dort diskutiert werden.

Wir als SPD halten dagegen mit der großen Mehrheit der Bevölkerung am Atomausstieg fest. Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hallo, hallo, hallo, heute ist die

*) Vom Redner nicht überprüft.

Schau „Zugeschaut und Mitgebaut!“ Wie kann ich als rot-grüne Regierung noch schnell mein Wahlkampfthema in der Öffentlichkeit platzieren,

(C)

(Beifall bei der CDU)

damit ich noch die letzten Stimmen fangen kann? Aber die Menschen werden Ihnen nicht auf den Leim gehen. Es ist so offensichtlich, was auch gerade Herr Dennhardt hier abgezogen hat, dass sogar Herr Senator Dr. Loske schon den Kopf geschüttelt hat. Ich habe es gesehen!

(Unruhe)

Sie haben heute den Dringlichkeitsantrag gestellt: Keine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Esensham! Ein Antrag unter dem Thema Wahlkampf! Bloß wurde gar keine Verlängerung beantragt, insofern frage ich mich auch, warum das dringlich sein soll. Es so kurzfristig hier auf die Tagesordnung zu setzen, spricht also für meine erste These, aber eigentlich müsste ja für diese Antragsform ein neuer Wortschatz gefunden werden, das wäre dann ein Vorsorgeantrag, oder wie soll man so etwas nennen, denn dringlich ist es ja nicht, also müsste es ein Vorsorgeantrag sein!

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Er nimmt die Sorgen der Menschen nicht ernst!)

Wissen Sie, was mich an diesen Antrag am meisten ärgert, ist eigentlich, dass Sie mit den Ängsten der Menschen spielen.

(D)

(Abg. Frau D r . S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben nicht!)

Doch! Genau mit denen spielen Sie! Komisch, vier Wochen vor der Bundestagswahl fangen Sie an, mit den Ängsten der Menschen zu spielen, und das ist unseriös und einfach nur billig.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal sagen, damit kein falsches Bild hier entsteht. Die CDU hält am Ausstieg von Atomkraft fest, doch man muss sich mit den Konsequenzen des Atomkonsenses auseinandersetzen. Wir brauchen nach unserer Auffassung einen langfristig angelegten Energiemix, der uns eine Versorgungssicherheit mit dem Ziel garantiert, langfristig ohne Atom- und Kohlekraftwerke auszukommen. Wenn die Atombehörde feststellt, dass Werke sicher sind, dann frage ich mich, was spricht dagegen, wenn es eine Verlängerung gibt? Wenn die Reaktoren sicher sind und eine Verlängerung beantragt wird, dann bin ich, und auch die CDU ist dafür, dass man die Laufzeit auch verlängern kann.

(Beifall bei der CDU)

(A) Doch die Versorgungssicherheit blenden die Grünen hier völlig aus. Sich generell gegen eine Laufzeitverlängerung festzulegen, ohne zu überprüfen, was das für Konsequenzen für den Energiemarkt in Deutschland hat, halte ich für einen großen Unsinn und energiepolitisch für mehr als naiv. Naiv ist nämlich, sichere deutsche Atomkraftwerke abzuschalten und dann später von außerhalb Strom zu importieren, weil Sie ja keine Lösung für die weitere Zeit haben. Sich praktisch von unsicherem ausländischem Importstrom abhängig zu machen, ist für mich einseitig und nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin ebenfalls nicht begeistert davon, dass die Versorgungslücke, die durch den Atomkonsens 2002 geschaffen worden ist, durch die Kohlestromerzeugung ausgeglichen werden soll. Diese Versorgungslücke

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Das ist ja doch mehr traurig als lustig!)

bringt unsere CO₂-Bilanz nämlich total in den Keller, und das hat die damalige rot-grüne Bundesregierung zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ja, Sie haben kein Konzept! Sie sagen nur, wir wollen die Atomkraftwerke abschalten, und wir setzen auf regenerative Energien, aber dass sie nicht so schnell am Markt funktionieren und auch nicht so schnell umsetzbar sind, um hundertprozentige Sicherheit bei der Stromerzeugung zu haben, das blenden Sie aus, und das ist unseriös.

(Abg. Frau D r . S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das blenden wir nicht aus! – Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Schallendes Gelächter bei der Koalition!)

Das höre ich ja gar nicht!

Dann haben wir die einzelnen Antragspunkte. Sicherheitsdefizite beseitigen, sonst die Betriebslaubnis entziehen, das ist der erste Punkt. Dazu muss man sagen, es gibt periodische Sicherheitsüberprüfungen, und sie sind nach dem aktuellsten Stand der Wissenschaft auch immer wieder erneuert worden, diese dauern noch mehrere Jahre an, und auf dieser Grundlage wird ein Atomkraftwerk auch untersucht. In Esenshamm hat man auch festgestellt, dass dieses Werk sicher ist. Natürlich ist ein neueres Atomkraftwerk sicherer als ein altes Atomkraftwerk, das ist doch ganz normal. Da wir gerade einmal bei all den Störfällen sind, wenn sich ein kleiner Transformator einmal bei Ihnen im Haus aufbläst, dann

rufen Sie auch nicht gleich die Stadtwerke an, dann gehen Sie doch zum öffentlichen Klempner! Ja, das ist doch so!

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Wenn eine Schraube herunterfällt, ist sie schon meldepflichtig, und Sie tun hier so, als wenn die Welt zusammenbricht, da lache ich ja gleich einmal. Witzig! Wenn das so wäre, müsste die Atomaufsichtsbehörde Niedersachsen eine Meldung an den Bundesumweltminister Gabriel erteilen, und der müsste weitere Schritte einleiten, aber, Herr Dennhardt, er hat noch nichts eingeleitet. Vielleicht fordern Sie auch gleichzeitig den Rücktritt von Herrn Gabriel, weil Sie ja diesen Antrag haben.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Auf die Idee würde ich nicht kommen!)

Das habe ich mir schon gedacht. Eben, weil Sie nie konsequent sind, auch in Ihrer Politik nicht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen] – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker!)

Ja, Frau Schön, dazu sage ich lieber gar nichts! Wir finden es ziemlich frech, dass Sie einem anderen Bundesland vorschreiben wollen, wie es mit seinen öffentlichen Einrichtungen umzugehen haben. Ich meine, wenn Niedersachsen oder andere Bundesländer das hier machen würden, dann würden Sie auch sagen, die haben uns hier gar nichts zu sagen.

(Zurufe)

Fakt ist, die Aufsichtsbehörden in Niedersachsen und im Bund nehmen ihre Funktion hervorragend wahr, und das hat Herr Gabriel auch noch wieder kurzfristig bestätigt. Konsequenter wäre gewesen, wenn Sie in Ihrem Antrag europaweit keine Laufzeitverlängerung, keine Neubauten und keine Laufzeitverkürzung gefordert hätten. Das wäre konsequenter gewesen, weil ich meine, Esenshamm ist zwar ganz nah daran, aber wir wissen alle, dass, wenn andere Atomkraftwerke hochgehen, wir genauso betroffen wären, oder?

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Das ist ein Widerspruch! Merken Sie das nicht?)

Das wäre konsequenter gewesen, aber Konsequenz fehlt bei Ihnen komplett!

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion lehnt Ihren Antrag ab, weil er inhaltlich nicht stimmt und weil er nur mit den Ängsten der Bevölkerung spielt.

(C)

(D)

- (A) Das wird in der Bundestagswahl auf jeden Fall nicht helfen, weil die CDU die besseren Argumente und die besseren Konzepte hat. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit ungefähr 25 Jahren, nachdem ich Verfahrenstechnik studiert habe, programmiere ich Steuerungen von kleinen und großen Anlagen. Das fängt bei ganz kleinen Anlagen an und endet bei Kläranlagen, Wasserwerken und großen Produktionsanlagen für die Produktion von Automobilen und Ähnliches mehr. Ich habe deutlich zwei Sachen gelernt, es gibt keine Form von technischer Überwachung, die auch ernste Störungen verhindert, und ich habe sehr ernste Störungen mit halbtägigen Produktionsausfall einer ganzen Halle aufgrund eines an der falschen Stelle hingelegeten Putzlappens erlebt. Das heißt, es gibt in solchen komplexen Anlagen eigentlich keine kleinen Störungen, weil einfach die Technik, der Zufall und die unglückliche Verkettung von Umständen bedeuten können, das kleinste und kleine Ursachen große und verheerende Wirkungen haben. Es gibt Ketten, da fängt es beim Hufnagel an und endet bei der bewusst verlorenen Schlacht. Das ist keine Anekdote, das ist keine Propaganda! Jeder, der in einer großen technischen Anlage arbeitet, weiß, dass das so ist.

(B)

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß, dass diese Anlagen von Menschen programmiert sind. Das sind hochkomplexe Regelvorgänge, und ich weiß, dass sowohl Software als auch elektronische Bauteile störanfällig sind, und von Menschen geschriebene Software ist auch immer fehlerbehaftet. Es gibt keine hundertprozentig perfekte Software.

(Abg. Hamann [SPD]: Doch!)

Wer macht jetzt Eigenwerbung? Kollege Hamann kann das! Okay, dann ist er aber der Einzige! Ich sage, wenn man einmal die A-320-Airbusgeschichten sieht, bei denen Leute versucht haben zu programmieren und die Menschen dann ausbremsen und so ähnlich, ist es ein sehr hohes Risiko. Das kann man weitestgehend ausblenden, und das ist ein vertretbares Risiko bei vielen technischen Anlagen inklusive Chemieanlagen, wo auch Gift produziert wird. Würden sie explodieren, würden sie möglicherweise eine Kleinstadt in Schutt und Asche legen. So weit

*) Vom Redner nicht überprüft.

kann man meines Erachtens bis an die Grenze der Risikobereitschaft gehen.

(C)

Wenn Atomkraftwerke tatsächlich einmal durchschmelzen oder wenn sie kaputtgehen und wenn es etwas gibt wie in Tschernobyl, dann entstehen Schäden für künftige Generationen. Dann werden ganze Landstriche vollständig verseucht, und man kann nicht den nächsten Tag wieder hinfahren, das ist ein Risiko. Das ist meines Erachtens keinen Euro Profit wert, denn wer das macht, wer immer noch meint, die sogenannte friedliche Nutzung von Atomenergie ist etwas, das man weiter machen kann, begeht ein Verbrechen an den jetzt lebenden Menschen und an zukünftigen Generationen. Das ist übrigens nicht erst seit gestern meine feste Meinung.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen habe ich bei dieser Frage lange Jahre im ernststen Zwist mit Genossinnen und Genossen meiner damaligen Partei gelegen. Die hatten die widersinnige Meinung, dass, wenn man im Sozialismus Atomkraftwerke baut, diese sicher sind. Ich habe lange und völlig ernsthaft mit den gleichen Argumenten dafür gestritten, und irgendwann ist dann auch durchgesickert, dass das vielleicht eine blöde Idee ist. Das heißt, dieser Fortschrittsglaube von vor 10 bis 50 Jahren war ganz schwer auszurotten, und der ist immer noch da, und es gibt offensichtlich kein vernünftiges Argument, das Menschen daran hindert, nach wie vor Atomkraftwerke zu bauen oder sie weiter zu betreiben.

(D)

In diesem konkreten Fall geht es nachgewiesenermaßen um eine alte Anlage. Sie kennen vielleicht die Badewannenkurve von Geräten und Anlagen. Am Anfang ist die Störanfälligkeit groß, weil das Ding dann neu ist. Man muss vieles ausprobieren. Dann hat man eine lange Phase, in der relativ wenig passiert, und dann kommt eine Phase, wo Verschleißerscheinungen, Altersmüdigkeit und so weiter kommen, und dann steigt die Störkurve wieder an, bis es irgendwann – -. Beim Menschen ist es im Übrigen auch ein bisschen so. Aber im Ernst, das ist ja auch nicht ausgedacht! Ich will nur darauf hinweisen, dass es möglicherweise ein noch größeres Verbrechen ist, derart alte, abgeschriebene, teilweise ausgeleierte Atomkraftwerke weiter zu betreiben, weil das Risiko jeden Tag zunimmt.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann gibt es die älteste aller Begründungen, und sie stimmt nicht, und selbst wenn sie stimmen würde, müssten wir es in Kauf nehmen, dass, wenn wir die Dinge abschalten, das Licht ausgeht. Das ist Unsinn! Wir sind technologisch in der Lage, das, was die Atomkraftwerke heute an Strom liefern, mit

(A) anderen zumindest sicheren Energieerzeugungsanlagen sicherzustellen. Wir sind in der Lage, die Atomkraftwerke abzuschalten, wenn man nur die Standby-Geräte ausschaltet, ich glaube, das ist kein Atomkraftwerk, was man dafür braucht, selbst wenn es so wäre, müssten wir uns im Energieverbrauch einschränken und würden wir möglicherweise abends eine Stunde früher das Licht ausschalten müssen, was eine abstruse Vorstellung ist, die nicht wahr ist! Selbst wenn es so wäre, wäre es den Preis wert, diese Dinger abzuschalten.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Atomkraftwerke sind eine viel zu teure, viel zu gefährliche und langfristig untragbare Form der Energieerzeugung, die Schäden anrichtet und sich nicht nach geografischen oder politischen Grenzen richtet, deswegen ist es auch in diesem Fall richtig, sich an Niedersachsen zu wenden und zu fragen, ob Sie das Ding einmal abschalten können. Es ist völlig richtig, und es wäre auch berechtigterweise so, dass sich Niedersachsen an uns wenden könnte, wenn wir hier noch so eine Kiste stehen hätten. Sie wären vollständig berechtigt zu sagen, schaltet die Kiste ab! Deswegen ist dieser Antrag richtig, und deswegen stimme ich dem zu und erteile Vorstellungen, dass man die Dinger weiter betreiben oder bauen kann, eine Absage. – Danke!

(B)

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte schon Herrn Dennhardt sagen, dass ich auch ein bisschen Werbung für regenerative Energien an dieser Stelle machen will, denn dem gehört irgendwann die Zukunft. Das ist etwas, wohin wir wollen,

(Beifall bei der FDP)

bloß müssen wir einmal ganz realistisch sagen, dass Kernkraft eine Energie von gestern ist, die heute genutzt wird und auch morgen noch genutzt werden wird, die wir aber übermorgen überwunden haben müssen. Das muss doch das Ziel sein, und daran müssen wir alle arbeiten. Es kann nicht so getan werden, als ob wir heute schon darauf verzichten könnten und den Stecker ziehen könnten.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Debatte habe ich mich an der einen oder anderen Stelle gefragt, ob das eigentlich mit dem

Umgang vereinbar ist, den wir uns bei der Raumordnung durch den Staatsvertrag auferlegt haben, den wir gestern diskutiert haben, dass wir jetzt solche Dinge hier einmal eben so über Anträge vorgeben und dann sagen, bitte schön, Senat, lauf los und mach das so! Ist das der Umgang, den Niedersachsen und Bremen in Zukunft gemeinsam pflegen wollen? Wenn Rot-Grün das so will, sollen sie das so tun!

(C)

Wir diskutieren darüber hier, und die Stadtverordnetenfraktion wird aufgrund eines Antrages der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven den identischen Antrag noch einmal diskutieren, insofern müssen wir uns durchaus noch einmal die Frage auf der Zunge zergehen lassen, ob die Diskussion, die wir hier führen, gänzlich unabhängig vom 27. September geführt wird. Ich sage nein, und die Bürger wissen das, denn natürlich entscheiden die Bürger am 27. September auch darüber, wie es denn in dieser Frage weitergeht. Die Frage ist doch ganz klar in den Programmen der Parteien dargelegt. Da gibt es eine Frage, die zu stellen ist, nämlich die Frage, wie wir es denn mit den Restlaufzeiten halten. Wie halten wir es denn mit dem Weiterbetrieb von Anlagen?

(Abg. P o h l m a n n [SPD]: Sie wollen ja neue bauen, Herr Dr. Buhlert, neue!)

Das habe ich nicht gesagt, dafür habe ich mich auch nicht ausgesprochen, und ich wüsste nicht, dass im Programm der FDP der Neubau von Kernkraftwerken steht, dann habe ich das irgendwie falsch beschlossen, und das hätte ich, glaube ich, gemerkt.

(D)

(Heiterkeit)

Wenn Sie das Programm der FDP gelesen haben, dann zeigen Sie mir bitte die Stelle!

Wenn die vorhandenen Kernkraftwerke unsicher wären und die Sicherheit nicht gewährleistet wäre, müssten die atomaufsichtsführenden Länder diese unverzüglich abstellen. Das sind außerdem die Gründe, die schon bei kleineren Unfällen dazu führen, dass der Betrieb stillgelegt wird. Selbst wenn außerhalb des gefährlichen Bereichs ein Transformator brennt, wird solch eine Anlage erst einmal stillgelegt, bis das alles wiederum geklärt ist. In der Tat, Herr Rupp hat ja recht, man kann so etwas nicht endgültig und alles voraussehend planen und im Griff haben, man muss dann aber fragen, in welchen Betriebszustand eine Anlage in solch einem Fall geht, und die Anlagen, die sie programmieren, führen dann ja auch nicht gleich zu einer Explosion oder so etwas, sondern sie stehen dann erst einmal still, und der Stillstand und keine Energie zu produzieren, ist auch für solch ein Kernkraftwerk erst einmal ein sicherer Zustand. Insofern darf man da auch nicht mit den Ängsten

(A) der Menschen in dem Maße spielen, wie Sie das hier getan haben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Liebe Frau Dr. Schaefer, jetzt kommen wieder die ganzen Namen von Atomkraftwerken, die einmal Probleme hatten. Richtig, und ich müsste dann auch einmal bei Krümmel fragen, ob die Menschen, die dieses Kraftwerk betreiben, in der Lage sind, eines zu betreiben. Die Frage würde ich mir bei Krümmel auch stellen, aber die Frage müssen wir hier doch konkret an ihrem Antrag beantworten, und die haben Sie für diesen Antrag und dieses Kernkraftwerk nicht beantwortet, denn die vier Brände, auf die Sie hinweisen, zitieren Sie ja aus dieser Drucksache des Niedersächsischen Landtages, die sich auch jeder Bürger, der sich darüber informieren will, gern besorgen kann. Da ist die Frage dann doch beantwortet. Es gab vier Brände, nur einen davon im inneren Bereich, und das war ein Brand einer Kabeltrommel. Da muss man dann auch einmal fragen, wie schwerwiegend solch ein Vorfall ist und wie der zu gewichten ist, um dann insgesamt dieses Risiko für sich zu bewerten, denn die anderen Antworten, die Sie geben, sind eben erst Antworten für übermorgen.

(B) (Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Regenerative Energien reichen in der Menge nicht aus, wenn wir nicht Atomstrom aus dem Ausland importieren wollen. Die Versorgungslücke halte ich nicht für ein Hirngespinnst, sondern die halte ich in der Tat für gegeben. Wir können heute noch nicht die Energiebedarfe so abdecken, wie ich es gern hätte.

(Unruhe – Abg. Frau Busch [SPD]: Da geht schon das Licht aus!)

Das ist kein Zeichen, sondern es liegt daran, dass hier die Energie vielleicht anders erzeugt wird.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Zeichen, ein Wunder!)

Dann sprechen Sie dieses Gutachten an, dass erstellt worden ist. Dieses Gutachten erfüllt nicht die Anforderungen, die an Gutachten für kerntechnische Anlagen vom TÜV oder von anderen gestellt werden, sondern zählt Risikofaktoren auf, zum Beispiel die Hochwassersituation. Darauf ist von der niedersächsischen Landesregierung ausführlich geantwortet worden. Ich konnte nachlesen, dass diese Hochwassergefährdung in der Tat in der Art nicht besteht, weil der Deich dort höher ist, häufiger kontrolliert wird und das Kernkraftwerk auf einer Warft angelegt ist,

(C) sodass die Ereignisse, die zu solchen Gefährdungen führen könnten und daher ein sofortiges Ausschalten erfordern würde, erst eintreten, wenn wir einen Meeresspiegelanstieg hätten, den wir hoffentlich dadurch verhindern werden, dass wir CO₂ in entsprechenden Mengen einsparen, damit diese Gefahren gar nicht erst auftreten. Insofern bleibt es dann bei der Frage, die Sicherheitskonzepte zu vergleichen und auch einmal zu überlegen, um welche Qualität von Anlagen es sich hier handelt.

DIE LINKE macht uns glauben, dass darin immer noch all die alten Anlagenteile seien. Nein, die müssen regelmäßig ausgetauscht und kontrolliert werden, damit sie auf dem jeweils neuesten Stand sind, sonst kann solch eine Anlage nicht weiter betrieben werden, sie müsste zu Recht abgeschaltet werden. Das Gleiche gilt zum Beispiel auch für die von Ihnen angesprochenen PVC-Kabel, die zum Gutteil ausgetauscht sind oder noch ausgetauscht werden müssen, aber das alles sind Dinge, die bekannt sind und in den entsprechenden Konzepten und Wartungsplänen festgelegt sind. Insofern muss man sich dann doch wirklich überlegen, ob das eine Sache ist, die verantwortet werden kann, oder eben nicht. Da sagen wir, es kann verantwortet werden, es muss aber überwunden werden; das ist das Ziel unserer FDP-Politik.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hören sich an wie der Pressesprecher eines Atomkraftwerks oder eines Energieunternehmens! – Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

(D)

Herr Dr. Kuhn, auf diesen Zwischenruf habe ich ja gewartet, aber ich sage Ihnen eines: Hätte ich diese inhaltliche Überzeugung gehabt, wäre ich in meinem beruflichen Leben gar nicht dorthin gegangen.

Kommen wir einmal zu dem letzten Punkt, der in Ihrem Antrag angesprochen wird, nämlich die Frage der Endlagerung! Das ist ein Punkt, über den ich mich, ehrlich gesagt, nach wie vor ärgere, dass er in der Bundesrepublik Deutschland nicht gelöst ist.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist er denn sonst gelöst? Es gibt keine Endlagerlösung!)

Nein, er müsste auch woanders gelöst sein, aber es muss doch einfach für den vorhandenen Atom- müll, den wir weltweit haben, eine Lösung gefunden werden, unabhängig davon, ob wir heute, morgen oder erst übermorgen abschalten.

(Beifall bei der FDP)

Daran kommen wir doch gar nicht vorbei, und deswegen bleibe ich dabei: Es ist ein Punkt, der mich ärgert, dass die Entsorgungsfrage nicht ge-

(A) löst ist, denn es ist eine Frage, die wir im Interesse zukünftiger Generationen unabhängig davon, wie wir zu Kernkraft stehen, lösen müssen. Ich ärgere mich da insbesondere über den Parteienstreit, der in Berlin herrscht, anstatt nach einem Endlager zu suchen oder eines, das man einmal ausgeschaut hat zu Ende zu erkunden. Die neuesten Sachen kann ich dazu noch gar nicht beurteilen, ich habe das auch von Herrn Gabriel in den Medien wahrgenommen, aber wie gesagt, ich habe mich da noch nicht einarbeiten können, dass ich das beurteilen könnte, wirklich zu entscheiden, ob es der Weg ist, wir erkunden eines zu Ende, ob es geeignet ist, und suchen sonst ein neues, oder wir suchen nach alternativen Endlagerstandorten, mit anderem Wirtsgestein. Das muss man entscheiden. Zugleich ist eines doch klar: Wir kommen doch gar nicht umhin, irgendwie Endlager zu finden, denn der Atommüll ist und bleibt vorhanden, und er strahlt verdammt lange, sodass dafür eine Lösung her muss. Dass die Lösung nicht so aussehen kann wie Asse oder Morsleben, das wissen wir, glaube ich, alle. Das muss anders geregelt werden.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut zu wissen!)

Das ist außerdem unabhängig von der Frage zu beantworten, was man mit dem strahlenden Abfall dort jetzt macht. Das ist Atommüll, der leider schon in den Brunnen gefallen ist, so muss man das ja in der Tat sagen.

(B)

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Aber Sie wollen ja noch mehr Atommüll produzieren!)

Die Frage ist doch, ob wir heute sonst nicht mehr CO₂ produzieren müssen, was dann auch Klimafolgen hat und eben auch schwierig ist. Da müssen wir doch den Weg gehen, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass wir Kernenergie nicht mehr brauchen, aber wir können meiner Meinung nach, und dabei bleibe ich, heute leider noch nicht darauf verzichten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Imhoff, ich muss einmal sagen, das war eine Superwahlkampfreden von Ihnen, und zwar für uns Grüne!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sagen, wir spielen mit den Ängsten der Menschen. Nein, das tun wir nicht, wir nehmen die Ängste der

Menschen ernst! Das ist ein Thema, das viele Leute bewegt, und ich habe das Gefühl, Sie ignorieren eher die Ängste der Menschen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte in der Tat nicht vor, hier eine Wahlkampfreden zu halten,

(Widerspruch bei der CDU)

deswegen habe ich solche Aspekte wie die Endlagerproblematik ausgelassen, aber zur Dringlichkeit sage ich Ihnen eines: Es gibt diese aktuelle Mängelliste, und es gibt dieses Gutachten; wann sollen wir hier überhaupt debattieren? Nur weil Wahlkampf ist, schieben wir Dringlichkeitsachen auf, bei denen wir wissen, dass es einen akuten Handlungsbedarf gibt, weil Ihnen das gerade jetzt im Moment nicht passt? Das finde ich auch falsch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf ein paar meiner Vorredner möchte ich dann dennoch eingehen. Einmal wurde gesagt, na ja, da hat nur eine Kabeltrommel gebrannt. Woanders ist es nur eine Schraube oder ein Ventil, das nicht richtig funktioniert hat, aber die Probleme, die daraus entstehen können, sind gravierend, und die finden nicht nur auf lokaler Ebene statt, sondern davon sind am Ende auch viele Menschen betroffen. Insofern halte ich das auch ein bisschen für ein Herunterspielen des wirklichen Risikos, wenn man sagt, na ja, da hat nur eine Kabeltrommel gebrannt. Es gibt diese Vielzahl von 324 meldepflichtigen Ereignissen, und deswegen sind sie ja auch meldepflichtig.

(D)

Es wird immer von Ihnen gesagt, Herr Dr. Buhlert, dass es morgen irgendwie zu früh ist und wir den Atomausstieg übermorgen brauchen. Ich sage Ihnen, übermorgen ist mir definitiv zu spät!

(Abg. Frau W i n t h e r [CDU]: Und was machen wir inzwischen?)

Sie stellen sich hierhin und sagen, dass es aber irgendwie noch gar keine Endlagerlösung gibt. Ich hätte die Endlagerlösung aber gern gestern gehabt, bevor ich sage, dass ich übermorgen so ein Ding abschalte. Wenn Sie sich die Halbwertszeit von Plutonium anschauen, das sind 24 000 Jahre, dann sagen Sie mir, wann und wo auf dieser Welt ein Endlager gefunden werden soll, wo man eine Sicherheit für diesen radioaktiven Müll für 24 000 Jahre garantieren kann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, diesen Ort gibt es nicht, und deswegen ist diese Technologie veraltet und überflüssig, wir brauchen sie nicht.

(A) Dann komme ich noch einmal auf das Argument der Stromlücke, Herr Imhoff. Sie haben gesagt, dass wir eine Versorgungslücke haben. Ich möchte mit Genehmigung der Präsidentin einmal die Bundesumweltstiftung zitieren, aber auch Herrn Troge, ehemaliger Präsident des Umweltbundesamtes, gerade frisch pensioniert und im Übrigen ein CDU-Mitglied, der gesagt hat: „Der bis zum Jahr 2020 vorgesehene Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie gefährdet nicht die Versorgung Deutschlands mit Strom, eine Stromlücke ist nicht zu erwarten“, so Herr Troge vom Umweltbundesamt. Warum ist sie nicht zu erwarten? Weil wir jetzt einen Überschuss haben. Wir exportieren im Moment viel zu viel Strom.

Ich möchte dann auch noch einmal sagen, weil die Frage der Abschaltung aufkam, wenn Sie sich anschauen, wie viele von diesen 17 Atomkraftwerken überhaupt permanent laufen, dann ist es einmal knapp die Hälfte, weil die meisten nämlich entweder in Wartung oder aufgrund von Störfällen nicht am Netz sind. Das zeigt, wenn wir jetzt schon irgendwie ohne die Atomkraftwerke auskommen, dass wir das bis zum Jahr 2020 locker können.

Wie können wir das überbrücken? Auch dafür gibt es Studien, und wenn Sie sagen, dass wir da Kohlekraft brauchen, sage ich Ihnen, nein, die brauchen wir nicht, denn, und das sagen Ihnen auch Energieexperten, einen viel höheren Wirkungsgrad und eine sehr viel bessere CO₂-Bilanz haben Gaskraftwerke.

(B) Was wir hier vielleicht auch einmal zu Atomkraftwerken sagen müssen, wenn wir hier von Energieproduktion sprechen, ist, dass sie nicht nur Strom produzieren, sondern sie erzeugen auch einen Haufen Abwärme. Da wird aber nichts an Wärme genutzt, aber was wir hier in Europa, in Mittel- und Nordeuropa, brauchen, weil wir im Winter nämlich frieren, ist nicht nur Strom für die Leuchte an der Decke, sondern auch Wärmeenergie. Deswegen können wir zwanglos auf Atomkraft verzichten, wenn wir in Zukunft mehr erneuerbare Energiequellen nehmen und mit Gas überbrücken.

Zu sagen, dass Atomkraft CO₂-neutral oder CO₂-arm ist, stimmt schon einmal nicht. Auch Uran muss abgebaut, transportiert und angereichert werden, je nachdem, woher das Uran kommt, ob es aus Südamerika kommt, aus Kanada, aus Südafrika, hat es eine Bilanz, wenn man das in Gramm pro Kilowattstunde umrechnet, von ungefähr 126 Gramm, ein Erdgasblockheizkraftwerk aber nur von 49 Gramm, Windparks und Offshore von 23 Gramm und ein Windparkland von 24 Gramm. Sich also hinzustellen und zu sagen, Atomkraft ist jetzt eine klimafreundliche, CO₂-neutrale Energieform, die total sicher ist, kann ich hier wirklich nicht bezeugen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Als Letztes, Herr Dr. Buhlert, weil Sie oder auch Herr Imhoff gesagt haben, wenn es Mängel gibt, wird man diese dann schon dem Bundesumweltministerium gemeldet haben, und von dort muss etwas getan werden: Wenn Sie sich das Gutachten durchgelesen haben, dann sehen Sie, dass viele Sachen, die das niedersächsische Umweltministerium hier als unproblematisch ansieht, durchaus vom Bundesministerium für Umwelt anders bewertet werden. Ich möchte auch noch einmal aus dem Gutachten mit Genehmigung der Präsidentin zitieren: „Die NMU-Bewertungen zum Sicherheitsbehälter widersprechen einer OECD-Empfehlung.“ Es ist also nicht alles super, wie Sie es hier darstellen, und ich finde, das sind gravierende Mängel, und deswegen fanden wir es richtig, uns heute hier hinzustellen und zu sagen, dass wir diese Mängel abgeschaltet haben wollen. Wir können uns nicht vorstellen, dass dieses alte Atomkraftwerk in Esenshamm überhaupt eine Laufzeitverlängerung über diese bestehende Laufzeit bis 2012 bekommen soll. Generell sage ich Ihnen noch einmal, dass wir in Deutschland auf Atomkraft einfach verzichten können. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Drei kurze Anmerkungen: Herr Dr. Buhlert, es stimmt, dass es Anlagen gibt, die sich abschalten, wenn sie eine Störung haben, und niemand mehr etwas tun muss. Die Atomkraftwerke gehören nicht dazu. Ein Atomkraftwerk muss funktionieren, damit man es abschalten kann.

(D)

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Es muss Strom haben, um es abschalten zu können!)

Es muss Strom haben, um es abschalten zu können, und alles, was dort ist, muss funktionieren. Wenn das ab einem bestimmten Punkt nicht funktioniert, dann entsteht so etwas wie in Tschernobyl. Ein Auto bleibt stehen, und wenn man Glück hat, überfährt einen dann keiner. Eine Küchenmaschine bleibt stehen, wenn der Strom weg ist. Es gibt auch Produktionsanlagen, die stehen bleiben, wenn man den Stecker herauszieht, und es entsteht kein Schaden. Dazu gehören Atomkraftwerke nicht, das macht sie ja zusätzlich gefährlich und macht das Risiko, diese zu betreiben, doch nur noch größer. Nur um klarzustellen, dass man nicht die Illusion hat, wenn da irgendetwas passiert, dann fahren wir die Kiste herunter, und damit ist es erledigt! Es funktioniert oft eben auch nicht, und wenn es nicht funktioniert, hat es bittere Folgen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es gibt einen weiteren Aspekt. Es gibt ein Land im Nahen Osten, ich glaube, Iran heißt es, das sehr großen Ärger hat. Warum hat es so viel Ärger? Weil es vorgibt, Atomkraft friedlich nutzen zu wollen. Warum hat es möglicherweise berechtigt Ärger? Weil die friedliche Nutzung von Atomkraftwerken, die sogenannte friedliche Nutzung, eben auch über Umwege, wie zum Beispiel über die Anlagen zur Uranaufbereitung und so weiter, auch Potenzial bietet, Waffen herzustellen.

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Was hat das noch mit Esenshamm zu tun?)

Das hat etwas damit zu tun, dass man auf eine Technologie setzt und behauptet, sie sei friedlich, und es hat eindeutig eine militärische Komponente, auch in der Bundesrepublik, zumindest am Anfang.

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Völliger Unsinn!)

Es hat mit Unsinn überhaupt nichts zu tun! Das Forschungsprogramm in der Bundesrepublik für die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie oder der Atomenergie ist unter anderem entwickelt worden, um gegebenenfalls auch in der Bundesrepublik Atomwaffen herzustellen, und das ist eben nicht nur eine friedliche Nutzung. Das, was dabei herauskommt, die Form von Abfall, kann auch zu irgendeinem terroristischen Zweck oder für Ähnliches missbraucht werden, daher ist auch die Frage der friedlichen Nutzung oder das Adjektiv friedlich bei Atomenergie nur sehr begrenzt tauglich.

(B) Eine letzte Bemerkung! Ich wundere mich ein bisschen, dass bei solch einem Thema behauptet wird, wenn man sich hier dazu äußern würde, würde man Wahlkampfreden halten. Würde man etwas anderes erzählen, wenn kein Wahlkampf wäre? Ist es nicht berechtigtes Interesse von denjenigen, die möglicherweise jetzt auch zuhören, zu sagen, es gibt ein Problem in Esenshamm, und zu fragen, wie wir dieses Problem lösen können? Dieses Problem können wir hier in Bremen letztendlich nicht lösen, wir können nur appellieren. Wir können aber zur Transparenz und zur Aufklärung beitragen, wie die einzelnen Parteien in diesem Haus zu dieser Frage stehen, und deswegen finde ich es, wenn es Wahlkampfreden sind, vollständig legitim, im Vorfeld der Bundestagswahl hier solche politischen Themen zu diskutieren, sodass die Menschen, die uns zuhören, wissen, wen sie wählen können und wen nicht. Wenn sie Atomkraftwerke wollen, müssen sie diesen Teil des Landtags wählen, wenn sie das nicht wollen, müssen sie eine von diesen drei Parteien wählen. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert. (C)

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rupp, Ihr Beitrag über die nicht friedliche Nutzung der Atomenergie ist genauso abstrus in der Begründung, als wenn ich die Kernkraftwerke dadurch rechtfertigen würde, dass sie am Ende Material für die Krebstherapie erbrüten, ergeben oder erzeugen, das wäre doch abstrus.

(Beifall bei der FDP)

So können wir hier doch nicht argumentieren!

Dass es so viele meldepflichtige Ereignisse gibt, finde ich zwar auch nicht gut, aber es zeigt doch eines, sie werden gemeldet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe)

Man hat eine Sicherheitskultur, die Fehler offen bekennt, damit sie behoben werden können.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Haben Sie das für dieses Kernkraftwerk belegt? (D)

(Abg. Frau Busch [SPD]: Nicht für dieses, aber für andere! – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: 2020!)

Wir reden aber jetzt gerade über dieses Kernkraftwerk. Darauf bezieht sich Ihr Antrag, und nicht auf allgemeine Dinge!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Sie reden ja auch allgemein!)

Wenn Sie die allgemeine Aussage treffen, dass wir ja – Herrn Troge zitierend – die Atomkraftwerke schon heute abschalten könnten, dann sagen Sie damit implizit, dass wir dann andere konventionelle Kraftwerke gebaut haben müssen. Gas ist auch nicht unendlich vorhanden und kommt beispielsweise aus ganz anderen Staaten als Kohle, wo wir sicherere Lieferanten haben, wenn man das einmal geostrategisch betrachtet.

Sie sagen dann am Ende auch, dass wir Kernenergie aus anderen europäischen Staaten beziehen. Wenn ich richtig informiert bin, ich kann mich da täuschen, werden in der Schweiz drei, in Finnland eines, in Frankreich eines und in der Slowakei momentan zwei Kernkraftwerke gebaut. Wenn wir dazu beitragen wollen, dass Kernkraft keine Energie für übermorgen

(A) ist, müssen wir die anderen Energien forcieren und dann dafür werben, dass man solche Kernkraftwerke nicht mehr bauen und weiterentwickeln muss und abschalten kann.

(Abg. **D e n n h a r d t** [SPD]: Etwa zugunsten von Atomkraft?)

Was meinen Sie damit?

(Abg. **D e n n h a r d t** [SPD]: Ein bisschen muss man etwas von Wirtschaft verstehen. Wenn Sie Anlagen, die abgeschrieben sind, die Möglichkeit verschaffen, dass sie länger betrieben werden können, dann verlängern Sie die Gelddruckmaschinen, und damit verschlechtern Sie die Marktbedingungen für andere Energieträger!)

Also, so mag es sein, und so ist es.

(Heiterkeit – Abg. **D e n n h a r d t** [SPD]: So ist es!)

So ist es aber auch mit anderen abbeschriebenen Anlagen, und wir Liberale unterstützen beispielsweise das EEG, um die Marktbedingungen für regenerative Energien zu verbessern, insofern drehen wir also die Schraube in die andere Richtung. Das tun wir auch, damit es in Richtung regenerative Energien geht, auch das sollten Sie wahrgenommen haben.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Ansonsten möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass, wenn die Beurteilung des Bundesministeriums eine andere ist als die eines Landesministeriums, es dieses schöne Instrument der atomrechtlichen Weisung gibt. Wenn dort eine Diskrepanz vorhanden ist, könnte Herr Gabriel, der, glaube ich, der SPD angehört, dort eine atomrechtliche Weisung aussprechen, und dann könnte das entsprechend behandelt werden. Auch dieses Instrument gibt es, und wenn Herr Gabriel das nicht nutzt, wird er die Gründe dafür wissen. Ich muss das nicht beantworten, denn ich weiß es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind noch einmal auf die Frage eingegangen, wie es denn mit der Terrorgefahr aussieht. Diese Terrorgefahr gibt es in der Tat, das ist ein Punkt, den man diskutieren kann und auch sollte. Es gibt unterschiedliche Gefährdungsgrade bei unterschiedlichen Bautypen, auch das ist bekannt, insofern erzähle ich hier auch nichts Neues.

(Abg. **D r. S i e l i n g** [SPD]: Das ist auch nichts Neues!)

Sie haben auch nichts Neues erzählt, es ist aber eine Frage, wie man dieses Risiko einschätzt und ob man dieses Risiko seit dem 11. September 2001 nicht auch anders im Griff hat. Danach sind etliche andere Maßnahmen ergriffen worden, die die Frage aufwerfen, ob sich so etwas in der Art noch einmal wiederholt, und es ist auch für dieses Kraftwerk eine analoge Anlage beantragt worden, die für Grohnde – damals übrigens kurz vor der Bundestagswahl 2005 vom Umweltminister Trittin – genehmigt worden ist, wobei ich mich auch gewundert habe, dass diese Genehmigung so kurz vor der Wahl kam, aber da war sie dann vielleicht auch nicht mehr aufzuhalten. Insofern ist das eine Geschichte, die man dann für sich bewerten muss. Ich frage mich, warum solche Maßnahmen an dieser Stelle nicht schon früher realisiert werden konnten, wie übrigens auch an weiteren Kernkraftstandorten.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Insgesamt noch einmal, damit es auch klar bleibt: Kernenergie ist eine Technik von gestern, die wir heute und morgen leider noch nutzen müssen; übermorgen sollten wir sie überwunden haben. – Danke!

(Beifall bei der FDP – Abg. **D r. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Einverstanden, also Samstag!)

(D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dr. Schaefer, Sie haben eben noch einmal die Gasstromversorgung oder vielmehr die Gasverstromung angesprochen, dass diese nun praktisch die Lücken bei der Stromversorgung schließen soll. Dazu möchte ich hier einmal mit Erlaubnis der Präsidentin etwas zitieren: „Dass die Grünen den Ausstieg aus Atomenergie und aus der Kohleenergie fordern und dass als einzige Regelenergie die Gasverstromung zur Verfügung steht, ist nicht möglich, da sie zu teuer ist.“ Wer hat das wohl gesagt? Das war Bundesumweltminister Gabriel im März dieses Jahres.

(Abg. **D e n n h a r d t** [SPD]: Das können Sie aber nicht den Grünen vorwerfen!)

Deswegen muss man da schon ein bisschen genauer schauen!

(Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Welche Partei?)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich glaube, das war die SPD!

(Heiterkeit)

Nein, jetzt einmal wieder ganz ernst, ich will außerdem noch einmal auf die Sicherheitsmängel eingehen, die Sie, Frau Dr. Schaefer, angesprochen haben. Sie haben hier die Greenpeace-Aktivisten genannt, dass sie auf die Kuppel geklettert seien, herumgeschmiert und dadurch deutlich gezeigt hätten, dass das nun nicht sicher ist. Dazu muss man sagen, Sie kennen ja das Prinzip, Sie sind ja wahrscheinlich erfahrene Demonstrantin und kennen das Prinzip der Deeskalation, wenn Sie einmal mit den Leuten, mit den Betreibern gesprochen hätten, dann hätten Sie auch von denen ganz klar sofort die Antwort bekommen, und so war es ja auch, sie haben gleich erkannt, dass das Aktivisten waren.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich, die waren doch nicht als Terroristen getarnt, sie liefen doch nicht mit Feldspritzen oder Ähnlichem herum. Nein, und deswegen wurden nur die Leute abgeführt, die dort unten noch zu greifen waren, der Rest wurde in Ruhe geregelt. Insofern ist das kein Argument, das Sie einbringen können. Ich denke, wir können heute mit gutem Grund den Antrag hier ablehnen, und der Wähler kann heute auch entscheiden, was er lieber haben möchte, vernünftige Stromversorgung oder sich Angst machen lassen wie früher von Ihnen. – Danke!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Imhoff, in einer Sache gebe ich Ihnen recht. Ja, ich bin demonstrationserprobt. Ich war in Gorleben, und darauf bin ich auch stolz, und dort sind auch sehr viele von Ihren Berufskollegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Das ist, als wäre man auf einer Landwirtschaftsmesse, wo man an 400 Traktoren vorbeigeht. Den Leuten vor Ort, wenn wir nämlich über Endlagerproblematiken reden, ist das nicht egal, und im Wendland sind sehr viele dagegen.

Zu diesen Terrorargumenten von Greenpeace möchte ich eigentlich wenig sagen. Ich habe mich nur gefragt, schlau wäre es als Terrorist, sich gleich als Greenpeace-Aktivist zu verkleiden. Nach Ihrer Theorie dürfte man dann ja sowieso hineinkommen. Allein da habe ich Sicherheitsbedenken, aber egal!

Ich habe mich noch einmal gemeldet, Herr Dr. Buhkert, weil ich die Frage nach den Sicherheitsmängeln, die Sie auch noch einmal angesprochen haben, schon noch einmal kommentieren wollte, weil Sie gesagt haben, man kann ja nachrüsten. Nicht alles in der Technologie bei diesen alten Atomkraftwerken, wir sprechen ja immer über Esenshamm, und das ist eines der alten Atomkraftwerke, kann man nachrüsten. Das ist auch so belegt worden. Wenn es um diese Terrorgefahr geht, Sie hatten das mit dem Flugzeugabsturz nach dem 11. September erwähnt, dann ist es nun einmal gerade so, dass die Kuppeln dünner sind als bei den modernen Atomkraftwerken.

(C)

Es wird schon unterschieden, ob da ein Airbus A 320 hineinknallen darf oder nur eine Cessna. Auch das wurde in einem Gutachten aufgezeigt. Klar hat man die Feuerwehr aufgestockt, oder es gibt Vernebelungsanlagen, doch all das reicht nicht aus, und das ist der Grund, warum wir speziell auch für Esenshamm fordern: Das ist nicht mehr zeitgemäß, das ist von gestern. Das haben Sie selbst auch gesagt, und mir wäre es lieber gewesen, wenn es gestern schon abgeschaltet worden wäre.

Es wird auch übermorgen nicht die Endlagerproblematik gelöst werden, aber aufgrund des Alters des Atomkraftwerkes finde ich es nicht verantwortlich, die Laufzeit zu verlängern. Wenn die Sicherheitsmängel nicht schnellstens behoben werden, dann, finde ich, kann es auch jetzt schon vom Netz. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Wenn ich die Sache richtig sehe, ist das die letzte Bürgerschaftssitzung vor der Bundestagswahl.

(Abg. **W o l t e m a t h** [FDP]: Nein, wir machen noch eine Sondersitzung!)

Okay, dann habe ich eine Fehlinformation.

(Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Nein, ist richtig!)

Nein, es ist richtig! Es ist die letzte Bürgerschaftssitzung. Deswegen finde ich es wirklich sehr, sehr gut, muss ich sagen, dass diese Debatte heute hier stattfindet, denn wenn es hier relevante Kräfte in diesem Hohen Hause gibt, die sich am 27. September mit der dezidierten Erklärung zur Wahl stellen, sie wollen den Atomkonsens kündigen, was für das Kernkraftwerk Esenshamm zur Folge hätte, dass es nicht 2011 oder 2012 abgeschaltet wird, sondern

- (A) irgendwann zehn Jahre später, dann muss ich sagen, gehört das Thema fürwahr hierher.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Außerdem muss ich sagen – Herr Imhoff, Sie sprachen eben davon, ich hätte bei der Rede von Herrn Dennhardt den Kopf geschüttelt, da müssen Sie sich versehen haben –, dass ich das ziemlich genauso sehe, wie er das hier beschrieben hat, und zwar zunächst einmal ganz allgemein: Es gibt das Problem der Unfallrisiken, und das läuft hier nicht entlang von Osten nach Westen, Harrisburg lag in den Vereinigten Staaten, Tschernobyl in der Sowjetunion, und Forsmark liegt in Schweden. Insofern ist diese Scheidelinie zwischen Gut und Böse nicht so eindeutig, wie Sie tun. Die ganze Thematik der Endlagerung ist doch ein Drama erster Ordnung, was wir im Moment in Asse erleben. Diese ganze Herumlügerei, die wir um Gorleben herum erlebt haben, ist auch ein politischer Skandal! Das so en passant als randstelliges Thema abzutun, halte ich für einen schweren Fehler, muss ich sagen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Auch über Missbrauchsgefahren, die Gefahr der Proliferation, die terroristischen Gefahren, ist gesprochen worden, das will ich aber hier eigentlich nicht vertiefen. Herr Rupp hat eben davon gesprochen, dass er gelernt hätte, dass es in seinem früheren Diskurs einmal die Scheidelinie gegeben hätte zwischen guten sozialistischen Atomkraftwerken und schlechten kapitalistischen Atomkraftwerken. Sie haben dann gesagt, Sie hätten dazugelernt, das glaube ich Ihnen auch. Wir haben oft schon darüber geredet. Wenn ich aber bei der CDU höre, niemand hat die Absicht, ein neues Atomkraftwerk zu bauen, dann muss ich sagen, ich glaube Ihnen das nicht. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Bei vielen ist es doch schon so, das muss ich sagen, dass sie erst einmal über Laufzeitverlängerungen reden, und dann ist hinter der Ecke, der eine oder andere hat es ja auch schon gesagt, der damalige Bundestagskollege Missfelder, dann kommt auch die Neubaudebatte. Insofern glaube ich schon, dass Sie hier ein veritables Glaubwürdigkeitsproblem haben.

Herr Dennhardt hat auch vollkommen recht, jenseits dieser ganzen Fragen wie Unfallgefahren, Endlager, terroristische Missbrauchsgefahren und so weiter, die Atomenergie ist auch eine Energieform, die überhaupt nicht mehr zu einem Energiesystem passt,

das sehr flexibel ist. Gerade bei uns hier oben an der Küste brauchen wir das gar nicht. Man könnte es vielleicht so zuspitzen: Wer heute einer Verlängerung der alten, abgeschriebenen Atomkraftwerke das Wort redet, der wirft den erneuerbaren Energien einen Knüppel zwischen die Beine, und genau diese Energien wollen wir hier fördern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sehe ich ganz genauso, wir wollen hier im Nordwesten und im Norden nicht für Krümmel, Städe, Esenshamm und Brunsbüttel stehen, sondern wir wollen dafür stehen, dass wir das Kompetenzzentrum in Sachen Energieintelligenz, Energieeinsparung und vor allem erneuerbare Energien sind. Das ist unser Profil, und diese alte überkommene Energieform zu protegieren, das halte ich für einen riesigen Fehler.

Übrigens, Herr Imhoff, sprachen Sie davon. Wir haben gestern hier über den Vertrag mit Niedersachsen gesprochen, dass wir gut zusammenarbeiten wollen, und das ist auch so. Das sage ich gerade auch als Kommunalverbundvorsitzender oder als Vorstandsmitglied der Metropolregion. Mir liegt sehr viel daran, gut zusammenzuarbeiten. Wenn es aber um die Sicherheit eines Atomkraftwerkes geht, das gerade einmal 20 bis 30 Kilometer von Bremerhaven und 40 bis 50 Kilometer von Bremen entfernt ist, ich meine, dann ist es doch das Selbstverständlichste der Welt, dass man darüber redet und auch im guten Einvernehmen mit den Nachbarn darüber redet. Das ist nun wahrlich kein Akt der Unfreundlichkeit gegenüber einem Nachbarn, sondern eine Selbstverständlichkeit. Insofern freuen wir uns auch über diesen Antrag und nehmen ihn dankend entgegen.

Jetzt noch einmal ganz konkret zum Thema Esenshamm! Bei Esenshamm ist es ja so, Sie wissen, dass es im Atomgesetz die sogenannte Übertragungsregelung gibt. Es sind nicht quasi die Endpunkte der Nutzung festgeschrieben, sondern es sind bestimmte Strommengen zugeteilt worden, die sie nutzen können. Wenn Esenshamm so wie in der Vergangenheit fortgeschrieben worden wäre, dann wäre im Jahr 2011 das Atomkraftwerk Esenshamm abgeschaltet worden, das hat nämlich beim Stand von heute noch ungefähr 120 Terrawattstunden zur Verfügung, also ungefähr 120 Milliarden Kilowattstunden. Wenn die Verbräuche und Produktionsmengen der Vergangenheit so fortgeschrieben würden, wäre das im Jahr 2011 aufgebraucht gewesen. Aber aufgrund der geringeren Auslastung in der Vergangenheit wird jetzt unterstellt, dass es noch bis zum Jahr 2012 laufen kann. Die Forderung hier in diesem Antrag, das Atomkraftwerk Esenshamm nicht über das Jahr 2012 hinaus fortzuschreiben, unterstützen wir ausdrücklich, muss ich sagen.

(C)

(D)

(A) Vielleicht noch abschließend, dieser Mechanismus! Es war damals, als der Atomkonsens verabschiedet und entsprechend das Atomgesetz novelliert wurde, keineswegs so, dass alle gesagt haben, ein tolles Gesetz! Es gab aus der Anti-AKW-Bewegung durchaus eine Menge Leute, die gesagt haben, das ist nicht so. Jetzt verteidigen es alle. Das ist gut so, aber dieser Gedanke der Übertragbarkeit von Reststrommengen muss, wenn er überhaupt zur Anwendung kommt, natürlich so funktionieren, dass man die Reststrommengen der alten, unsicheren Anlagen, die gegen Flugzeugabstürze und so weiter nicht geschützt sind, auf neuere Anlagen überträgt und nicht genau umgekehrt, dass man sozusagen von neueren Atomkraftwerken Reststrommengen gibt und sie auf ältere Kraftwerke überträgt. Das wäre ein hohes Sicherheitsrisiko, das absolut nicht zu verantworten wäre. Es ist natürlich so, Teile der Energiewirtschaft spekulieren darauf, dass eine schwarz-gelbe Bundesregierung genau das ändern würde, und deshalb, finde ich ehrlich gesagt, war diese Debatte äußerst nützlich, um in der Öffentlichkeit noch einmal klarzumachen, wer wofür steht. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(B) Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/893 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne Mitglieder des Vereins „Mehr Demokratie“ begrüßen. Herzlich willkommen in der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Neuregelung des Volksentscheids (C)

Antrag des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ vom 4. November 2008 (Drucksache 17/594) 3. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 25. August 2009

(Neufassung der Drucksache 17/783 vom 14. Mai 2009) (Drucksache 17/899)

u n d

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 27. August 2009

(Drucksache 17/908)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Buse.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in ihrer 38. Sitzung am 19. Februar 2009 in erster Lesung beschlossen. Die Artikel 1 und 4 des Gesetzes hat die Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 46. Sitzung am 28. Mai 2009 in zweiter Lesung beschlossen.

Wir kommen jetzt zur zweiten Lesung der Artikel 2 und 3 und zur dritten Lesung der Artikel 1 und 4 des Gesetzesantrages.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man merkt ein bisschen an der Spannung im Plenarsaal vor der Debatte, aber auch vor der Abstimmung, den Abgeordneten, den Kolleginnen und Kollegen ist bewusst, dass das, was wir jetzt miteinander beraten, ein ganz entscheidender Schritt in der Fortentwicklung der Demokratie im Lande Bremen ist. Wir haben uns in intensiven und langwierigen Beratungen in einem nichtständigen Ausschuss mit den Möglichkeiten zur Erleichterung der Volksgesetzgebung in Bremen beschäftigt, intensiv und konstruktiv beraten, wie sich auch aus dem Ihnen vorliegenden Bericht des nichtständigen Ausschusses ergibt.

Es ist uns gelungen, in fast allen Punkten zu von allen Fraktionen getragenen Übereinstimmungen zu kommen. Ich will mich an dieser Stelle für die CDU-Fraktion bei den Kolleginnen und Kollegen der übrigen Fraktionen bedanken, dass es gelungen ist, in

(D)

(A) einer so sachlichen, aber eben auch ergebnisorientierten Arbeit ein so gutes Ergebnis vorzulegen, wie wir das heute mit dem Gesetzesänderungsantrag in der dritten Lesung haben. Es hat sich aber auch gezeigt, dass es in einem einzigen noch verbleibenden Punkt Unterschiede zwischen den Fraktionen hier im Hause gibt. Bemerkenswerterweise gibt es Unterschiede in der inhaltlichen Auffassung nur zwischen der SPD und allen anderen Fraktionen, bei der Frage nämlich, wie wir in Zukunft die Notwendigkeiten ausgestalten, durch Volksentscheid unsere Verfassung zu ändern, das ist nach wie vor strittig.

In den bisherigen Debatten haben die CDU-Fraktion ebenso wie die FDP-Fraktion, aber auch die Fraktionen vom Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion DIE LINKE ihre Bereitschaft bekundet, den Vorschlag und den Anregungen der Initiative „Mehr Demokratie e. V.“ zu folgen, das bisherige Quorum für die Zulassung eines verfassungsändernden Volksbegehrens von 20 auf 10 Prozent und das Quorum für die Annahme eines solchen verfassungsändernden Volksentscheides von 50 auf 40 Prozent zu senken. Wir haben hier im Parlament über die Vor- und Nachteile dieser Regelungen sehr breit debattiert aus Anlass der ersten Lesung, in dem Ausschuss, aus Anlass der zweiten Lesung und auch seit der zweiten Lesung.

(B) Die Präsidentin hat eben darauf hingewiesen, seit der zweiten Lesung und dem Beschluss in der zweiten Lesung sind mehrere Monate ins Land gegangen, und wir als CDU-Fraktion, aber, ich glaube, auch Vertreter der einen oder anderen Fraktion, hatten nicht zuletzt auch aufgrund Ihres Debattenbeitrages, Herr Dr. Sieling, den Eindruck, als ob man sich in dieser letzten noch verbleibenden Frage noch verständigen könnte. Für die CDU-Fraktion haben wir, nachdem eine solche Verständigung nicht gefunden werden konnte, den Änderungsantrag so eingebracht, wie er inhaltlich von den Fraktionen der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei getragen wird. Diese Fraktionen wollen dem Anliegen von „Mehr Demokratie e. V.“ folgen und der Bevölkerung die Möglichkeit erleichtern, auch die Bremer Landesverfassung durch einen Volksentscheid zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesverfassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde am 12. Oktober 1947, also vor knapp 62 Jahren, eben auch durch einen Volksentscheid angenommen. Damals, 1947, haben sich 62 Prozent der Bevölkerung an der Abstimmung über diesen Volksentscheid beteiligt.

Sie haben mit der Mehrheit von 72,4 Prozent dieser Landesverfassung ihre Zustimmung gegeben. Das entspricht bezogen auf die Bevölkerung einem Zustimmungsquorum von 45,1 Prozent. Das heißt,

(C) die Verfassung, über die wir heute sprechen, hat bei ihrer Entstehung eine Zustimmungsquote der Bevölkerung von 45,1 Prozent gehabt. Mit welcher Begründung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, soll diese Verfassung jetzt eigentlich nur mit einem höheren Quorum, nämlich 50 Prozent, geändert werden können? Das verstehen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Hätte es das von Ihnen jetzt favorisierte Quorum schon am 12. Oktober 1947 gegeben, hätte Bremen überhaupt keine Landesverfassung. Das wäre die Konsequenz aus Ihrem Verhalten.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann sicherlich darüber streiten, wie viele gute Gründe es dafür gibt, ein Quorum von 50 Prozent beizubehalten, wie wir es zurzeit in unserer Landesverfassung haben. Es stellt sich aber eine weitere Frage. Warum will eigentlich dieses Parlament, das selbst überhaupt nicht über eine so hohe Legitimation verfügt, der Bevölkerung, die dieses Parlament gewählt hat, zumuten, nur mit einer höheren Zustimmungsquote die Verfassung ändern zu können? Wenn dieses Parlament heute mit zwei Drittel seiner gesetzlichen Mitglieder – bei einer Wahlbeteiligung bei der letzten Bürgerschaftswahl von 57,1 Prozent – die Verfassung ändert, ist das 50-Prozent-Quorum der Zustimmungsquote der Bevölkerung, wie Sie es in dem Gesetz fortschreiben wollen, bei Weitem nicht erfüllt.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion glaubt und ist der festen Überzeugung, dass dieses Parlament den Menschen, dem Souverän, der dieses Parlament gewählt hat, keine höheren Hürden auferlegen darf als sich selbst.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Wir haben gehofft, dass es in dieser Frage Bewegung gibt, weil wir keine inhaltlichen Gründe seitens der SPD-Fraktion in der bisherigen Debatte gehört haben. Die Fraktionen haben sich vielmehr wechselseitig mit Verdächtigungen überzogen. So hieß es: Die CDU-Fraktion meint das mit ihrem Antrag überhaupt nicht ernst. Ich sage, probieren Sie es aus! Wir werden heute natürlich unserem eigenen Antrag zustimmen, und wir werden dann auch den geänderten Quoren bei der Abstimmung über die Änderung der Landesverfassung am Ende zustimmen. Wenn Sie es wirklich wissen wollen, geben Sie die Abstimmung jetzt frei, und Sie werden sehen, dass die CDU-Fraktion es mit der Absenkung der Quoren bei verfassungsändernden Volksentscheiden ernst meint.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

(A) Wie ernst meint es eigentlich die SPD-Fraktion? Ich kann mich an viele Gespräche und Dialoge mit Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der SPD erinnern, in denen wir über diese Fragen gesprochen haben. Sie, Herr Dr. Sieling, haben hier im Parlament, aber auch in einem Telefongespräch mit mir Sympathie für das von der SPD in Hamburg mitgetragene sogenannte Hamburger Modell geäußert, bei dem man das Zustimmungsquorum an die Wahlbeteiligung koppelt, um sicherzustellen, dass die Verfassung eben nicht gegen die Mehrheit der wählenden Bürgerinnen und Bürger geändert wird. Wir haben erklärt, dass man darüber mit uns sprechen kann. Sie haben es damals im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode angeboten, die Sie damit begründet haben, dass es jetzt mehr Demokratie gibt und man deswegen auch seltener wählen kann. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, mit der Verfassung ist mit der CDU-Fraktion kein Geschäft zu machen.

(Lachen bei der SPD)

Wir können über Inhalte bei der Ausgestaltung der Absenkung solcher Quoren miteinander sprechen. Wir hätten auch über Varianten des Hamburger Modells miteinander sprechen können. Für Sie gab es aber nur das System ganz oder gar nicht, und das ist für uns, sehr geehrter Dr. Sieling, keine Geschäftsgrundlage für die Beratung über verfassungsändernde Volksentscheide.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Ich will auch für die CDU-Fraktion signalisieren, dass wir nicht an dem Inhalt unseres Antrags kleben. Wir schlagen vor, das zusätzliche Zulassungsquorum auf 10 Prozent und das Zustimmungsquorum auf 40 Prozent zu senken. Wenn es eine Mehrheit dafür gäbe, eine andere Quote von 15 und 45 Prozent, vielleicht in Anlehnung an den 12. Oktober 1947, zu bilden, hätte man mit uns darüber sprechen können. Man hätte auch mit uns darüber sprechen können, vielleicht aus Überzeugungsgründen, nicht das 50-Prozent-Zustimmungsquorum zu ändern, sondern vielleicht nur die Zugangsvoraussetzungen für einen verfassungsändernden Volksentscheid zu erleichtern. Auch das wäre für uns in den Beratungen vorstellbar gewesen.

Die SPD-Fraktion will aber nichts, sie will nicht die Absenkung der Quoren, sie will nicht das Absenken der Eingangsvoraussetzungen. Sie will an der Forderung festhalten, dass der Souverän innerhalb von drei Monaten fast 100 000 Stimmen sammeln muss, nur um ein Verfahren in Gang zu setzen, bei dem am Ende vielleicht über eine Verfassungsänderung abgestimmt wird. Meine Damen und Herren, nach Überzeugung der CDU-Fraktion sind die Hürden so hoch, dass sie für uns nicht akzeptabel sind. Das bedeutet, dass wir in der heutigen Abstimmung

unserem eigenen Antrag auf Zustimmung zu der Absenkung der Quoren zustimmen werden.

(C)

Wir werden, weil wir auch darin einen Fortschritt sehen, bei Ablehnung unseres Antrags auch dem Antrag der Linkspartei auf Absenkung der Eingangsvoraussetzungen und damit der Erleichterung von verfassungsändernden Volksentscheiden gleichfalls unsere Zustimmung geben. Wenn es aber, wie angekündigt, von der SPD-Fraktion in dieser Frage nicht einen Millimeter Bewegung gibt, werden wir am Ende dem verfassungsändernden Gesetz unsere Zustimmung nicht erteilen.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Also alles zerstören!)

Das sage ich, Herr Dr. Sieling, weil ich gewusst habe, dass Sie heute darüber debattieren wollen, weil Sie mit der Verantwortungsschieberei beginnen wollen. Die Verfassung eignet sich nicht dazu, politische Verantwortungsschieberei zu betreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN
– Abg. Dr. Sieling [SPD]: Spieglein,
Spieglein an der Wand!)

Vielleicht hat Herr Dr. Paul Tiefenbach in seinem Brief an den Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE recht, wenn er schreibt, ich zitiere: „Wir sind nach zahlreichen Gesprächen zu der Einschätzung gekommen, dass zumindest ein großer Teil der SPD-Fraktion ein Scheitern des Gesetzes in der dritten Lesung nicht ungern sähe und deswegen weitere Zugeständnisse verhindert.“

(D)

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das ist Quatsch!)

Herr Dr. Sieling, Sie haben heute und hier mit Ihrer Fraktion die Gelegenheit zu dokumentieren und nachzuweisen, dass Sie es mit der Erleichterung der Volksgesetzgebung auch in allerletzter Konsequenz, auch was den Kernbestand der Volksgesetzgebung, nämlich die Verfassungsgesetzgebung, betrifft, ernst meinen. Geben Sie sich einen Ruck, machen Sie einen Schritt auf alle anderen Fraktionen in diesem Parlament zu!

Ich biete auch ausdrücklich an, dass wir, wenn es diese Bereitschaft bei Ihnen gibt, die heutige Lesung noch einmal unterbrechen, um vielleicht noch einmal mit den Fraktionsvorsitzenden gemeinsam zu einer Lösung zu kommen. Die CDU-Fraktion hat ein nachhaltiges Interesse daran, dass wir diese zentrale und entscheidende Frage im Einvernehmen des gesamten Parlaments treffen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern als Souverän schuldig. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, wissen Sie, was ein roter Hering ist?

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sie?)

Ein roter Hering ist in der Politik der Sechziger- und Siebzigerjahre die Bezeichnung für ein Propagandainstrument, um die Gegner und die Bevölkerung zu desinformieren. Ebenso wurde es benutzt, um den politischen Gegner gegenüber der eigenen Bevölkerung zu diskreditieren. Hier und heute erleben wir die Geburt des schwarzen Herings. Ich stelle einmal die Aussage in den Raum, die ich im Internet gefunden habe, und fordere Sie einmal auf zu raten, wer sie getätigt hat. Ich zitiere: „Komplexe politische Fragen sollte man bei bundesweiten Volksabstimmungen nicht auf ein Ja oder Nein verkürzen. Das könnten Populisten und Interessengruppen ausnutzen. Die Debatte von Alternativen und Nachbesserungsvorschlägen im Bundestag hat sich bewährt.“

(Abg. Frau Dr. M o h r - L ü l l m a n n [CDU]:
Bundestag, nicht Landesparlament!)

(B) Richtig, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Sie fühlen sich angesprochen. Es ist eine Aussage von Ihnen. Vermeintlich geschickt fordert die CDU nach diesem grundsätzlichen Bekenntnis zur Volksgesetzgebung, dass die beiden Quoren für die Verfassungsänderung in Bremen abgesenkt werden sollen, und macht hiervon ihre Zustimmung zu allen anderen bereits einvernehmlich erreichten Verbesserungen der Volksgesetzgebung abhängig.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Vollständigkeit halber noch einmal darzustellen, worauf wir uns bisher einvernehmlich geeinigt haben. Wir haben uns einvernehmlich darauf geeinigt, dass die Initiatoren eines Volksbegehrens eine kostenfreie Beratung durch den Senat und die Bürgerschaft erhalten. Weitestgehend einvernehmlich haben wir uns darauf geeinigt, dass finanzwirksame Volksentscheide in Zukunft zulässig sind.

Wir haben uns darauf geeinigt, dass Volksentscheide an Wahltagen durchgeführt werden, in der Hoffnung, dass dadurch die Beteiligung erhöht wird. Wir haben uns einvernehmlich darauf geeinigt, dass zu Volksentscheiden ein öffentliches Abstimmungsheft erstellt werden muss, damit die Bürger neutral darüber informiert werden können, was der Gegenstand von Volksentscheiden ist. Wir haben uns darauf geeinigt, dass die Initiatoren eines Volksbegehrens in Zukunft in der Volkshochschule und in der Stadtbibliothek Unterschriften sammeln können, damit sie nicht im Regen stehen, sondern das Ganze ein wenig erleichtert wird.

(C) Wir haben uns darauf geeinigt, dass Stichfrage und Konkurrenzvorlage vorgelegt werden. Das heißt, dass nicht die einfache Ja/Nein-Entscheidung zur Abstimmung gestellt wird, sondern politische Alternativen. Wir haben uns auch darauf geeinigt, dass ein Dialogverfahren eingeführt wird, das Ganze dient dazu, die Volksentscheide bunter und auch Erfolg versprechender zu machen.

Wir haben uns darauf geeinigt, bei einfach gesetzlichen Vorhaben das Unterschriftenquorum auf fünf Prozent zu senken. Das Zustimmungsquorum wird auf 20 Prozent gesenkt. Wir haben uns sogar darauf geeinigt, was ich auch sinnvoll finde, die Verbindlichkeit von Volksentscheiden zu erhöhen. Wir haben nämlich hineingeschrieben, dass innerhalb von zwei Jahren ein durch Volksentscheid zustande gekommenes Gesetz in einer Legislaturperiode nicht wieder verändert werden kann.

Herr Röwekamp, unabhängig von dem, was man von Ihren taktischen Manövern halten kann! Ich unterstelle Ihnen, dass Sie in Vorbereitung dieser Debatte sehr wohl auch in die Staatsgerichtshofentscheidung vom 14. Februar 2000 geschaut haben. Ich möchte noch einmal aus zwei Passagen zitieren. Der Staatsgerichtshof führt aus: „Das Unterstützungsquorum für ein Volksbegehren zur Verfassungsänderung muss daher zum Ausdruck bringen, dass damit eine Angelegenheit zum Volksentscheid gebracht werden soll, die nicht nur für eine Minderheit der Bevölkerung von Bedeutung ist. Nach aller verfassungsrechtlicher Literatur erfüllt ein Unterschriftenquorum von zehn Prozent diese Voraussetzung nicht.“ Ohne sich auf eine absolute Untergrenze für das Zustimmungsquorum festzulegen, führt der Staatsgerichtshof weiter aus: „Der Vorrang der Verfassung erfordert einen erhöhten Bestandsschutz der Verfassung und damit ihre erschwerte Abänderbarkeit. Eine Verfassungsänderung soll an eine breite Akzeptanz geknüpft werden.“

(D) Nun ist es so, Sie haben den Ausflug in die Geschichte gemacht, ich habe den Ausflug in die Republik gemacht und habe mir einmal angeschaut, wie die Akzeptanzschwelle in den anderen Bundesländern eigentlich aussieht. Tatsächlich ist es so, dass drei Bundesländer die Akzeptanzschwelle geringer ansetzen, das ist ihnen zuzugestehen. Sechs Bundesländer setzen diese wesentlich höher an. Zwei Bundesländer, nämlich Saarland und Hessen, kennen keine Verfassungsänderung durch Volksentscheide. Wenn man die Akzeptanzschwelle bewertet, hält die SPD diese Akzeptanzschwelle, so wie sie in der Bremer Landesverfassung festgelegt ist, für angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Das mag eine verfassungsjuristische Argumentation sein, aber mich ärgert diese Tendenz in dieser

(A) Stadt, dass verfassungsrechtliche Argumente und rechtspolitische Erwägungen wenig zählen, wenn es um vermeintlich gute Schlagzeilen geht. Die SPD hat in ihrer Geschichte erfahren, wie wichtig ein stabiler und austarierter Verfassungsstaat ist. Dies macht uns sperrig gegen vorgebliche Demokratisierungen, welche in ihren Auswirkungen auch den Einfluss von Populisten und ökonomisch starken Interessengruppen verstärken sollen.

(Beifall bei der SPD)

In Verfassungsfragen, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, sind wir deshalb ganz nah bei Ihnen. Sie haben weiter gesagt, und das fand ich sehr schön -

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Das Zitat ist nämlich noch nicht zu Ende gewesen!)

ich würde nie so unfair sein, das Zitat nicht vollständig zu bringen -: „Auf Bremer Landesebene bin ich für eine Vereinfachung von Volksabstimmung und Volksbegehren.“ Liebe CDU-Fraktion, handeln Sie nach der Empfehlung Ihrer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden! Stimmen Sie diesem Gesetz zu, weil damit Volksabstimmung und Volksbegehren wesentlich bürgernäher werden, als sie es bisher gewesen sind!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss sollte man vielleicht einfach das Resümee ziehen, das Sie mir als Sozialdemokrat vielleicht nicht glauben. Man kann aber auch einmal Kommentare von außerhalb heranziehen, um zu bewerten, was dieser Ausschuss geleistet und vorgelegt hat. Tim Weber vom Verein „Mehr Demokratie e.V.“ hat am 29. Oktober 2008 eine Presseerklärung veröffentlicht, in der er ausführt, dass er sehr wohl weitergehende Wünsche in dieser Angelegenheit gehabt hat. Als letzten Satz aber führt er in dieser Presseerklärung aus: „Wir begrüßen den Entwurf als eine Reform, die den Namen auch verdient hat.“ Lassen Sie uns diese Reform heute endgültig zum Abschluss bringen! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei der Einsetzung des Ausschusses zur Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts habe ich Ihnen für meine Fraktion versprochen, dass wir uns konstruktiv an den Beratungen beteiligen wer-

den. Heute kann ich sagen, wir werden Wort halten, wenn es jetzt ernst wird. (C)

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lieber Herr Röwekamp, blicken Sie doch einmal vielleicht drei Jahre zurück! Damals waren Sie noch gemeinsam mit den Sozialdemokraten in der Regierung.

(Abg. Günthner [SPD]: Hat er vergessen!)

Ich kann mich gut erinnern, dass es damals in dieser Regierung sehr schwierig war, Verbündete für das Thema Erleichterung der Volksgesetzgebung zu finden, und zwar gab es Vorbehalte in beiden Regierungsfractionen, die größeren Vorbehalte in der CDU, aber auch Vorbehalte in der SPD. Das ist die Ausgangslage.

Ich freue mich ausdrücklich und kann mich dem Dank des Kollegen Tschöpe anschließen, dass wir sehr konstruktiv über dieses Thema mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen in den letzten Monaten beraten haben und dass nach meinem Eindruck ein großer Teil der Vorbehalte, die seinerzeit noch vorhanden waren, aus dem Weg geräumt werden konnte. Das zollt allen Respekt, die sich an diesem demokratischen Prozess hier im Haus beteiligt haben. Dafür herzlichen Dank aus Sicht der FDP! (D)

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Liberale haben uns von Anfang an immer wieder sehr deutlich dazu bekannt. Wir wollen eine Erleichterung der Volksgesetzgebung. Uns ist klar, dass das vielleicht ein Prozess sein wird, der sich in kleineren Schritten vollzieht.

Ich muss sagen, ich bin heute, wenn ich noch einmal an die Zeit vor drei Jahren zurückdenke, enorm überrascht, was wir erreicht haben. Der Kollege Tschöpe hat das eben zusammengefasst. Finanzwirksamkeit von Volksbegehren seinerzeit hoch umstritten, ob man das überhaupt zulassen sollte! Die Detailfragen bis hin zum Abstimmungsheft und bis hin zu der Frage, dass die Verwaltung die Antragssteller beraten soll, auch das ist natürlich ein wichtiger Punkt! Zu der Frage der Konkurrenzvorlage! Das Dialogverfahren ist angesprochen worden, der Bestandsschutz, also die Karenzzeit, innerhalb derer die Entscheidungen, die im Rahmen von Volksgesetzgebung getroffen worden sind, nicht mehr verändert werden können! All das sind doch Punkte, die hier in großer Übereinstimmung zwischen den Fraktionen vereinbart werden konnten und bei denen ich doch sagen würde, vor drei Jahren hätte ich nicht geglaubt, dass

- (A) es möglich ist, fünf Fraktionen hinter diese Punkte zu bringen.

Wenn man sich das vor Augen führt, kann man nur an alle, die jetzt vielleicht noch zögern und sagen, hätte man nicht vielleicht noch ein Stückchen mehr erreichen können, appellieren: Lasst uns diesen Schritt zumindest für heute gehen! In Zukunft gibt es sicherlich noch Gelegenheiten, noch einen Schritt weiter zu gehen. Auch wir als Liberale haben ganz klar am Anfang gesagt, wir können uns auch beim Thema Verfassungsänderung eine weitere Absenkung der Hürden vorstellen. Herr Röwekamp, es ist aber im wirklichen Leben manchmal so, dass man nicht 100 Prozent von dem bekommt, was man sich gewünscht hätte. So geht es auch uns.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie zum Beispiel in Köln auf dem Bahnhof stehen und nach Paris möchten, fragt Sie der Schaffner auch nicht, ob Sie über Brüssel fahren möchten, sondern Sie steigen in den Zug ein und sind dann auf dem richtigen Kurs. Wenn Sie Brüssel erreicht haben, freuen Sie sich, weil Sie schon einen Großteil des Weges hinter sich haben. So geht es mir jedenfalls jedes Mal, und ich glaube, das ist mit der Entscheidung, die Sie hier vor sich haben, auch so.

- (B) (Beifall bei der FDP)

Dann muss man sich an dieser Stelle schon auch fragen, ob es nicht in der Tat vielleicht manchmal weniger um die persönliche Lebenssituation geht. Ich fand einige Passagen in Ihrer Rede erstaunlich ehrlich, Herr Röwekamp. Sie haben nämlich gesagt, man hätte doch einmal mit Ihnen sprechen können. Wir haben ganz oft mit der Kollegin Winther, mit Herrn Rohmeyer und mit anderen Kollegen aus Ihrer Fraktion im Ausschuss gesprochen. Daran hat es bisher, glaube ich, nicht gelegen. Ich nehme Ihnen aber ab, dass es vielleicht doch ein bisschen mehr darum geht, auch diese Debatte als persönliche Bühne zu nutzen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Es kann keine Veranlassung sein, um wirklich hier die über viele Monate geleistete Arbeit in Frage zu stellen, und das ist auch keine hinreichende Rechtfertigung gegenüber der Öffentlichkeit, die nach drei oder vier Jahren langer Diskussionen über dieses Thema mit – nach meiner Wahrnehmung – einer wirklich breiten Mehrheit sich wünscht, dass wir Fortschritte erzielen. Das muss das Ziel sein. Da appelliere ich an alle Kollegen im Haus, egal ob sie auf den Stühlen der Linken sitzen oder in den Reihen der CDU, doch einmal zu hinterfragen, ob das, was geleistet worden ist, nicht ein enormer

- (C) Fortschritt ist. Bei nüchterner Betrachtung, das sage ich für alle Kollegen in der FDP-Fraktion, ist das ein enormer Fortschritt. Mit uns ist dieser Fortschritt zu machen, das haben wir von Anfang an gesagt, wenn es einen vernünftigen Fortschritt gibt, dann stimmen wir ihm zu.

Das heißt nicht, dass man nicht noch weiter gehen kann, auch das ist mit uns zu machen, wir haben deshalb auch gesagt, es ist notwendig, dass es einen breit getragenen Konsens gibt, die Hürde für die Veränderungen ist hoch. Dementsprechend werden wir heute dem Antrag des nichtständigen Ausschusses zustimmen. Inhaltlich teilen wir die Grundüberlegung, die sowohl im Antrag der Kolleginnen und Kollegen der CDU als auch im Antrag der LINKEN prinzipiell vorhanden ist. Wir werden uns aber heute bei diesen beiden Anträgen enthalten, weil wir glauben, es wäre gut gewesen, wenn man auch darüber eine Einigung hätte erzielen können. Die Zeit ist aber offensichtlich noch nicht reif, um hier heute das auch zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zum Abschluss vielleicht noch einen Punkt sagen, von dem ich glaube, dass er hier beherzigt werden sollte! Ich glaube, dass manchmal innerhalb dieses Hauses sehr viel über Taktik und den nächsten Schachzug nachgedacht wird. Das ist vielleicht manchmal gar nicht so wichtig. Manchmal ist es viel wichtiger, jedenfalls nach meinem Eindruck, dass wir das, was wir entscheiden und wofür wir unsere Hand heben, auch vor den Menschen draußen rechtfertigen können. Da fällt mir persönlich die Entscheidung nicht schwer. Ich werde dem Antrag heute zustimmen genauso wie alle Kollegen aus der FDP-Fraktion. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, die Haltung der grünen Fraktion möglichst klar und deutlich auszudrücken. Seit der Zeit, in der ich meine Arbeit hier in der Bürgerschaft begonnen habe, ist die Erleichterung der Volksgesetzgebung ein Kernstück meiner politischen Arbeit. Da sind nicht nur Vernunft und Engagement, da ist wirklich Herzblut dabei, das ist ein Kernpunkt der grünen Politik. Deswegen ist diese Erleichterung und Verbesserung der Volksgesetzgebung auch für die Grünen ein Kernpunkt dessen, was wir mit dieser rot-grünen Koalition erreichen wollen.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen haben wir diese Arbeit begonnen und mit Unterstützung aller

(A) Fraktionen. Da möchte ich das unterstreichen, was der Kollege Dr. Möllenstädt gesagt hat, und mich auch dafür bedanken. Es war der Anstoß der rot-grünen Koalition, aber alle Fraktionen haben daran sehr engagiert mitgearbeitet, und das Ergebnis ist, dass eigentlich die Handschrift jeder Fraktion sich in der einen oder anderen Weise dort wiederfindet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Im Ergebnis ist das ein riesengroßer Schritt nach vorn zu dem Ziel, das wir seit zwei Jahrzehnten verfolgen, die direkte Demokratie in Bremen zu stärken und hier faire Bedingungen zu schaffen. Herr Dr. Möllenstädt hat gesagt, er hätte das Gefühl, er wäre jedenfalls jetzt auf der Reise nach Paris in Brüssel. Das Gefühl habe ich nicht, ich habe das Gefühl, wir sind in einem Vorort von Paris bereits angekommen, vielleicht beim Flughafen Charles de Gaulle kurz vor Paris. So ist mein Eindruck, wenn ich das Gesamtpaket bewerte. Deswegen werden wir heute dem Antrag des Ausschusses in der vorliegenden Fassung zustimmen, und wir bitten alle Fraktionen und auch jede Kollegin und jeden Kollegen dieses Hauses ganz eindringlich, dies auch zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, ich will die Bedeutung der Landesverfassung und der Möglichkeit, sie durch Referendum zu ändern, nicht relativieren, und ich sage ausdrücklich, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Ich glaube, dass die Vorschläge, die wir in den Diskussionen der letzten Monate gemacht haben, sei es die Hamburger Lösung einer dynamischen Regelung, die gemeinsam in Hamburg, einvernehmlich auch zwischen den großen Fraktionen, verabredet worden ist, sei es die Senkung der Eingangsquoren, sei es auch die Bindung von verfassungsgebenden Referenden an einen Wahltag, um von daher schon die Wahrscheinlichkeit einer hohen Beteiligung sehr zu erhöhen, dass wir sie uns vorstellen konnten.

Wir sind auch überzeugt davon, dass sie so gestaltet werden können, dass sie die Würde der Verfassung in keiner Weise berühren und dass dadurch auch die Verfassung nicht zur Beute von populistischen Eintagsbewegungen gemacht würden. Ich sage aber noch einmal, wenn man sich die Bedeutung dieser Änderung, die im Ausschuss erst ganz am Ende überhaupt aufgebracht worden ist, praktisch vorstellt, ist sie in praktischer Hinsicht, gemessen an dem Gesamtpaket, doch nicht so groß, dass man an dieser Frage irgendetwas scheitern lassen sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Röwekamp oder Herr Kollege Rupp, ich könnte mir, wie gesagt, das eine oder andere auch vorstellen. Aber ich bin sicher, diese Frage wird in den kommenden Jahren doch wieder aufgerufen, entweder als Thema, wenn sich Parteien hier in Bremen zur Wahl stellen, oder als Verhandlung nach der Wahl oder aber auch als erneute Initiative oder möglicherweise auch als Initiative des Parlaments verbunden mit einer Volksabstimmung. Da gibt es viele Möglichkeiten. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit der Diskussion hier noch nicht am Ende sind. Ich möchte aber Ihnen, Herr Röwekamp, eine Frage stellen: Glauben Sie denn, dass Referenden zu Verfassungsfragen in einem Jahr, zwei oder drei Jahren leichter erreicht werden können, wenn heute das gesamte Paket scheitert? Glauben Sie im Ernst, dass wir das in zwei Jahren leichter hinbekommen? Ich glaube das ehrlich gesagt nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Röwekamp und die CDU, Sie haben sich in den letzten Jahren bewegt, ich höre mit Freuden Ihre Redebeiträge, weil es wirklich etwas Neues ist und viele Gedanken, die wir hier vorher sonst eher allein vertreten haben, von Ihnen aufgenommen werden. Glauben Sie denn im Ernst, dass der andere Teil des Hauses sich auf Dauer den Diskussionen entziehen wird? Bei Ihnen war das so, dass das irgendwann einmal anders wird, und ich bin sicher, das ist nicht zu Ende. Wenn wir aber den heutigen Schritt nicht machen, wird es noch viel schwerer sein, da bin ich ganz sicher.

Wir werden heute, um zum Abstimmungsverhalten der grünen Fraktion zu kommen, dem Antrag der CDU und auch dem Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen, weil es mit der SPD-Fraktion heute nicht zu machen ist.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Was soll man denn sonst sagen? Wir bedauern das, das wissen Sie auch. Das gehört aber, finde ich, zu den Qualitäten unserer politischen Arbeit, wir halten uns an Vereinbarungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir fordern die Abgeordneten von der CDU und der LINKEN noch einmal eindringlich auf, und ich persönlich würde sogar noch weiter gehen und sagen, ich beschwöre Sie, Kolleginnen und Kollegen, das zu machen, ich meine es wirklich sehr ernst, dem zuzustimmen, was heute machbar ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Das ist übrigens auch, wenn ich das noch sagen darf, wie Sie wissen, die Auffassung von „Mehr Demokratie e. V.“, die am Ende des Tages sagen, ja, ihr wisst, was wir noch gern alles wollten, aber es wäre fahrlässig und politisch ganz dumm, wenn wir dies aufs Spiel setzten.

Ich bin ganz sicher, meine sehr verehrten Damen und Herren, Respekt und Anerkennung werden sich in diesem Haus, aber vor allen Dingen draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern, nicht diejenigen erwerben, die zeigen, dass sie durchhalten, dass sie unnachgiebig, stur und stolz sind. Das werden nicht diejenigen sein, die sich Anerkennung nach dieser Debatte draußen erwerben, sondern diejenigen, die sagen, ja gut, wir wollen noch mehr, wir geben auch nicht auf, wir machen weiter, aber wir machen diese Entscheidung möglich, damit für dieses Mehr, für dieses Weiter eine Basis geschaffen wird. Vielleicht können wir dann schon zur nächsten Wahl auch Volksentscheide zu fairen Bedingungen haben. – Herzlichen Dank und noch einmal meine dringende Bitte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(B) Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bei der Frage, wer hier stur, unnachgiebig oder Ähnliches ist, könnte ich jetzt einfach den Ball zurückspielen und sagen, wir haben so, wie wir in diese Debatte gegangen sind, unsere Vorstellungen vergleichsweise wenig umgesetzt und an ganz vielen Punkten gesagt, das ist besser als nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Sturheit und, ich sage einmal vorsichtigerweise, eine politische Standhaftigkeit bis an einen bestimmten Punkt erleben wir an einer Stelle, an der ich mir gewünscht hätte, dass es nach den Diskussionen beim letzten Mal, insbesondere zwischen den beiden großen Parteien hier in diesem Saal, einen Kompromiss gibt. Ich habe damals gesagt, es gibt einen deutlichen Hinweis darauf, dass es Menschen gibt, die direkte Demokratie ernster nehmen als vorher. Die CDU hat Vorschläge gemacht, die, wie ich meine, bei verfassungsändernden Volksbegehren sinnvoll sind. Jetzt wurde ihr unterstellt, dass sie das aus taktischen Gründen macht. Das kann ja sein. Nur, sie hat auch angeboten zu sagen, stimmt doch einfach zu! Wer hat denn dann gewonnen? Diese Form von Taktik, diese Unterstellung, ist meines Erachtens nicht zulässig.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich bin davon ausgegangen, dass all diejenigen, die an diesem Prozess teilgenommen haben, ihre Positionen – das sind die Positionen, mit denen sie hineingehen – auch ernst nehmen, und dass sie sie ernst nehmen, weil sie gelernt haben, dass das parlamentarische System, was wir jetzt haben, unter anderem wegen der ständig geringer werdenden Wahlbeteiligung Unterstützung braucht, und es ist eben relativ klar, dass die direkte Demokratie eine davon ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt habe ich gelernt: Es ist ja nicht so einfach, dass verfassungsändernde Volksbegehren nicht in der Verfassung stehen. Sie stehen darin, und die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, die Verfassung über ein Volksbegehren zu ändern. Ich habe jetzt in ganz vielen Verfassungsdebatten in anderen Zusammenhängen wie Schulden, Schuldenbremse und so weiter eine gewisse Form von Seminar gehabt, was die Grundlage der Beurteilung von Verfassungen ist. Ein ganz wichtiges Kriterium war auch immer die Verfassungsrealität, das habe ich vorhin schon einmal gesagt. Die Frage ist, ob die Bestimmungen, die darin stehen, überhaupt umsetzbar sind. Kann die Verfassung mit Leben erfüllt werden? Jeder Mensch weiß, wenn dort etwas steht, was man nicht hinbekommt, dann braucht es da auch nicht zu stehen.

Festzustellen ist, dass das Quorum für die Zulassung von verfassungsändernden Volksbegehren jetzt bei 20 Prozent liegt, da ist in meiner Wahrnehmung die Grenze von circa 100 000 Unterschriften, wahrscheinlich sogar noch ein bisschen mehr, weil man Bruttounterschriften sammeln und ungefähr 95 000 gültige Unterschriften haben muss, sodass man jeden Tag 1 100 Unterschriften oder mehr sammeln muss. Das können möglicherweise große Initiativen oder meinetwegen bundesweit operierende Initiativen wie „Mehr Demokratie“ erzielen, und selbst sie sagen, das ist sehr schwer. Für Initiativen aus Bremen, die hier ein Interesse haben, die möglicherweise noch nicht bundesweit organisiert sind und hier etwas erreichen wollen, ist das unmöglich. Deswegen werben wir dafür, dass wir in diesem Punkt eine Verfassungsrealität einziehen lassen, die es zumindest möglich macht, das zu tun.

Ich habe Respekt davor, dass man sagt, wir können die Verfassung nicht jeden Tag ändern, sie muss geschützt werden, wobei ich mich dagegen wehre, dass jeder, der sagt, man sollte es ein bisschen erleichtern, auch gleichzeitig den Vorwurf bekommt, man wolle dem Populismus das Wort reden. Das stimmt nicht!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das sagt keiner!)

Manchmal klingt es durch, es gab genug Debatten in diese Richtung. Ich wehre mich gegen diesen Vorwurf. Ich will eine Verfassungsrealität, in der so

(C)

(D)

(A) etwas möglich ist. 75 000 Unterschriften sind immer noch eine sehr hohe Schwelle, und ich glaube, dass damit die Verfassung nicht gefährdet ist. Ich habe Respekt davor, dass die sozialdemokratische Fraktion sagt, die Verfassung ist uns ein hohes Gut, und wir wollen das alles so behalten. Ich hätte mir 40 Prozent vorgestellt, wenn Sie sagen, 50 Prozent wollen Sie beibehalten, dann kann ich sagen, okay, an dem Punkt kann ich mich jetzt nicht durchsetzen, davor habe ich Respekt.

Wir sagen, wir schlagen 15 Prozent vor, dann schaffen wir immer noch eine hohe Hürde. Es lässt sich immer noch nicht in zwei Tagen sammeln, und zwei Leute bekommen das auch nicht hin, sondern da muss schon ein ernsthaftes Anliegen vorhanden sein, und dann ist das erst zugelassen. Dann fängt der politische Prozess an, warum man darüber diskutiert, und die Verfassung ist dann auch nach Ihren Augen hinlänglich durch das Zustimmungsförderung geschützt. Mir ist unklar, warum das nicht ein Kompromiss ist, auf den wir uns einigen können und bei dem wir deutlich machen, dass das eine Situation ist, in der alle Abgeordneten in diesem Saal – oder fast alle, sage ich einmal – der Meinung sind, auf diese Weise muss die Verfassung geändert werden. Das ist auch ein Signal, wie man bei gänzlich unterschiedlichen Auffassungen in anderen Bereichen bei der Frage Demokratie und Verfassung mit einer Stimme sprechen kann. Das ist ein Signal, ich finde, das ist viel wert. Mir ist unverständlich, warum da keine Bewegung stattfindet. Es geht auch nicht um einen Basar – es hat vorhin jemand gesagt, wir sind hier nicht auf einem Basar, die einen sagen zehn, die anderen sagen 20 –, nein, es geht in der Tat darum, die Schwelle für die Zulassung um 25 Prozent zu senken, damit es möglich wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wurde oft gesagt, nehmen wir erst einmal das, und dann warten wir einmal ab und ändern es das nächste Mal. Im selben Atemzug wird jedoch gesagt, ob es in künftigen Parlamenten überhaupt noch eine Mehrheit dafür gibt, das ist offen. Das war derselbe Redner in derselben Rede. Was stimmt denn jetzt? Ich glaube, es stimmt, dass wir uns dieser Frage hier und heute widmen müssen und dass wir möglicherweise auch noch einmal überlegen müssen, ob es vielleicht nicht doch ein Punkt ist, auf den wir uns einigen können, weil ich relativ sicher bin, das ist auch kein schlechtes Signal. Wenn wir diese Verfassung einem permanenten Prozess unterwerfen und wir jetzt den Ausschuss gleich wieder einberufen und schauen, was wir sonst noch so machen können, das wird nicht gehen! Es wird in dieser Legislaturperiode keine Initiative geben, und möglicherweise ist es so, dass in der Tat in künftigen Parlamenten keine Zweidrittelmehrheit mehr für so etwas zustande kommt.

Wir haben jetzt die Chance, das ist völlig richtig, deswegen müssen wir jetzt diese Chance nutzen, nicht 70 oder 80 Prozent zu erreichen, sondern 100

Prozent, und diese 100 Prozent bedeuten, dass man nicht nur in vielen Dingen die Sache erleichtert und es in einer Sache unmöglich lässt, sondern 100 Prozent bedeutet, die Chance jetzt zu nutzen. Es ist in der Tat so, wir sind in einem Vorort und können den Rest jetzt noch fahren, aber die Verantwortung dafür liegt auch und insbesondere bei der Sozialdemokratischen Partei.

Meine Bitte ist einfach, dass wir jetzt vielleicht eine Möglichkeit finden – Sie haben gesagt, dass Sie nicht zustimmen wollen –, doch noch zu einer Einigung zu kommen. Ich sage es noch einmal, eine Botschaft an die Wählerinnen und Wähler, dass wir einstimmig eine Verfassungsänderung beschlossen haben, die ihnen Mitwirkungsrechte über das bisher diskutierte Maß hinaus sichert, wäre sicherlich eine gute Botschaft. – Vielen Dank!

(Beifall der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt, wie gründlich sich die überwiegende Mehrheit der hier im Parlament vertretenen Fraktionen mit dem Für und Wider der Absenkung dieser Quoren beschäftigt hat. Ich gebe zu, sehr geehrter Herr Dr. Kuhn, dass natürlich trotz aller inhaltlichen Überzeugung der von Ihnen gewählte pragmatische Weg zu sagen, dass wir es mit denen nicht hinbekommen, vielleicht kommt die SPD ja irgendwann auch so zur Einsicht wie die CDU und senkt dieses Quorum, aber die Voraussetzung dafür ist, dass wir heute den ersten Schritt tun. Das kann man so sehen, das ist eine strategische Überlegung, und ich wäre vielleicht auch für die CDU-Fraktion bereit, solche strategischen Überlegungen anzustellen, wenn es auch nur einen einzigen inhaltlichen Grund dafür gäbe, warum die SPD-Fraktion weder die Senkung von 50 auf 40 Prozent noch die Senkung von 50 auf 45 Prozent, noch die Absenkungen des Unterstützerquorums von 20 auf 10 Prozent, noch von 20 auf 15 Prozent, noch das Hamburger Modell will.

Ich habe auch nach der Rede von Herrn Tschöpe nur etwas über Heringe gehört, aber keinen einzigen inhaltlichen Grund, warum wir die Verfassung nicht so ändern sollen, wie es die Mehrheit der hier im Parlament vertretenen Fraktionen eigentlich inhaltlich gut begründet für richtig hält.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Das ist auch der Grund, weshalb man nicht mit uns diskutiert hat, glaube ich. Wenn Herr Dr. Sieling hier angedeutet hat, wir können noch einmal darüber reden, dann würde mich interessieren, was eigentlich die SPD-Fraktion am Ende in der Abwägung, machen wir es so wie die Hamburger Sozialdemokraten oder

(C)

(D)

(A) wie die Thüringer Sozialdemokraten, oder bleiben wir bei unserer eigenständigen Bremer Lösung, die wir hier in der Verfassung haben und fassen das nicht an, bewegt hat. Wenn ich in diese Abwägung Einblick nehmen und erkennen könnte, welche vernunftbegründeten Argumente seitens der Sozialdemokraten sich für diese Position herausgebildet hätten, dann wäre ich auch bereit zu sagen, okay, das ist eine Sichtweise. Aber nur zu sagen, ich will es nicht, ist für die CDU-Fraktion kein Argument, am Ende lieber den Spatz in der Hand statt die Taube auf dem Dach zu nehmen. Das will ich für die CDU-Fraktion ausdrücklich erklären.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte sehr!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Röwekamp, können Sie sich erinnern, dass wir in den Diskussionen, die wir in den Jahren zuvor geführt haben über die Absenkung von Quoren, sowohl bei einfachen Gesetzen als auch bei verfassungsändernden Referenden, von der CDU jedenfalls auch nicht mehr Argumente gehört haben, weil Sie damals auch nur schlicht und einfach gesagt haben, nein, wir wollen das nicht, weil die Verfassung nicht tangiert werden soll? Deswegen noch einmal: Sie haben ja offensichtlich dazugelernt, und die Zeit geht weiter, das wollte ich damit nur sagen.

(B) Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Dr. Kuhn, war das denn richtig, wie die CDU-Fraktion das gesagt hat? Fanden Sie das damals richtig? Finden Sie das heute richtig? Sie fanden es falsch, weil es eben keine inhaltliche Begründung war, und es gibt diese inhaltliche Begründung übrigens noch viel weniger bei der Frage, warum wir eigentlich weiterhin den Zugang zur Abstimmung erschweren. Ich habe es ja angedeutet, ich wäre bereit – obwohl es keine inhaltliche Begründung gibt – allein aus psychologischen Gründen, wenn man sagt, 50 Prozent sind 50 Prozent, die man braucht, um eine Verfassung zu ändern. Ich wäre bereit, mich diesem Argument zu beugen. Aber dann lassen Sie uns doch wenigstens den Zugang zu solchen verfassungsändernden Befragungen dadurch ermöglichen, dass wir die Quoren nicht so ansetzen, dass es von vornherein unmöglich wird, dass die Bremer Bevölkerung selbst über eine Verfassungsänderung abstimmt! Dafür gibt es kein schlüssiges Argument, nicht ein einziges.

Wenn Sie dann noch einmal die Verhältnismäßigkeit der Quoren sehen, nach dem, was hier nachher

beschlossen werden wird, was wir als Unionsfraktion noch unterstützen, werden wir bei der einfach gesetzlichen Lösung schon nur ein 20-prozentiges Zustimmungsquorum haben, obwohl wir hier im Parlament 50 Prozent brauchen, um ein einfaches Gesetz zu beschließen. Auch das bringt doch schon zum Ausdruck, dass es eine hohe Bereitschaft der Mehrheit hier im Parlament gibt, Volksgesetzgebung nicht quotal mit Parlamentsabstimmungen gleichzusetzen.

Deswegen sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, wenn Sie bereit sind, auch nur den Zugang zur Abstimmung zu erleichtern, dann fände ich es richtig und vernünftig, heute noch einmal zu unterbrechen und zu sagen, darüber reden wir, ob es dann ein Zugangsquorum von 15 oder 10 Prozent ist, aber lassen Sie uns gemeinsam die Chance wahrnehmen, noch ein Stück dichter an Paris heranzufahren, als wir das bisher schon sind! Das ist der Appell der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Möllenstädt?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Kollege Röwekamp, damit es für unsere Zuhörerinnen und Zuhörer nicht zu abstrakt wird, könnten Sie vielleicht ein Beispiel für eine Verfassungsänderung nennen, die der CDU vorschwebt, die sie auf dem Wege eines Volksbegehrens gern auf den Weg bringen würde?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Kollege Dr. Möllenstädt, offensichtlich haben Sie das System noch nicht ganz verstanden. Wenn die CDU-Fraktion eine Verfassungsänderung wollte, dann würden wir sie hier im Parlament beantragen. Wir reden darüber, was die Bevölkerung draußen möchte. Wenn sie die Verfassung ändern möchte und es nicht über Herrn Dr. Möllenstädt machen möchte, sondern direkt, dann, finde ich, ist das ein Gut, was wir als Demokraten hier auch im Parlament zu akzeptieren haben und wir der Bevölkerung die Chance geben sollten, das auch tatsächlich zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Ich will am Ende nur noch eines sagen, damit auch klar ist, welche Hürden hier in Zukunft für die direkte Demokratie verbleiben, Herr Dr. Kuhn. Wenn das Quorum für die Zustimmung – über die Zulassung haben wir schon gesprochen – von verfassungsän-

(C)

(D)

(A) dernden Volksentscheiden bei 50 Prozent bleibt und damit so hoch, wie es jetzt ist, dann würde das bedeuten, dass, selbst wenn wir es mit einem Wahltag zusammenlegen und wir eine übliche Wahlbeteiligung in Bremen im Durchschnitt von den letzten drei Bürgerschaftswahlen von 60 Prozent unterstellen, nach dem Vorschlag der Koalition 83,3 Prozent der an der Abstimmung teilnehmenden Menschen der Verfassungsänderung zustimmen müssten.

83,3 Prozent! Das ist eine Hürde, die nicht nur mathematisch unerreichbar ist. Wenn Sie das heute so beschließen,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das steht in der Verfassung!)

werden Sie für die nächsten Jahre verhindern, dass es überhaupt zu verfassungsändernden Volksentscheiden kommt. Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion nicht irgendein Teil der Diskussion um mehr Demokratie, das ist für uns mindestens genauso wichtig wie die Absenkung der Quoren und Quoten für einfache Gesetze. Das ist für uns genauso wichtig wie die Frage, in welchen öffentlichen Gebäuden abgestimmt wird. Das ist für uns genauso wichtig wie die Frage, ob es ein Wahlheft gibt oder nicht. Für uns ist genauso wichtig zu sagen: Ja, mehr Demokratie bedeutet für uns eben auch, dass die Bevölkerung über ihre Verfassung direkt entscheiden kann. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Im Eifer des Gefechts habe ich vergessen zu erklären, wie wir abstimmen werden. Wir werden dem Änderungsantrag der CDU zustimmen, wir werden selbstverständlich unserem Änderungsantrag zustimmen, und wir haben dann bei uns in der Fraktion die endgültige Abstimmung freigegeben, weil es da keine eindeutige Mehrheit gab und wir unseren Abgeordneten freistellen, ob sie finden, dass das Erreichte reicht, oder ob sie finden, dass das, was da jetzt ist, eben nicht reicht und wichtige Teile ausblendet. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Tschöpe.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wir haben für die CDU übrigens auch die Abstimmung freigegeben! – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wir auch! – Abg. Röwekamp [CDU]: Ach ja?)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist für die SPD auch freigegeben,

(C)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ja?)

weil die SPD-Fraktion beantragen wird, über diese Fragen namentlich abzustimmen, damit die Bevölkerung auch jederzeit in den Protokollen der Bürgerschaft nachlesen kann, wer Veränderungen und wer Verbesserungen der Volksgesetzgebung zu diesem Zeitpunkt wollte und wer sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht wollte. Ich stelle hier den ausdrücklichen Antrag, namentlich abzustimmen.

Herr Kollege Röwekamp, wenn man Dinge wiederholt, werden sie gewöhnlich nicht besser, aber vielleicht manchmal doch! Wir haben im Ausschuss – und da waren Sie ja nicht vertreten, aber Ihre drei Kollegen waren da sehr wohl vertreten – sehr intensiv auch über verfassungsändernde Quoren diskutiert. Wir haben hier in Debatten über verfassungsändernde Quoren diskutiert, und ich habe für die SPD immer wieder erklärt, warum wir die 50 Prozent sachlich für angemessen halten. Jetzt kann man die Ohren schließen und sagen, die SPD begründet das ja gar nicht, aber ich mache es auch für das Protokoll noch einmal, damit Sie nicht sagen können, wir hätten es nicht begründet.

Wir sind der Meinung, dass eine Änderung der Bremer Landesverfassung von einer entsprechenden qualifizierten Mehrheit zu unterstützen ist, und eine Mehrheit ist in Deutschland immer noch eine mathematische Mehrheit, und das sind 50 Prozent plus eins, und das wollen wir in dieser Landesverfassung so beibehalten!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Rupp, ich schließe mich, das erwarten Sie vielleicht nicht, dem Appell an: Überlegen Sie, wie Ihr Abstimmungsverhalten heute sein soll! Ich glaube, alle, die in diesem Ausschuss viel Zeit verbracht haben, die viele Dinge diskutiert haben, hat immer eines geeint: Was wir wollten, ist ein bürgerfreundliches und transparentes Verfahren, eine Verbesserung der Volksgesetzgebung, und ich fände es ausgesprochen schade, wenn das heute scheitern sollte. Wenn die Abstimmung freigegeben ist, hoffe ich auf die Einsicht, dass das, was wir gemeinsam erreicht haben, trägt und in Zukunft die politische Lebensweise dieses Bundeslandes prägen wird und wir nicht die Situation haben, dass am Ende gar nichts kommt.

Zu dieser Basargeschichte: Herr Rupp, Sie haben gesagt, da wird ein Basarvorwurf gemacht, aber wir haben doch erst 10 und dann 15 Prozent gefordert. Ich frage Sie ganz ehrlich, warum fordern Sie nicht 17,8 Prozent oder die Absenkung auf 47,3 Prozent? Diese ganze Diskussion ist doch nicht davon geprägt,

(A) dass es um den Inhalt geht. Mir leuchtet überhaupt nicht ein, wenn Sie sagen, das muss jetzt einfacher gemacht werden, warum Sie mit dem Vorschlag 15 Prozent kommen. Dann können Sie doch auch fünf Prozent sagen. Was soll diese ganze Nummer?

Wir haben gesagt, wir wollen ein entsprechendes Schutzquorum für die Verfassungsänderungen haben, und dies liegt bei dem, wie es seit 1946 unverändert gewesen ist, und wenn Sie mit 15 Prozent kommen, wird die SPD nicht zuschlagen. Die SPD wird auch nicht zuschlagen, wenn sie mit 16, 17, 18 oder 19 Prozent kommen, weil es uns um eine inhaltliche Position geht und nicht um Zahlen.

(Abg. **H i n n e r s** [CDU]: Ach!)

Ich beantrage, dass wir jetzt zeitnah namentlich abstimmen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*: Frau Präsidentin, lieber Kollege Tschöpe! Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir das Ziel haben, die Zulassung von verfassungsändernden Volksbegehren zu erleichtern,

(B) (Beifall bei der LINKEN)

wissend, dass darin jetzt eine Schwelle ist, die unseres Erachtens – und nicht nur unseres Erachtens – so hoch ist, dass sie diese Vorschrift der Verfassung nachgerade gegenstandslos macht, und wir haben deswegen nicht noch einmal zehn oder fünf Prozent gesagt! Wir sind am Anfang mit zehn Prozent hineingegangen, wir finden, um es zuzulassen, reichen möglicherweise auch zehn Prozent. Wir wissen aber um Vorbehalte und respektieren diese auch in Ihrer Partei. Wir wollen uns hier bitte nicht den Vorwurf einhandeln, wir hätten ja einen Änderungsantrag mit 15 Prozent stellen können, aber das hätten wir ja nicht, deswegen könnte man dem nicht zustimmen!

(Abg. **T s c h ö p e** [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

So einen Vorwurf habe ich mir schon einmal eingehandelt, weil wir nämlich irgendwann mit Leuten geredet haben, und dann ist gesagt worden, das machen wir lieber nicht, und hinterher kam jemand ganz überklug daher und sagte, es gab überhaupt keine Möglichkeit, einem Kompromiss zuzustimmen.

(Glocke)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Wir möchten hier gern eine Möglichkeit finden, auch in dieser Frage letztendlich noch zu einem Kompromiss zu kommen. Das ist das Angebot, und da ist es in der Tat so, qualifiziert sind 25 000 Unterschriften, die man weniger beibringen muss. Eine Senkung dieser Schwelle – und es geht nicht um 0,5 oder 1 Prozent – auf 15 Prozent, das ist das, was ich mir vorstellen kann, alles andere wäre in der Tat Makulatur,

(Beifall bei der LINKEN)

aber 25 000 Unterschriften in drei Monaten sind eine echte Erleichterung, und das ist das Ziel, und deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Tschöpe?

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Selbstverständlich!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Rupp, erinnere ich mich richtig, dass Sie hier in der ersten Lesung dieses Gesetzes einem Unterschriftenquorum von 20 Prozent zugestimmt haben?

(D) Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Wir haben in der ersten Lesung zugestimmt, weil ein Gesetz in der ersten Lesung noch nicht fertig ist! Möglicherweise habe ich ja davon einen falschen Begriff, aber es ging darum, diesen Prozess auf den Weg zu bringen. Da haben wir einem Gesetz zugestimmt, bei dem wir gesagt haben, über bestimmte Stellen wollen wir noch einmal reden und möglicherweise Änderungen einbringen. Deswegen haben wir zugestimmt, und am Ende werden wir jetzt feststellen, ob wir als einzelne Abgeordnete dem zustimmen können oder nicht.

Im Übrigen haben wir das beim Haushalt genauso gemacht. Wir haben doch jetzt nicht dem Haushalt zugestimmt, weil wir den in allen Fragen großartig finden, sondern weil es darum geht, eine Debatte anzufangen. Das ist die erste Lesung, das ist ein verfahrenstechnischer Schritt. Wir hätten natürlich auch ablehnen können. Das wäre natürlich ein Stück weit egal gewesen, aber wir wollten auch da dokumentieren, wir wollen darüber eine Debatte, wir wollen eine politische Auseinandersetzung. Je nachdem, wie diese Auseinandersetzung ausgeht, werden wir am Ende des Tages, wie Sie immer so schön zu sagen pflegen – wahrscheinlich ist es nicht am Ende des Tages, sondern des Jahres –, bestimmten Dingen zustimmen und bestimmten Dingen nicht zustimmen. Deswegen haben wir am Anfang zugestimmt. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, hier ist eine mit viel Überzeugung fundierte politische Debatte heute dabei gewesen. Es sind Grundüberzeugungen ausgetauscht worden, und das ist auch der Kern der Sache, ich will das gar nicht kleinreden.

Allerdings, ich sage noch einmal, in der Sache, pragmatisch gesehen und von der Bedeutung und von dem, was wahrscheinlich ist, in der Sache, in politischen Gegenständen, gerade weil wir jetzt dieses enge Finanzkorsett aufgebrochen haben und mehr möglich machen, rechne ich damit, dass es wirklich Volksbegehren und Volksentscheide geben wird in wesentlichen politischen Fragen. Damit rechne ich, und wir wollen auch, dass diese fair durchgeführt werden können. Verfassungsändernde Referenden sind in der Realität wirklich sehr selten, deswegen bitte ich, das noch einmal in der Relation zu betrachten.

Wie gesagt, ausgehend davon, dass es heute eine politische Debatte war, die ich sehr akzeptiere, gibt es aber natürlich auch einen Moment – lassen Sie mich das so sagen – von politischem Poker hierbei. Dann kommt irgendwo der Moment, in dem man sagen und sich klar machen muss, dass wir alle – ich rede da für uns alle – nicht mit unserem eigenen Einsatz pokern, für den wir geradestehen müssen, sondern dass hier gepokert wird mit den Möglichkeiten, die die Leute draußen entweder in den nächsten Jahren haben oder nicht haben können.

Deswegen noch einmal mein ganz dringender Appell, Sie mögen sich ärgern, ich ärgere mich auch, ich verrate jetzt nicht, über wen, aber Sie können sicher sein, dass Sie wissen, über wen ich mich ärgere, aber das ist ganz gleichgültig!

(Abg. Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wir müssen es hinbekommen, dass die Dinge, die wir erreicht haben, auch wirklich umgesetzt werden können.

(Glocke)

Bitte schön, Herr Kollege!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Dr. Kuhn, Sie gestatten eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp, habe ich gerade gehört.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Abg. **Rupp** [DIE LINKE]: Ich habe da nur einmal eine Frage, weil das so immer erneut wiederholt

wird. Haben Sie den Eindruck, dass den Abgeordneten der Fraktion der LINKEN die Bedeutung dieser Entscheidung nicht klar ist?

(C)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, ich habe das ja gerade – Entschuldigung, Herr Kollege Rupp! – wirklich gewürdigt, indem ich sage, zu 90 Prozent war es eine politische Auseinandersetzung über Inhalte und Überzeugungen, die hier dargelegt worden sind. Ich wollte nur darum bitten, dass man den Anteil an politischem Poker, den es immer hat, und wir wären doch Laien, wenn wir den nicht alle auch hätten, aber irgendwann einmal beiseitelegen muss und dass jetzt der Augenblick kommt, in dem man den beiseitelegen und nüchtern, pragmatisch und für die Interessen der Leute draußen entscheiden muss, weil wir von deren Einsatz reden und nicht von unserem.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Rupp, haben Sie noch eine weitere Zwischenfrage oder Bemerkung? – Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Ich habe noch einmal eine weitere Frage: Warum geht dieser Appell eigentlich jetzt nur in unsere Richtung?

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Rupp, wenn Sie geschaut hätten, wohin ich geschaut habe, dann könnten Sie mir diesen Vorwurf wirklich nicht machen! Es ist aber so, mit den Stimmen der FDP, der CDU, der Grünen, der SPD und der LINKEN werden wir diese Verfassungsänderung machen. Eine andere Verfassungsänderung, die einen anderen Inhalt hat, werden wir heute nicht hinbekommen, weil diese Fraktion, die der Sozialdemokraten, gegenwärtig nicht mehr macht, und sie hat hier so viele Stimmen, dass ohne sie eine Verfassungsänderung nicht durchzuführen ist. Ich glaube, die Lage ist relativ klar und deutlich.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Dr. Kuhn, es gibt keine weiteren Zwischenfragen, Sie können fortfahren.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich war am Ende, zweimal bekomme ich so einen guten Schluss auch nicht hin!

(Heiterkeit)

Ich bitte Sie, dem zuzustimmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (A) Damit ist die Beratung geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Änderungsanträge abstimmen.
Als Erstes lasse ich über die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 17/899, Neufassung der Drucksache 17/783, abstimmen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Hier ist namentliche Abstimmung beantragt.
Wer den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nr. 17/899, Neufassung der Drucksache 17/783, seine Zustimmung geben möchte, seine Stimmenthaltung signalisieren oder Nein sagen möchte, den bitte ich, dies jetzt deutlich zu äußern, wenn ich den Namen aufrufe.
(Es folgt der Namensaufruf.)
Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: 29 Jastimmen, 45 Neinstimmen und 5 Stimmenthaltungen.
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU ab.
- (B) Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/908 abstimmen. Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt.
(Es folgt der Namensaufruf.)
Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: 29 Jastimmen, 45 Neinstimmen und 5 Stimmenthaltungen.
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ab.
Jetzt lasse ich über die Artikel 1 und 4 des Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Neuregelung des Volksentscheids in dritter Lesung abstimmen.
Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Gemäß Artikel 125 Absatz 3 der Landesverfassung kommt ein Beschluss auf Abänderung der Verfassung außer durch Volksentscheid nur zustande, wenn die Bürgerschaft mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder zustimmt.
Wir kommen zur Abstimmung.
Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt.
Wer den Artikeln 1 und 4 des Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt
- Bremen Neuregelung des Volksentscheids in dritter Lesung seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein, Enthaltung zu Wort melden.
(Es folgt der Namensaufruf.)
Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt. Mit Ja gestimmt haben 57, Nein 22, Stimmenthaltungen keine.
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Artikel 1 und 4 des Gesetzes in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.
(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)
Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass wir noch nicht mit der Abstimmung fertig sind! Es kommt noch eine längere Prozedur. Damit wir das jetzt wirklich korrekt zu Ende bringen, bitte ich diejenigen, die hinausgegangen sind, wieder hereinzukommen und entsprechend an den Abstimmungen teilzunehmen, wenn es möglich ist. Ich finde, es geht um eine wichtige Sache.
Es sind mehrere namentliche Abstimmungen beantragt, und die müssen wir jetzt auch so durchführen.
- (D) (Unruhe – Abg. Tschöpe [SPD]: Frau Präsidentin!)
Nun lasse ich über die Artikel 2 und 3 des Gesetzesantrags in zweiter Lesung abstimmen.
Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Ziffern 3 bis 5 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 17/899, Neufassung der Drucksache 17/783, abstimmen. Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt.
Herr Kollege Tschöpe, zur Geschäftsordnung!
Abg. **Tschöpe** (SPD): Frau Präsidentin, um uns nach der eindeutigen politischen Willensbildung des Hauses das weitere Prozedere zu ersparen, würde ich als Antragsteller diesen Antrag zurückziehen, dass die weiteren Abstimmung namentlich durchgeführt werden müssen.
Präsidentin Dr. Mathes: Ich bin damit einverstanden, wenn das Haus auch der Meinung ist, dass wir jetzt die weiteren Abstimmungen nicht mehr namentlich durchführen müssen, mache ich das ohne namentliche Abstimmung. Ist das Konsens? – Gut!
Wer den Ziffern 3 bis 5 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer

(A) 17/899, Neufassung der Drucksache 17/783, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE und Abg. Tittmann [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 3 bis 5 des Änderungsantrags ab.

Jetzt lasse ich über die Artikel 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Neuregelung des Volksentscheids, Drucksache 17/594, in zweiter Lesung abstimmen. Hier wird jetzt keine namentliche Abstimmung mehr durchgeführt, sondern per Handzeichen abgestimmt.

Wer den Artikeln 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Artikel 2 und 3 des Gesetzes in zweiter Lesung ab.

(Unruhe)

Nein, nimmt sie an!

(Zurufe)

Ich trage das Abstimmungsergebnis noch einmal vor. Ich habe jetzt festgestellt und stelle noch einmal endgültig und zur Klarstellung fest: Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Artikel 2 und 3 des Gesetzes in zweiter Lesung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gesetz zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen – Beamtenrechtsneuregelungsgesetz (BremBNeuG)

(C)

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/882)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Lühr.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir steht noch die Hitze im Körper von der soeben durchgeführten Abstimmung, aber trotzdem habe ich jetzt das Vergnügen, Ihnen in fünf Minuten die Neuregelungen der Bremischen Beamtenengesetze vorzustellen. 51 Regelungen in 20 Gesetzen, und das in fünf Minuten, das erfordert schon einiges an Aufmerksamkeit von uns allen. Ich beschränke mich daher auf die wesentlichen Punkte dieser Neuregelungen.

Zunächst zu den beamtenrechtlichen Regelungen, die wir jetzt neu eingeführt haben! Ganz wichtig, wir haben das Laufbahnrecht verändert. Ich glaube, für solch ein ehrwürdiges Gesetz wie das Beamtenrecht ist das ein richtig toller Schritt, der hier gemacht worden ist. Wir haben die Zahl der Laufbahnen von über 100 auf 20 verringert, die Anzahl der Fachrichtungen auf 10 begrenzt. Wir haben, ganz neu, jetzt nur noch zwei Laufbahngruppen, eine für Bewerber und Mitarbeiter ohne Hochschulabschluss, das war früher der einfache und mittlere Dienst, und wir haben zusammengefasst für Bewerber und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Hochschulabschluss die andere Laufbahngruppe, nämlich der gehobene und höhere Dienst. Das ist ein Fortschritt, weil hier der Laufbahnwechsel vereinfacht wird, und viele, die, wie ich, mit ganz viel Mühe durch die Laufbahnen gewechselt sind, wissen das zu schätzen, was das bedeutet, man kann nämlich endlich weiterkommen.

(D)

Das Beamtenrecht ist auch deswegen geändert worden, weil es sich dem Bologna-Prozess anschließen musste. Es ist jetzt an die Abschlüsse von Bachelor und Master angepasst, und auch Seiteneinsteiger können jetzt besser in den öffentlichen Dienst kommen und müssen dann auch nicht mehr so schwere Hürden nehmen, wie das im alten Recht der Fall war. Damit wird auch das Leistungsprinzip gestärkt. Ich fand es sehr witzig, dass es Aussagen gab, die heißen, befördert werden kann jetzt nur noch, wer sich entsprechend qualifiziert hat. Ich finde, das war auch früher schon der Fall, ich würde allerdings meine Hand nicht dafür ins Feuer legen, dass das ausschließlich der Fall war, aber ich denke, das ist auch ein Schritt in die richtige Richtung.

(A) Ähnlich wie bei der Polizei kann jetzt die Dienstzeit freiwillig um maximal drei Jahre verlängert werden. Dazu gibt es natürlich noch speziellere Regelungen, aber auch das ist ein Schritt, der zu begrüßen ist. Ganz besonders hervorheben möchte ich die Möglichkeiten der Veränderung bei Teilzeitbeschäftigungen und Beurlaubungen, weil das ein guter Schritt für Frauen ist, weil dieser Schritt ihnen die Möglichkeit gibt, zum Beispiel nach der Babypause wieder zurückzukehren in den Beruf, und das ist auch ein Schritt, der neu ist für Auszubildende. Auch hier ist es jetzt unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen möglich, in Teilzeit seine Ausbildung zu machen.

Wir haben noch einen Punkt, auf den ich später vielleicht noch einmal kommen werde, ich will aber schon einmal ansprechen, dass die Beteiligung der Beamtinnen und Beamten an der Gestaltung ihrer Beschäftigungsbedingungen weiterhin verbessert worden ist, das ist allerdings noch nicht zur Zufriedenheit aller ausgefallen, darauf gehe ich später noch einmal ein.

(B) Ich möchte jetzt aber auf den wesentlichen Punkt kommen. Was wir ändern, ist natürlich der Punkt der Besoldungserhöhung. Sie werden sich alle an die Diskussionen und Debatten erinnern, die wir im vergangenen Jahr unter Beteiligung von Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dazu hatten. Wir hatten hier im Parlament eine richtig hitzige Debatte. Herr Röwekamp, den ich jetzt leider nicht sehe, hat sich daran mit 19 Zwischenrufen beteiligt. Ich fand das schon gewaltig. Es hat ihn wahrscheinlich sehr bewegt, aber heute kann ich sagen, wir haben ein richtig gutes Ergebnis vorzustellen, und das möchte ich im Einzelnen jetzt einmal tun.

Ich gehe darauf zurück, was für die Angestellten durch Tarifvertrag erreicht worden ist. Sie haben zum 1. März 2009 einen Sockelbetrag von 40 Euro bekommen und eine Tarifierhöhung um drei Prozent, eine weitere Erhöhung zum 1. März 2010 um 1,2 Prozent, eine einmalige Leistung von 40 Euro. Die Auszubildenden haben zum 1. März 2009 einen Betrag von 60 Euro bekommen und bekommen zum 1. März 2010 dann darauf eine Erhöhung von 1,2 Prozent. Dieses Ergebnis wurde inhalts- und zeitgleich für die Beamtinnen und Beamten mit einer kleinen Einschränkung übernommen. Ich finde, das ist Applaus wert. Ich höre nichts!

(Beifall bei der SPD)

Heute Morgen, zum Haushalt 2010 und 2011 hat die CDU geglaubt, richtig einsteigen zu müssen, und sie hat Mut gefordert. Ich möchte mich hier ausdrücklich bei der Finanzsenatorin Linnert und beim Senat insgesamt bedanken, dass dieser Senat den Mut hatte, dieses Ergebnis für die Beamtinnen und Beamten trotz der Krise und der Haushaltsenge zu übernehmen, weil ich finde, hiermit zeigen wir die versprochene Wertschätzung, die wir letztes

Jahr angesprochen haben und die auch von den Beamtinnen und Beamten verdient wurde.

(C)

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Das ist in Ordnung, ich habe ja auch noch einen zweiten Gang zu machen. Insofern bedanke ich mich erst einmal für diesen ersten Schritt!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat vieles schon erwähnt, was man durchaus als positiv bezeichnen kann. Wir von der LINKEN sehen das genauso. Ich denke, es ist hier ein Schritt gelungen, langsam aber sicher Beamtenverhältnisse umzuwandeln in Angestelltenverhältnisse, einigermaßen langsam, das finde ich soweit in Ordnung! Natürlich ist auch die Übernahme des Tarifvertrags eine Sache, die wir begrüßen. Quereinsteiger, die Änderungen der Laufbahnen und so weiter, die neuen Teilzeitmöglichkeiten, die auch den Beamten gegeben sind, so etwas begrüßen wir auch.

(D)

Es gibt einen Punkt, wo wir noch ein bisschen kritisch sind. Wir teilen die Kritik des DGB und auch des Gesamtpersonrats, die die Formel gefunden haben, „Verhandeln statt Verordnen“, bei der sie der Meinung gewesen sind, dass man bei der Umformung doch eine größere Beteiligung der Beschäftigten organisieren könnte. Da gibt es wohl auch positive Zeichen am Horizont, die im Grunde genommen auch gesagt haben, dass es gesetzliche Grenzen gibt, inwieweit mehr Mitbestimmung eingeführt werden kann, aber man kann trotzdem in bilateralen Verhandlungen diese Beteiligung noch erhöhen und noch stärken. Wir erwarten vom Senat auch, dass es in Zukunft noch geschieht, aber ansonsten würden wir sagen, das ist ein guter Anfang und ein guter Weg, und wir werden dem zustimmen. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, bei dem Thema kann ich Ihnen den Gefallen leider nicht tun, Zunder hineinzubringen, hatten Sie eben gesagt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Die durch den Beschluss der Föderalismuskommission und der Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 notwendig gewordene Neuregelung des Beamtenrechts im Land Bremen wird von der CDU-Fraktion begrüßt. Der vorliegende Entwurf wurde zwischen den norddeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen ausgehandelt, wobei jedes Land durchaus die Möglichkeit hatte und auch wahrgenommen hat, darüber hinaus eigene Regelungen zu treffen. Da diese von den einzelnen Bundesländern im Nordverbund wahrgenommenen Individuallösungen dem Entwurf nicht entnommen werden können, fordert die CDU-Fraktion den Senat auf, die unterschiedlichen Regelungen in Form einer Synopse für die weitere Bearbeitung im Haushalts- und Finanzausschuss nachzureichen.

(B) In diesem Zusammenhang werden wir dann auch die Kritik der Verbände und Gewerkschaften, die teilweise von Ihnen, Herr Erlanson, eben schon angeführt worden ist, prüfen. Im Einzelnen sind im Entwurf beispielsweise folgende Regelungen enthalten, die von der CDU-Fraktion ausdrücklich mitgetragen werden. Das ist, Frau Busch hat es eben auch schon angesprochen, die Begrenzung der Anzahl der Laufbahnen und Fachrichtungen mit dem Ziel der strukturellen Verschlinkung, wobei – gleich an dieser Stelle angemerkt – keine Vermehrung von Planstellen damit gemeint ist, die Erleichterung der Einstellung von Seiteneinsteigerinnen aus der Privatwirtschaft. Wir haben uns in der Vergangenheit hier im Hohen Haus mehrfach über die Notwendigkeit, im Bereich Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität Fachleute einzustellen, unterhalten. Also, auf diesem Weg ist die Möglichkeit gegeben. Stärkere Flexibilität und Ausdehnung der bundesweiten Mobilität! Damit ist ein Wechsel aufgrund der Anerkennung von verschiedenen Abschlüssen bundesweit möglich.

Die CDU unterstützt ferner den Grundsatz des lebenslangen Lernens sowie des Leistungsprinzips, der deutlicher als bisher herausgestellt worden ist, ebenso – auch das ist schon angesprochen worden – die Kompatibilität der Bildungsabschlüsse im Rahmen des Bologna-Prozesses. Weiterhin, auch das hat Frau Busch schon angedeutet, wird die Verlängerung der Dienstzeit für alle Beamten, nicht nur die der Polizeibeamten, von uns begrüßt. Im Übrigen wird damit eine Forderung der CDU aus dem letzten Jahr hier im Haus übernommen.

Für die CDU-Fraktion ist in dem Entwurf ein zentraler Aspekt, dass das Leistungsprinzip, ich habe es eben schon kurz angedeutet, stärker betont wird und die Steuerungsmöglichkeiten der Personalverwaltung erweitert werden. Gerade in einem Haushaltsnotlagefeld wie Bremen ist es aus unserer Sicht zwingend erforderlich, Personalüberhänge in dem einen Amt auszugleichen mit Notlagen in einem anderen Amt. Ebenso wichtig ist für uns, dass die Umsetzung des Vorhabens kostenneutral sein soll. Hierzu fordert

die CDU-Fraktion den Senat allerdings auf, für die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss eine weitere entsprechende Vorlage nachzureichen. (C)

Die CDU-Fraktion wird dem Entwurf in erster Lesung und der Überweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gestehe, auch bei mir ist jetzt ein bisschen die Luft heraus. Das ist heute nur die erste Lesung, wir werden das auch auf Bitte unserer Fraktion zwischen erster und zweiter Lesung in den Haushalts- und Finanzausschuss überweisen und auch an den Gleichstellungsausschuss, weil, wie Frau Busch schon erwähnt hat, eine Reihe von Dingen dort enthalten sind, die auch für die Verbesserung der Gleichstellung der Beamtinnen, der Kolleginnen im öffentlichen Dienst doch sehr interessant sind, sodass es Sinn hat, die Neuregelungen im Beamtenrecht dort auch zu erörtern.

Ich gestehe, dass diese Gesetze insgesamt für die Grünen nicht gerade die politische Kür sind, und zwar aus zwei Gründen: Erstens würden wir lieber über einheitliches Dienstrecht reden, also über die langfristige Abschaffung des besonderen Beamtenstatus oder jedenfalls die sehr enge Fassung dieses Status. Leider ist in den vergangenen Jahren das Gegenteil eingetreten, auch in Bremen sind die zaghaften Anfänge, etwa bei den Lehrerinnen und Lehrern eher Angestellte einzustellen, wieder rückgängig gemacht worden, und man muss ja auch feststellen, mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaften. Der Zug fährt jetzt eher in eine andere Richtung, das ist schade. Wir müssen uns innerhalb des bestehenden Beamtentums, der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums bewegen. Das ist der Rahmen, darauf komme ich noch zurück. (D)

Einheitlich ist das erst recht nicht, weil wir das jetzt in jedem Land einzeln diskutieren müssen. Das ist eines der Grundübel der Föderalismusreform I, aber wir haben das jetzt so. Bremen hat wenigstens versucht, den Mängeln insofern ein bisschen zu entgehen, als wir das wenigstens mit den anderen vier norddeutschen Ländern gemeinsam machen, und daher kommt natürlich auch, Herr Kollege Hinners, dass sie hier im Wesentlichen Übereinstimmung haben, weil Sie ja wissen, dass im Kern in Kiel, in Hannover und in Schwerin das gleiche Gesetz auch auf dem Tisch liegt.

(Abg. Woltemath [FDP]: Hamburg auch!)

Hamburg sogar auch, ja richtig! Die kleine Stadt hatte ich vergessen, ich bedanke mich! Ich glaube,

(A) was die Laufbahnrechte angeht, ist ein wesentlicher Punkt über das frühere Kästchendenken weg. Die prinzipielle Linie der Verschlankung, der Transparenz, der Durchlässigkeit, der Mobilität, auch des Aufstiegs im Wesentlichen durch Weiterbildung, auch der Öffnung zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst finden wir richtig. Im Einzelnen kann man darüber sicherlich noch viel diskutieren. Das wollen wir heute nicht tun.

Wir öffnen die Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte, wir hatten schon länger einen Antrag der FDP liegen, der das verlangt. Wir hatten das noch zurückgestellt. Sie können jetzt bis 68 Jahre entweder auf eigenen Wunsch, wenn der Dienstherr zustimmt oder umgekehrt auf Wunsch des Dienstherrn, wenn sie selbst einverstanden sind, arbeiten. Wir halten das für eine sehr gute Lösung, und glauben, dass da viele Schätze an Erfahrung und Wissen sind, die wir heben können. Das ist eine vernünftige Lösung.

Zur Beamtenbesoldung, auch das will ich nur kurz streifen! Darüber, dass wir das zeit- und wirkungsgleich übertragen, haben wir heute in der Haushaltsdebatte geredet. Ich kann ja als Gewerkschafter durchaus verstehen, dass der DGB in diesem Zusammenhang sagt, das meiste kann dienen und auch die 20 Euro Sockelbetrag hätte man übernehmen müssen. Ganz ernst nehmen kann ich es allerdings nicht, weil wir dann den Beamten etwas lassen würden, was die Angestellten als Kompensation für eine Streichung bekommen haben, und das kann eigentlich nicht sein. Man kann Ungleiches in dem Fall nicht gleich behandeln. Ich glaube, das, was wir mit der Übernahme dieses Abschlusses auf die Beamtinnen und Beamten tun, ist ein riesiger Schritt, eine große Anstrengung. Wir werden versuchen, das im Geleitzug der anderen Länder zu behalten, wir sind da im unteren Drittel, das sind wir aber schon länger, und ich glaube, angesichts unserer Situation wird sich das auch nicht wesentlich ändern.

(B) Abschließend will ich auch nur ganz knapp etwas zu den Vorschlägen des DGB sagen. Wer das gelesen hat, das dicke Konvolut, hat ja gesehen, dass der DGB und auch der Beamtenbund eine Reihe von Detailvorschlägen gemacht haben, die zwar jetzt vorläufig vom Senat beantwortet sind, aber da ist sicherlich nicht in jeder Frage das letzte Wort gesprochen. Ich sichere zu, dass wir die wichtigen Fragen auch zwischen erster und zweiter Lesung wieder aufgreifen werden, dazu gehören natürlich auch die Vorschläge, die die Überschrift „Verhandeln statt Verordnen“ gefunden haben.

Im Kern aber, das will ich hier auch deutlich sagen, glaube ich, dass wir das, was der DGB vorschlägt, nämlich ausgehend davon, dass die Einschränkungen des Streik- und Koalitionsrechts für die Beamtinnen und Beamten in Bremen nicht gelten, dass wir also insoweit das Grundgesetz hier in Bremen außer Kraft setzen, dass aufbauend darauf, wir eher kollektiv öffentlich-rechtliche Verträge bekommen,

das wir das nicht werden machen können. Wir werden sicherlich Wege diskutieren und finden, die Mitwirkung, Diskussion und Beratung zu verbessern, aber ich glaube nicht, dass das ein gangbarer Weg hier für Bremen wäre – ich komme zum Schluss –, die Grundsätze unseres Beamtentums außer Kraft zu setzen, wie gesagt, die Grünen wären die ersten, die dabei wären, das insgesamt zu machen, aber für Bremen allein können wir es nicht machen. Ich glaube auch nicht, dass der respektvolle Umgang auf gleicher Augenhöhe mit den Beamten an dieser Frage hängt, da gibt es viele Wege.

Wir wissen, dass wir für das, was wir für die Bürger tun müssen und was wir in den nächsten Jahren vorhaben, einen motivierten, gut ausgebildeten Stamm von Beamtinnen und Beamten in Bremen brauchen. Das Gesetz, das wir heute vorlegen, bildet dafür eine gute Grundlage. Ich bitte darum, das in erster Lesung zu beschließen, und ausführlich werden wir es dann nach den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss hier debattieren. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das kann ich kurz machen und vorwegschicken, wir werden dem Gesetzentwurf in erster Lesung zustimmen und auch der Überweisung an die Ausschüsse, denn das hat der Kollege Dr. Kuhn eben so schön zusammengefasst. Dieser Meinung sind wir auch, die Herausforderungen, die Bremen in den kommenden Jahren zu bewältigen hat, setzen einen motivierten und engagierten öffentlichen Dienst voraus, und dafür müssen wir Motivations- und Leistungsanreize schaffen, und das ist in diesem Gesetz festgelegt. Deshalb stimmen wir dem zu.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es gut, dass sich Bremen hier auch in den Geleitzug der norddeutschen Bundesländer begeben hat. Die Föderalismusreform I ist ja schön und gut, aber in einigen Schritten mutet sie ein wenig wie Kleinstaaterei an. Das ist nun einmal leider so, darüber muss man auch nicht mehr lamentieren, aber ich glaube, das mit den norddeutschen Bundesländern gemeinsam zu tun, ist eine gute Entscheidung gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Wir finden es gut, und deshalb stimmen wir auch in erster Lesung zu, dass bei Beamtinnen und Beamten in Zukunft stärker auf Befähigung und Leistung geachtet werden soll. Was wir auch besonders gut finden, und das haben wir bei dieser Diskussion in

(C)

(D)

(A) vielen Bereichen, ist die Öffnung für Seiteneinsteiger, dass man da die Möglichkeit hat, motivierten und engagierten Leuten den Einstieg zu ermöglichen und gerade bestimmte Fachbereiche, bei der Polizei und in anderen Bereichen, mit Personal aufzustocken. Deshalb appelliere ich auch an alle, die anwesend sind, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, und würde mich freuen, bei den weiteren Beratungen in den Ausschüssen noch gute Anregungen zu bekommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Erlanson hat vorhin in seiner Rede darauf hingewiesen, mit der Änderung dieser beamtenrechtlichen Vorschriften kommen wir schon dem Tarifrecht der Angestellten nahe. Das ist mitnichten der Fall! Dazu müsste man sich eigentlich einmal anschauen, was eigentlich das Beamtenrecht ist und was es aussagt. Ich habe mich jetzt noch einmal ein bisschen kundig gemacht, auch in alten Unterlagen. Wenn man bedenkt, dass dieses Beamtenrecht quasi seit 1794 gilt, weil es nämlich aus dem „Preußischen Allgemeinen Landrecht“ entwickelt wurde und heute noch nach den „Hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ handelt, mit Forderungen, dass Beamte mit voller Hingabe ihrem Dienstherrn verpflichtet sind und dieser das Alimentationsprinzip aufrechterhalten muss und für eine Besoldung und auch Versorgung der Familien der Beamten sorgen muss, dann wissen wir, was wir alles anpacken müssten, wenn wir das ändern und wenn wir quasi das Beamtenrecht abschaffen wollten. Das nur einmal so als kleiner Hinweis!

(B) Sie haben natürlich recht, die Föderalismuskommission I hat Auswirkungen auf dieses Beamtenrecht, und da bekomme ich auch die Verbindung zu dem, was die Gewerkschaften unter dem Stichwort „Verhandeln statt Verordnen“ auf geschriebenem Papier fordern. Gefordert wird darin, dass der Gesetzgeber nur noch die Tatbestände regelt, die das Grundgesetz vorschreibt, und alles andere dann durch Vertrag ausgehandelt und in öffentlich-rechtlichen Verträgen vereinbart werden soll. Darüber müssen wir reden. Ich glaube, wir sind schon so weit, das hat Herr Dr. Kuhn eben gesagt, dass wir alle Regelungen und Forderungen, die das Grundgesetz nicht zulässt, auch nicht umsetzen können.

Die Frage ist, ob man einen Einstieg an Punkten, die das Grundgesetz nicht vorschreibt, wagen kann. Ich kann auch eine Sorge verstehen, die vielleicht die Beamtenvertretung und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berührt. Mit der Föderalismuskommission I hat das Land Bremen, hat der Senat Hoheit über die Beamtenbesoldung, und das gerade in Sanierungszeiten. Das heißt, man hat die große

Angst, dass das natürlich genutzt werden kann, um bremische Beamte zur Sanierung heranzuziehen und schlechter zu stellen als andere Beamte in anderen Bundesländern.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das würde Herr Staatsrat Lühr nie machen!)

Gott sei Dank haben wir ja eine weitere Verpflichtung, die einerseits heißt, dass wir alles im Gleichklang machen wollen, zumindest mit den norddeutschen Bundesländern, und andererseits habe ich auch schon gelesen, dass andere Bundesländer, eben nicht norddeutsche Bundesländer, einen Fortschritt in unseren Regelungen sehen, die hier jetzt aufgenommen worden sind.

Ich kann also zusagen, so wie Herr Dr. Kuhn es auch schon angekündigt hat, dass wir hier die Gespräche nicht beenden werden, sondern dass wir sie beginnen wollen, als Koalition sowieso, aber uns vielleicht auch mit den anderen Fraktionen noch weiter beraten, um zu sehen, was man eigentlich machen und verändern kann und welche Ziele man vielleicht kurzfristig erreichen kann. Auch wir werden das also heute in erster Lesung beschließen und werden das dann nicht nur an den Haushalts- und Finanzausschuss federführend überweisen, sondern eben auch an den Gleichstellungsausschuss. Ich freue mich über die Einigkeit hier im Haus. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Wort Beamtenbesoldung war eben ein ganz gutes Stichwort dazu. Ich glaube, wir sollten uns da doch im Vorfeld bei diesen Beratungen auf einen Konsens einigen. Man kann es zwar jetzt kritisieren, dass das vorschnell ein Angebot von uns ist, aber ich möchte nicht diese Situation haben, wie wir sie im vergangenen Jahr hatten, dass wir uns da voreinander hertreiben und das eine ganz unglückliche Situation wird. Wir wissen alle, dass wir in diesem Land eigentlich unbedingt sparen müssen und uns an allen Ecken und Enden Geld fehlt, aber da sollten wir eine einheitliche Linie haben, weil wir sonst, wenn wir uns da auseinanderdividieren lassen, die Situation des vergangenen Jahres haben. Die fand ich sehr unglücklich, weil sie Politik auch ein Stück weit unglaubwürdig macht. Deshalb wäre ich zufrieden darüber, wenn wir auch sehr viel Zeit darauf verwenden könnten, das ordentlich und gut zu debattieren und das mit den anderen norddeutschen Bundesländern natürlich abzustimmen, das ist wichtig. – In diesem Sinne herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Lühr.

Staatsrat Lühr: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits die wesentlichen Inhalte des Gesetzes angesprochen, ich will Ihnen dafür jetzt nicht noch einmal die Einzelheiten aus dem Beamtenrecht erklären. Ausdrücklich wurden diese Regelungen auch begrüßt, insbesondere die Flexibilisierung und die neue familienfreundliche Komponente. Dafür herzlichen Dank vonseiten des Senats! Herr Hinners hatte es in bekannter Manier noch einmal zugespitzt und gesagt, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss Tacheles reden. Sehr geehrter Herr Hinners, diese Papiere haben wir schon vorbereitet. Wir werden sie Ihnen zur Verfügung stellen, und dann können wir da auch in die Diskussion gehen. Sie können aber daran sehen, dass es nicht so viele Abweichungen bei diesem Gesetz vom Musterentwurf gibt, weil der Kommentar dazu schon in Vorbereitung ist. Es wird nur einen norddeutschen Kommentar geben, und daran kann man schon merken, dass man sehr viele übereinstimmende Regelungen hat.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Schreiben Sie da mit?)

(B) Nein, ich habe da keinen Ehrgeiz, mich im Kommentar zu verewigen! Ich fülle das lieber aus, was wir jetzt als Rahmen haben.

Ich möchte noch einige Punkte kurz ansprechen! Wir haben ein Gesamtreformpaket Dienstrecht. Die ersten beiden Teile haben wir jetzt vorgelegt, nämlich die Besoldungsanpassung, dazu ist auch schon das Entsprechende gesagt worden, und das Beamtengesetz. In der Pipeline haben wir das Besoldungsrecht und das Versorgungsrecht. Da wird es noch einmal wieder sehr viele Fragen zu klären geben, insbesondere die Frage der Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte und die Flexibilisierungsregelung bei der Beendigung des Beamtenverhältnisses. Das werden wir dann – das haben wir so mit dem DGB und dem Beamtenbund vereinbart – auch in Arbeitsgruppen gemeinsam bearbeiten, weil da sehr viele Detailfragen zu klären sind. Der Senat wird dann natürlich am Ende einen entsprechenden Entwurf vorlegen.

Bei diesen Gesetzesvorhaben sind eigentlich zwei interessante Elemente zu verzeichnen: Einmal hat es eine norddeutsche Einigung gegeben. Die Ministerpräsidenten haben 2007 beschlossen, dass es wegen der Ergebnisse der FöKo I einen gemeinsamen Entwurf geben soll. Das haben wir auch geschafft! Da gibt es einige Differenzierungen, aber das werden wir dann auch noch einmal im Haushalts- und Finanzausschuss im Einzelnen darlegen können. Zweitens haben wir eine sehr intensive Diskussion mit den Berufsverbänden und Gewerkschaften

geführt. Wir haben insgesamt elf Verhandlungen mit Gewerkschaften und Berufsverbänden gehabt. Wir hatten zum Auftakt eine dienstrechtspolitische Konferenz durchgeführt, wo auch beide Seiten noch einmal ihre Positionen vorstellen konnten, um auch einen Ausgangspunkt zu haben.

Das Kernstück der ganzen Reform – darauf möchte ich noch einmal kurz eingehen – ist das Beamtengesetz. Es stellt eigentlich den Rahmen zur Bewältigung der Herausforderungen dar, denen sich der öffentliche Dienst stellen muss. Die will ich noch einmal ganz kurz benennen, weil es meistens im Alltag nach hinten rutscht und man dann letztlich nur noch bei der Auslegung von einzelnen Vorschriften versucht, sich Klarheit zu verschaffen. Das sind zum einen die Aufgabenentwicklung im öffentlichen Sektor, sind zum anderen die dringenden gesellschaftlichen Probleme, die wir lösen müssen, von Kinderarmut und Defiziten bei der Elementarerziehung bis hin zu Bildung, Wissenschaft und bürgerfreundlicher Verwaltung. Da müssen wir ein Beamtenrecht haben, das diese Herausforderungen aufnimmt.

Die IT-Entwicklung wird eine weitere technische Revolution mit sich bringen. Wir haben die demografische Entwicklung der Gesellschaft, die ebenfalls ganz neue Herausforderungen bringt, und wir haben im öffentlichen Dienst eine Altersstruktur, die uns doch zur höchsten Vorsicht und zu einem klugen Personalmanagement zwingt. Wir werden in den nächsten 15 Jahren 40 Prozent der Beschäftigten durch Fluktuation verlieren und müssen in vielen Fällen neu besetzen, wir müssen aber auch diese einzelnen Positionen zukunftsorientiert besetzen. Das bedeutet erstens Kampf um Talente und zweitens lebensbegleitendes Lernen in der gesamten Berufskarriere und drittens einen flexiblen Einsatz, weil wir nicht immer an einem Platz grundbuchmäßig eingetragen bleiben können. Wenn der öffentliche Dienst sich ändert, müssen natürlich nach dem Folgeprinzip, das Personal folgt den Aufgaben, die Beamten auch auf diese Arbeitsplätze. Das Beamtenrecht gibt den Rahmen dafür, und wir arbeiten jetzt sehr intensiv daran, dies auszufüllen.

Ein wesentliches Element ist dabei die Qualifikation. Wir werden bei der bewährten Grundausbildung bleiben, die für Einsteiger mit Haupt- und Realschulabschluss der Ausgangspunkt ist. Wir sind aber dabei, jetzt einen berufsbegleitenden Bachelor hier für Bremen zu konstituieren, der nächstes Jahr in Serie geht, sodass wir dann nicht mehr in Hamburg ausbilden müssen. Wir können die entsprechende Ausbildung – das als Referenz an Frau Busch – hier durchführen. Wir haben aber auch für die Masterausbildung Vorsorge betrieben. Die Hochschule Bremen wird einen berufsbegleitenden Master anbieten und die Universität Bremen einen als Vollzeitstudium. Der Masterstudiengang an der Universität ist dabei ein interdisziplinärer Studiengang, bei dem die Fächer Jura, Ökonomie, Politikwissenschaft und Philosophie

(C)

(D)

(A) ein auch überregional sehr beachtetes neues Profil darstellen. Sie sehen also, hier tut sich etwas, was wir brauchen, um dieses Beamtenrecht auch mit Leben zu erfüllen.

Jetzt zur Frage der Beteiligung der Gewerkschaften! Der Gesetzentwurf enthält eine Verbesserung zu dem, was wir jetzt als Rahmen zur Beteiligung haben. Die 1,25-Prozent-Lösung ist den Gewerkschaften und Berufsverbänden nicht genug gewesen. Wir werden uns jetzt erst einmal daransetzen müssen, diese allgemeine Verfahrensregelung, die verhandelt und mit den Gewerkschaften abgeschlossen werden soll, bei der das Verfahren stabilisiert wird, auch anzugehen. Ich glaube, das ist schon ein wesentlicher Punkt zur Verbesserung. Die Gewerkschaften wollen mehr, sie wollen eine Verhandlungslösung, also „Verhandeln statt Verordnen“. Da gibt es jetzt zwischen dem Senat und den Gewerkschaften keinen ideologischen Streit, bei dem man unterstellt, wie kann man solche verwerflichen Forderungen stellen. Wir müssen uns eigentlich auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen zurückbesinnen und sagen, wo wir eigentlich stehen, wenn wir in diesen kritischen konstruktiven Dialog gehen.

Der Senat hat die Gewerkschaftsforderung mit zwei Argumenten abgelehnt. Einmal wollen wir von Bremen aus im Verbund der norddeutschen Länder ein einheitliches Beamtenrecht gestalten. Die anderen Länder wollen diese Regelung ausdrücklich nicht, und dort ist sie zum Teil auch von den Gewerkschaften nicht gefordert worden. Das ist ein Punkt für uns, den wir erst einmal zur Kenntnis nehmen müssen. Deshalb haben wir die einheitliche norddeutsche Regelung jetzt hier vorgeschlagen.

(B) Der zweite Punkt ist die Verfassungsbestimmung in Artikel 33 des Grundgesetzes. Dazu macht ja jeder gern kritische und ironische Anmerkungen. Diese Verfassungsbestimmung ist damals aber vom Parlamentarischen Rat ausdrücklich geschaffen worden, um dem parlamentarischen demokratischen Gesetzgeber die Funktion der Gestaltung des öffentlichen Dienstes zu übertragen. Das auch in Abgrenzung gegenüber dem Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung und den doch sehr einschneidenden und katastrophalen Erfahrungen im Faschismus. Das war damals der Ausgangspunkt, das haben wir jetzt als geltendes Verfassungsrecht. Um das im juristischen Jargon zu sagen, was hier schon angesprochen wurde: Wir können jetzt nicht in Bremen einfach gesetzlich das Grundgesetz „untertunneln“ und eine neue Regelung schaffen. Wer ein einheitliches Dienstrecht will, wie es der Abgeordnete Dr. Kuhn hier angesprochen hat, der muss auch sagen, dass wir die Vorschrift in Artikel 33 des Grundgesetzes ändern müssen. Das ist die Grundvoraussetzung für eine Neuorientierung des Beamtenrechts. Darüber werden wir uns, wie bereits gesagt wurde, dann in der Ausschussberatung im Einzelnen unterhalten.

Abschließend möchte ich zusammenfassen, dass wir mit dem neuen Beamtenrecht einen notwendigen Rahmen für die Entwicklung geschaffen haben. Die Verwaltung beginnt jetzt mit der Arbeit der Ausfüllung. Wir nehmen die Herausforderung an, wenn das Gesetz dann abschließend beschlossen ist, und wir hoffen auf konstruktive Diskussionen. In den Ausschüssen werden wir jeweils die Zwischenergebnisse präsentieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(C)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Neuregelung des Beamtenrechts in der Freien Hansestadt Bremen mit der Drucksachen-Nummer 17/882 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Es ist beantragt, das Gesetz nach der ersten Lesung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau zu überweisen.

(D)

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes vom 24. August 2009

(Drucksache 17/897)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Antrag des Vorstands vom 24. August 2009 (Drucksache 17/898)

1. Lesung

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Es folgt eine Erklärung von Präsident Weber.

(A) **Präsident Weber:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Bremischen Abgeordnetengesetz ist der Vorstand gehalten, jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung zu erstatten und einen Vorschlag über eine mögliche Erhöhung zu unterbreiten. Mit der jetzt vorliegenden Drucksache 17/898 haben Sie vom Vorstand der Bremischen Bürgerschaft den Bericht sowie das für das Kalenderjahr 2008 erstattete und im Juli 2009 zugestellte Gutachten in der Diätenkommission erhalten. Ferner liegt Ihnen die Drucksache 17/898 zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vor.

Die Diätenkommission stellte wie bereits mit dem für 2007 abgegebenen Gutachten fest, dass durch die von 2003 bis einschließlich 2008 nicht erfolgten Anpassungen der Entschädigungen eine Abkopplung der allgemeinen Einkommensentwicklung stattgefunden hat. Sie haben den Bericht der Kommission zugesandt bekommen, und die Grafik zeigt noch einmal eindeutig, dass wir uns in den vergangenen Jahren doch erheblich von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt haben. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Die Einkommen in Deutschland stiegen von 2002 bis 2008 um insgesamt 8,6 Prozent. Die Empfehlungen der Diätenkommission zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung beliefen sich für den Zeitraum 2002, 2003 und 2006 auf plus 4,4 Prozent, daraus ergibt sich eine sogenannte strukturelle monatliche Differenz in Höhe von 174 Euro zum Nachteil der Abgeordneten.

(B) Ich möchte noch an Folgendes erinnern: Für 2004 und 2005 hatte der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft auf Gutachten der Kommission bewusst verzichtet. Wir haben also keinen Auftrag gegeben, weil das Diätenniveau nicht angetastet werden sollte, das war Konsens der Fraktionen hier im Haus. Erstmals mit Wirkung vom 1. Januar 2009 wurden die Einkünfte auf der Grundlage des Kommissionsberichts für das Kalenderjahr 2007 wieder bescheiden angehoben.

Der seit 2002 eingetretene Rückstand ist nicht mehr aufzuholen, darauf hatte ich bereits an dieser Stelle im Januar hingewiesen. Der Vorstand empfahl seinerzeit eine Erhöhung der Diäten um ein Prozent erst ab Januar 2009, obgleich dieser vergleichsweise moderate Aufschlag nach dem Gutachten bereits auch schon zum 1. Januar 2007 möglich gewesen wäre. Ich erwähnte bereits das strukturelle Defizit von 174 Euro zulasten der Abgeordneten. Dies zugrunde gelegt wäre eine Erhöhung der steuerpflichtigen Entschädigung nach Paragraph 5 Absatz 1 des Bremischen Abgeordnetengesetzes um 2,9 Prozent angemessen, doch die Rahmenbedingen – darauf weist uns die Kommission in Ihrem Gutachten hin – sind im Gesamtkontext der gesamtwirtschaftlichen Lage problematisch; aber auch die relativ geringe Aufstockung der Diäten in anderen Landesparlamen-

ten in 2008, wobei gesagt werden muss, dass dort durchweg in den vergangenen Jahren die Entschädigung immer angehoben worden ist. Ich möchte nur ein Land erwähnen: Mecklenburg-Vorpommern hat eine Erhöhung um acht Prozent vorgenommen.

Schließlich die Föderalismuskommission II, deren Ergebnisse zu Konsolidierungshilfen für die Freie Hansestadt Bremen führen werden! Eine solche für die Haushalte positive Nachricht konnte die Diätenkommission sicherlich nicht ignorieren. Deshalb empfiehlt die Diätenkommission, auf eine Erhöhung von 2,9 Prozent zu verzichten und sich mit 1,6 Prozent zu bescheiden.

Was bedeutet das alles in Euro und Cent? Die Diäten der Abgeordneten liegen seit dem letzten Anstieg bei 2 510 Euro monatlich. Die vorgeschlagenen 1,6 Prozent machen 40 Euro aus, brutto wohl-gemerkt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, denn Steuern und Aufwendungen für Kranken- und Pflegeversicherung, Frau Kollegin Marken, werden davon abzusetzen sein. Im Übrigen soll die steuerfreie Kostenpauschale dieses Mal nicht angehoben werden, das steht auch in dem Bericht. Nach dem Index wären 14,6 Prozent in diesem Zeitraum von 2002 bis 2009 möglich gewesen. Die Kommission hatte in dem Zeitraum 9 Prozent empfohlen, und wir, das Parlament, haben 0,9 Prozent in den 7 Jahren umgesetzt. Wir haben das gemacht!

(D) Meine Damen und Herren, der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft empfiehlt also, die leicht erhöhten Diäten von 2 550 Euro mit Wirkung zum 1. Juli 2009 zu gewähren, ein verhaltenes Vorgehen mit Augenmaß, wie ich finde! Was schließen wir daraus? Was lernen wir daraus? Man sollte in Zukunft das, was die Kommission empfiehlt, auch Jahr für Jahr umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Sei es wenig, sei es mehr, aber man sollte es tun! Ich glaube, dabei wären wir besser gefahren, aber wir wissen selbst auch immer, dass wir jedes Jahr über die Probleme diskutieren, die es in diesem Bundesland gibt. Wir hatten gerade auch die Diskussion über die Beamtenbesoldung, aber ich meine, wir sollten da nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern mutig vorausblicken und unsere Arbeit, die wir hier im Parlament für unser Bundesland leisten, auch entsprechend würdigen. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes mit der Drucksachen-Nummer

(A) 17/898 in erster Lesung beschließen möchte, den
bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt
das Gesetz in erster Lesung.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von
dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürger-
schaft nach Paragraf 24 des Bremischen Abgeord-
netengesetzes Kenntnis.

**Unterkünfte frei gemeinnütziger Träger bei
Klassenfahrten nicht benachteiligen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. August 2009
(Drucksache 17/875)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen
nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(B)

Wir kommen zur Abstimmung.

(C)

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Bericht-
erstattung an die staatliche Deputation für Bildung
beantragt.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion
der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/875 zur
Beratung und Berichterstattung an die staatliche
Deputation für Bildung seine Zustimmung geben
möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist
entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir an das
Ende der Landtagssitzung gekommen. Ich schließe
die Landtagssitzung und verabschiede die Kollegin-
nen und Kollegen aus Bremerhaven. Die Kolleginnen
und Kollegen aus der Stadtbürgerschaft bitte ich
hierzubleiben, sodass wir diese dann zügig aufrufen
können.

(Schluss der Sitzung 17.50 Uhr)

(D)

(A) **Anhang zum Plenarprotokoll** (C)**Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 17/594,
Artikel 1 und 4, 3. Lesung**

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Frau Arnold-Cramer (SPD)	Liess (SPD)
Beilken (DIE LINKE)	Frau Mahnke (SPD)
Frau Böschen (SPD)	Frau Marken (SPD)
Frau Bohle-Lawrenz (SPD)	Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)
Brumma (SPD)	Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Buhlert (FDP)	Dr. Möllenstädt (FDP)
Frau Busch (SPD)	Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Cakici (DIE LINKE)	Müller (DIE LINKE)
Dennhardt (SPD)	Frau Nitz (DIE LINKE)
Ehmke (SPD)	Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)
Ella (FDP)	Oppermann (SPD)
Erlanson (DIE LINKE)	Frau Peters-Rehwinkel (SPD)
Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	Pohlmann (SPD)
Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	Richter (FDP)
Frau Garling (SPD)	Rupp (DIE LINKE)
Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)
Güngör (SPD)	Schildt (SPD)
Günthner (SPD)	Frau Schmidtke (SPD)
(B) Hamann (SPD)	Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Hiller (SPD)	Senkal (SPD)
Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Sieling (SPD)
Kasper (SPD)	Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Kauertz (SPD)	Frau Troedel (DIE LINKE)
Kottisch (SPD)	Tschöpe (SPD)
Frau Kröhl (SPD)	Weber (SPD)
Frau Krümpfer (SPD)	Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	Woltemath (FDP)
Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Ziegert (SPD)
Frau Kummer (SPD)	

(D)

Gegen den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Frau Ahrens (CDU)	Frau Neumeyer (CDU)
Frau Allers (CDU)	Perschau (CDU)
Bödeker (CDU)	Pflugradt (CDU)
Focke (CDU)	Ravens (CDU)
Gerling (CDU)	Röwekamp (CDU)
Hinners (CDU)	Rohmeyer (CDU)
Imhoff (CDU)	Dr. Schrörs (CDU)
Kastendiek (CDU)	Frau Dr. Spieß (CDU)
Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	Strohmann (CDU)
Frau Motschmann (CDU)	Tittmann (parteilos)
Nestler (CDU)	Frau Winther (CDU)

(A)

Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

**Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 17/899,
Ziffern 1 und 2**

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Frau Ahrens (CDU)	Frau Neumeyer (CDU)
Frau Allers (CDU)	Frau Nitz (DIE LINKE)
Beilken (DIE LINKE)	Perschau (CDU)
Bödeker (CDU)	Pflugradt (CDU)
Frau Cakici (DIE LINKE)	Ravens (CDU)
Erlanson (DIE LINKE)	Röwekamp (CDU)
Focke (CDU)	Rohmeyer (CDU)
Gerling (CDU)	Rupp (DIE LINKE)
Hinners (CDU)	Dr. Schrörs (CDU)
Imhoff (CDU)	Frau Dr. Spieß (CDU)
Kastendiek (CDU)	Strohmann (CDU)
Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	Tittmann (parteilos)
Frau Motschmann (CDU)	Frau Troedel (DIE LINKE)
Müller (DIE LINKE)	Frau Winther (CDU)
Nestler (CDU)	

Gegen den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

(B)

Frau Arnold-Cramer (SPD)	Frau Kummer (SPD)
Frau Böschen (SPD)	Liess (SPD)
Frau Bohle-Lawrenz (SPD)	Frau Mahnke (SPD)
Brumma (SPD)	Frau Marken (SPD)
Frau Busch (SPD)	Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)
Dennhardt (SPD)	Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)
Ehmke (SPD)	Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)
Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)
Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	Oppermann (SPD)
Frau Garling (SPD)	Frau Peters-Rehwinkel (SPD)
Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	Pohlmann (SPD)
Güngör (SPD)	Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)
Günthner (SPD)	Schildt (SPD)
Hamann (SPD)	Frau Schmidtke (SPD)
Frau Hiller (SPD)	Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	Senkal (SPD)
Kasper (SPD)	Dr. Sieling (SPD)
Frau Kauertz (SPD)	Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Kottisch (SPD)	Tschöpe (SPD)
Frau Kröhl (SPD)	Weber (SPD)
Frau Krümpfer (SPD)	Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Ziegert (SPD)
Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	

(D)

Der Stimme enthalten haben sich die Abgeordneten

Dr. Buhlert (FDP)	Richter (FDP)
Ella (FDP)	Woltemath (FDP)
Dr. Möllenstädt (FDP)	

(A) **Anhang zum Plenarprotokoll** (C)**Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 17/908**

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

Frau Ahrens (CDU)	Frau Neumeyer (CDU)
Frau Allers (CDU)	Frau Nitz (DIE LINKE)
Beilken (DIE LINKE)	Perschau (CDU)
Bödeker (CDU)	Pflugradt (CDU)
Frau Cakici (DIE LINKE)	Ravens (CDU)
Erlanson (DIE LINKE)	Röwekamp (CDU)
Focke (CDU)	Rohmeyer (CDU)
Gerling (CDU)	Rupp (DIE LINKE)
Hinners (CDU)	Dr. Schrörs (CDU)
Imhoff (CDU)	Frau Dr. Spieß (CDU)
Kastendiek (CDU)	Strohmann (CDU)
Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	Tittmann (parteilos)
Frau Motschmann (CDU)	Frau Troedel (DIE LINKE)
Müller (DIE LINKE)	Frau Winther (CDU)
Nestler (CDU)	

Gegen den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten

(B) Frau Arnold-Cramer (SPD)	Frau Kummer (SPD)	(D)
Frau Böschen (SPD)	Liess (SPD)	
Frau Bohle-Lawrenz (SPD)	Frau Mahnke (SPD)	
Brumma (SPD)	Frau Marken (SPD)	
Frau Busch (SPD)	Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	
Dennhardt (SPD)	Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	
Ehmke (SPD)	Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	
Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	
Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	Oppermann (SPD)	
Frau Garling (SPD)	Frau Peters-Rehwinkel (SPD)	
Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	Pohlmann (SPD)	
Güngör (SPD)	Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	
Günthner (SPD)	Schildt (SPD)	
Hamann (SPD)	Frau Schmidtke (SPD)	
Frau Hiller (SPD)	Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	
Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	Senkal (SPD)	
Kasper (SPD)	Dr. Sieling (SPD)	
Frau Kauertz (SPD)	Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	
Kottisch (SPD)	Tschöpe (SPD)	
Frau Kröhl (SPD)	Weber (SPD)	
Frau Krümpfer (SPD)	Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	
Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	Frau Ziegert (SPD)	
Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)		

Der Stimme enthalten haben sich die Abgeordneten

Dr. Buhlert (FDP)	Richter (FDP)
Ella (FDP)	Woltemath (FDP)
Dr. Möllenstädt (FDP)	

